Wer bestimmt die Stationierung der Neutronenbombe? S. 6 1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

'Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 35 vom 28. August 1981 | 15. Jahrgang | 1 DM

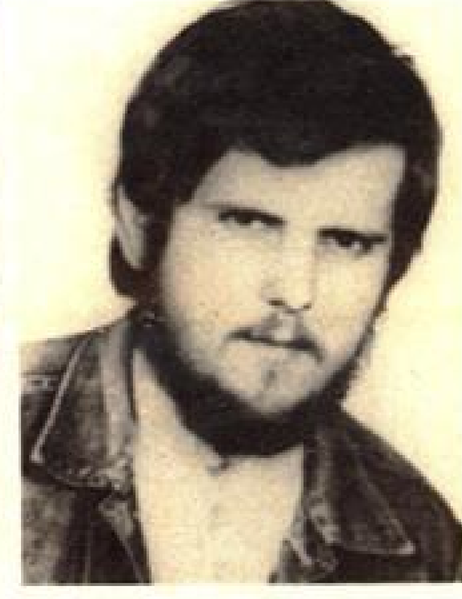
Honecker-Regime gegen kommunistische Opposition

# KPD-Genossen in der DDR verhaftet

**Zu einem brutalen Schlag gegen die kommunistische Opposition in der DDR hat der Staatssicherheitsdienst ausgeholt. Acht bis zehn Genossen und Sympathisanten der Sektion DDR unserer Partei sind von den Bütteln des Regimes verhaftet und eingekerkert worden. Sie sind von Gefängnisstrafen zwischen 3 und 25 Jahren bedroht.**

Die Sektion DDR der KPD, die zu Beginn des Jahres 1976 gegründet wurde, hat unter Bedingungen der tiefsten Illegalität in nahezu allen großen Städten des Landes und in vielen Betrieben eine erfolgreiche Arbeit entfaltet. Immer häufiger tauchten in Fabriken und Stadtteilen Flugblätter und Parolen der Partei, Exemplare der DDR-Ausgabe des „Roten Morgen" auf, in denen die scheinsozialistischen Phrasen des Honecker-Regimes entlarvt, der kapitalistische Charakter des Gesellschaftssystems enthüllt und der Weg zur Erkämpfung einer wirklich sozialistischen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung gewiesen wurden.

Der illegale Kampf der kommunistischen Opposition beunruhigte das Regime immer mehr, zumal die Ereignisse in Polen endgültig gezeigt hatten, daß auch die Länder unter sowjetischer Herrschaft keine Inseln im internationalen Klassenkampf sind, und unsere Genossen in der DDR ihre Aktivitäten verstärkten, um das polnische Beispiel auch im östlichen Teil Deutschlands zu propagieren.



Manfred Wilhelm

Schon im vergangenen Herbst wurde ein Genosse in der DDR verhaftet, dem vorgeworfen wird, Plakate mit der Aufschrift „Freie Gewerkschaften in Polen — Wann werden wir zum Schlag ausholen?" geklebt zu haben. In diesem März wurden dann in Ostberlin der Betriebsschlosser Manfred Wilhelm, der Diplommathematiker Andreas Bortfeld und weitere Kommunisten vom Stasi verhaftet.

Die gefangenen Genossen sind von langjährigen Haftstrafen bedroht; in ihren Gefängniszellen werden sie von der Außenwelt vollständig isoliert, während ihre Angehörigen dem Psychoterror des Staatssicherheitsdienstes ausgesetzt sind.

Die Sektion BRD unserer Partei hat eine Solidaritätskampagne für die inhaftierten Genossen begonnen (siehe Seite 3 in diesem RM) und die Werktätigen in der Bundesrepublik aufgerufen, den Kampf zu unterstützen für die

**Sofortige Freilassung von Manfred Wilhelm, Andreas Bortfeld und die mit ihnen inhaftierten Genossen und Sympathisanten!**




***Antikriegstag*** so zahlreich wie noch nie sind die Aktionen zum diesjährigen Antikriegstag. Was vor zwei Jahren, beim Antikriegstag '79 noch eine Ausnahme war, die oben abgebildete Veranstaltung des DGB Landesjugendbezirks Nordrhein-Westfalen, auf der es zu stürmischen Protesten gegen die Rede von Heinz Oskar Vetter kam, ist heute die Regel: Gewerkschaftliche Aktionen im Kampf für den Frieden. Machen wir den diesjährigen Antikriegstag zu einem Kampftag gegen die Kriegstreiber in Washington und Moskau, gegen Aufrüstung und Sozialabbau!

# Aufruf zum Jahrestag des Oktoberfest-Attentats

## Antifaschistische Initiative bereitet Aktionstag vor

**MÜNCHEN. — Aus Anlaß des bevorstehenden ersten Jahrestages des faschistischen Attentats auf das Münchner Oktoberfest, bei dem 13 Menschen starben und mehr als 200 verletzt wurden, hat sich in München auf Initiative der VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg ein antifaschistischer Arbeitskreis gebildet, der für den 26. September einen Aktionstag vorbereitet.**

**Dieser Arbeitskreis wandte sich mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, der inzwischen von namhaften Persönlichkeiten unterzeichnet wurde. Zu ihnen gehören die Schauspielerin Senta Berger, der Schriftsteller U. Enzensberger, der Schriftsteller Bernt Engelmann, die Kabarettisten Helmut und Francoise Ruge, die GEW-Betriebsräte Doris Gräf und Christiane Drexl-Michl, der ÖTV-Betriebsratsvorsitzende Ernst Winkler, die Journalistin Heidrun Schmitt und viele andere.**

**Interessenten werden sich bitte an Ernst Winkler, Meyerbeerstr. 15, 8000 München 60, Tel.: 8348671.**

**Untenstehend drucken wir den Aufruf in vollem Wortlaut ab.**



Attentat von München.

# Stoppt den Nazi-Terror

**Die verbrecherischen Terroranschläge der Neonazis häufen sich. Die Flut der Naziliteratur und solcher Pamphlete, in denen der Nazistaat verharmlost wird, wächst — ebenso die Zahl der neonazistischen Terrorgruppen. Dies sind nicht zufällige Untaten einzelner, sie wurden erst in einem bestimmten politischen Klima möglich. Diese verbrecherischen Handlungen sollen Krisensituationen schaffen oder ausweiten, in denen der Ruf nach dem „starken Mann" und dem „starken Staat" Erfolg verspricht.**

**Am 26. September jährt sich der faschistische Mordanschlag auf dem Münchner Oktoberfest. 13 Tote und 219 Verletzte hieß damals die blutige Bilanz. Daß der Rechtsextremist Gundolf Köhler die Bombe allein gelegt haben soll, wurde von den Behörden von Anfang an behauptet und am 1.6.81 beim Abschluß des Ermittlungsverfahrens auch erwartungsgemäß bestätigt. Diese Einzeltätertheorie kann nun nicht mehr aufrechterhalten werden: Jüngste Ermittlungen zeigen Spuren auf, die von der Wehrsportgruppe Hoffmann zum Wies'n-Attentat führen.**

- **Ein dreiviertel Jahr nach dem grauenvollen Blutbad liegen noch sieben Attentatsopfer im Krankenhaus. 13 Menschen sind tot, bei elf mußten Beine amputiert werden. 177 haben Rentenanträge gestellt.**
- **Die Überlebenden quälen sich noch heute mit den Folgen (physisch wie psychisch) des Attentats.**
- **Einige Attentatsopfer (Ausländer) bekamen keine finanzielle Entschädigung. Jan Bednarz kämpft vor dem Münchner Verwaltungsgericht um seine Anerkennung als Vertriebener beim Ausländeramt, um seine Einbürgerung. Auch er bekam bisher keinen Pfennig.**
- **Im Rathaus kümmert man sich indes schon um das nächste Oktoberfest. Ein Gedenktag für die Opfer steht nicht zur Debatte. Am Eröffnungstag soll lediglich ein bronzenes Mahnmal am Haupteingang feierlich enthüllt werden.**

**Wir fordern:**
- **Verbot und Auflösung aller neonazistischen Gruppen!**
- **Einen Gedenktag für die Opfer des Attentats während der Wies'n-Zeit**
- **Rasche und konsequente Durchführung der Ermittlungen gegen die Hintermänner des Attentats**
- **Ausreichende und unbürokratische Entschädigung aller Betroffenen**

## Diese Woche



Provokatorisches Manöver in der „Großen Syrte"

# US-Aggression gegen Libyen

## Piratenakt soll Stärke demonstrieren

**TRIPOLI. — Der Abschuß zweier libyscher Flugzeuge durch US-Maschinen in der letzten Woche ist einer der Höhepunkte der aggressiven Akte, die die Reagan-Regierung in letzter Zeit gegen Libyen organisierte.**

Dieser militärische Überfall kam nicht von ungefähr, sondern war ein bewußt vorbereiteter, provokativer Piratenakt des USA-Imperialismus.

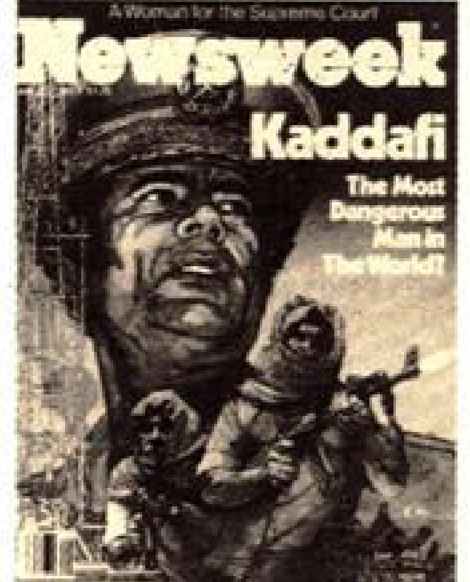
Es war seit langem bekannt, daß die libysche Regierung die Meeresregion der „Großen Syrte", das Gebiet zwischen Tripoli und Bengasi, als Hoheitsgebiet beanspruchte, entsprechend der internationalen Bestimmung, nach der Buchten des anliegenden Staates gebiet des anliegenden Staates sind.

Unabhängig davon, daß dieser libysche Anspruch unumstritten ist, plante die amerikanische Regierung, die seit Jahren nicht mehr durchgeführten Seemanöver in der „Großen Syrte" wieder aufzunehmen, um zu demonstrieren, daß man seine „internationalen Rechte und Pflichten", wie es Außenminister Haig nannte, wahren wollte.

Dabei ist inzwischen seit langem klar geworden, daß Reagan seinen Truppen vorher vorsorglich Schießbefehl für den Fall einer Begegnung gegeben hatte.

So wurde dieser Zwischenfall bewußt angesteuert, um militärische Stärke zu demonstrieren. Daß diese Arroganz gerade gegenüber Libyen zum Tragen kam ist daraus entstanden, daß man die seit langem geführte Kampagne der amerikanischen Imperialisten gegen diesen Staat fortsetzen wollte, wo es inzwischen nicht mehr bestritten wird, daß der CIA einen Putsch- und Mordversuch an Staatschef Ghaddafi organisieren wollte.

**Hände weg von Libyen!**




Titelblatt von „Newsweek".

## Kommentar der Woche

Das amerikanische Manöver vor der libyischen Küste war eine bewußte Provokation. Reagans Mannschaft wollte es „mal zeigen". Das wird mit aller Offenheit und Arroganz sogar betont.

Umrahmt wird dieser Akt von einer Hetzkampagne amerikanischer Medien, in denen Libyens Staatschef Ghaddafi zum „gefährlichsten Mann der Welt" hochstilisiert wird. Was letztes Jahr der Ayatollah Khomeiny war, dieses Jahr also Ghaddafi. Wo man im letzten Jahr noch Rechtfertigungen suchte, um seine Kriegsflotte im arabischen Golf kreuzen zu lassen, da wird dieses Jahr nur davon geredet, man wolle Stärke zeigen.

## Kanonenbootpolitik

Es ist kein Geheimnis, daß die USA-Imperialisten die Regierung Ghaddafi nicht gerne sehen, daß sie verschiedene Versuche machten, sie zu stürzen.

Die Vorwürfe, der CIA hätte versucht, Ghaddafi und Castro zu ermorden, die von der US-Regierung als „lächerlich" abgetan wurden, erscheinen in diesem Licht wahrhaftig nicht aus der Welt.

Paßt dir einer nicht, dann gehe hin und lasse die Muskeln spielen — oder drohe, da wir ja 1981 leben, mit dem größten Atomwaffenträger der Welt, der „Nimitz".

Es ist völlig gleichgültig, wie der genaue Ablauf der Ereignisse vor der libyischen Küste war: So oder so bleibt es eine Tatsache, daß die Washingtoner Regierung immer mehr, immer öfter, immer schneller zu militärischen Machtdemonstrationen greift. Es ist nicht nur die beispiellose Aufrüstung ihres atomaren Arsenals, die den Kurs Reagans zeigt, es ist auch die Politik, die heute schon gemacht wird, die den Kurs Reagans auf Krieg beweist.

Und Libyen paßt den Washingtoner Herren und ihren Hintermännern von der New Yorker Wall Street aus verschiedenen Gründen nicht ins Konzept. Schließlich ist das Land, zusammen mit Algerien und, nach dem Sturz des Schahs, dem Iran, eine der Kräfte gewesen, die ständig für eine Stärkung der Position der Ölförderländer eingetreten sind.

Das allein genügte schon, obwohl es auch noch andere Fragen gibt, in denen Libyen sich gegen die imperialistischen Interessen der USA gestellt hat. So beispielsweise beim amerikanisch-israelisch-ägyptischen Plan, eine sogenannte Sinai-Friedenstruppe zu organisieren, die in Wahrheit nur ein amerikanisches Kommando in Nahost sein wird.

Der „Pantersprung von Agadir", jenes großmäulige Unternehmen des deutschen Kaisers Wilhelm, war zu Beginn des Jahrhunderts das Signal für die Verschärfung der politischen Weltlage gewesen.

Jetzt machen die USA diese Kanonenbootpolitik — im selben Raum — nach. Und das ist ein Zeichen für die ständig wachsende Aggressivität dieser imperialistischen Supermacht, die sich täglich mehr als Oberherr der Welt aufspielt, ihre angeblichen „Verbündeten" herumkommandiert, ihre Feinde einschüchtern und vernichten will, ihren Konkurrenten aus dem Feld schlagen.

Die „Arroganz der Macht" — so nannte man — in bürgerlichen Kreisen — die amerikanischen Überfälle auf Santo Domingo und Vietnam Mitte der 60er Jahre. In Vietnam ist diese Arroganz zurechtgestutzt worden, jetzt kommt der neue Anlauf.

Die Arroganz der amerikanischen Supermacht bekommen in diesen Zeiten alle zu spüren, auch und gerade die Regierungen Westeuropas. Diese kommen immer mehr in die Zwickmühle, sich einerseits von den gröbsten Auswüchsen des US-Imperialismus distanzieren zu wollen, es andererseits nicht zu können. Denn wie die Souveränität Libyens attackiert wird, so wird ja schließlich auch in bezug auf die Bundesrepublik festgestellt: „Wir können machen, was wir wollen."

Daß niemand in Westeuropas Regierungskreisen es für angebracht hielt, wenigstens ein Wort über die imperialistische Provokation gegenüber Libyen zu verlieren, spricht Bände.

Man windet sich und wendet sich — wenn man nicht gerade zur schwärzesten Reaktion gehört, und dies alles auch noch bejubelt — und geht den Kriegskurs Washingtons mit, will im Windschatten mitziehen.

Dieses „Signal" aus den USA an die Völker der Welt muß noch mehr ein Grund sein, den Kampf um den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO zu verstärken, die USA zum Abzug ihrer Truppen aus unserem Land zu zwingen, weil es nicht ihr Schlachtfeld werden darf.

Helmut Weiss

**Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD**

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

### Bundeshaushalt 82

# Weiter Streit um Ergänzungsabgabe

**BONN. — Eine Woche vor den Kabinettsberatungen über den Bundeshaushalt für 1982 haben sich die Widersprüche zwischen den beiden Koalitionspartnern SPD und FDP weiter zugespitzt. Führende FDP-Politiker stellten inzwischen sogar den Fortbestand der Bonner Regierungskoalition in Frage.**

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen steht nach wie vor die sogenannte Ergänzungsabgabe, ein 6prozentiger Zuschlag auf die Lohn-, Einkommens- und Körperschaftssteuer, wie er von der SPD gefordert wird. Bundeskanzler Schmidt machte letzte Woche noch einmal das grundsätzliche Ziel deutlich, das mit der Erhebung der Ergänzungsabgabe angestrebt wird. Es gelte jetzt — so der Kanzler — die Unternehmen zu Investitionen zu ermuntern. Beispielhaft dafür wären die schon beschlossenen Verbesserungen der degressiven Abschreibungen und die Strukturhilfen für die Stahlindustrie. Es müßten jedoch Anfang September weitere Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit beraten werden, und zu diesen Maßnahmen gehöre auch die Ergänzungsabgabe.

Von einem Beschäftigungsprogramm, für das die SPD im Zusammenhang mit der Ergänzungsabgabe in den letzten Monaten Propaganda gemacht hatte, war da nicht mehr die Rede. Schmidts Äußerungen beseitigten alle Zweifel daran, daß mit dieser Abgabe in erster Linie Mittel locker gemacht werden sollen, die als Subventionen in die Taschen der Kapitalisten fließen würden.

Dagegen hat im Prinzip natürlich auch die FDP nichts einzuwenden. Auch ihre Überlegungen zum 82er Haushalt kreisen ausschließlich um „Investitionshilfen" und „Wettbewerbserleichterungen". Die FDP-Führer wollen dabei nur einen anderen Weg gehen. Sie fordern nicht das einmalige Ausschütten von Subventionen über die Erhebung einer Sondersteuer (die ja zum Teil auch von den Kapitalisten zu tragen wäre), sondern — wie Genscher es nannte — die Verbesserung der „Rahmenbedingungen für Investitionen."

Was damit gemeint ist, hat der FDP-Chef in einem Brief an die Funktionäre seiner Partei dargelegt. Grundsätzlich wird darin gefordert, zusätzliche Finanzmittel nicht durch Erhöhung der Einnahmen (also höhere Steuern) aufzubringen, sondern durch noch rigorosere Kürzungen bei den Sozialleistungen. Und diese Kürzungen müßten dann auch geeignet sein, nicht nur für eine begrenzte Zeit, sondern langfristig die „Rahmenbedingungen" der Kapitalisten zu verbessern. Im einzelnen forderte Genscher erneut die Kürzung des Arbeitslosengeldes und die Einführung von Karenztagen bei der Lohnfortzahlung. Darüber hinaus machte sich Genscher allgemein für den weiteren Abbau von „noch bestehenden Investitionshemmnissen" stark und sprach dabei konkret „bessere Rentabilitätsbedingungen im Wohnungsbau" (auf deutsch: höhere Mieten) an.

Ein weiterer Punkt in Genschers Forderungskatalog war die sogenannte lohnpolitische Zurückhaltung der Tarifpartner. Hier hätte die vom Kabinett schon beschlossene Verschiebung der Besoldungserhöhung für Beamte um drei Monate ein Signal gesetzt, das jetzt auch in anderen Bereichen aufgenommen werden müßte.

In den Auseinandersetzungen mit der SPD treten die FDP-Führer immer aggressiver auf. Genscher beispielsweise nannte die Ergänzungsabgabe letzte Woche „tot, töter geht es nicht". Und FDP-Schatzmeister Wurbs tönte, wenn die SPD weiter auf der Ergänzungsabgabe bestehe, könnte das zu einem „Dollpunkt" für den Fortbestand der Regierungskoalition werden. Sicher nicht zufällig wurden gerade jetzt Ergebnisse einer Meinungsumfrage bekannt, mit der die FDP ihre Wahlchancen für den Fall erkundete, daß sie von der SPD zur CDU überwechseln würde.

Während der SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz die Ergänzungsabgabe als nach wie vor „unverzichtbar" bezeichnete, sind andere führende SPD-Politiker schon offen von ihr abgerückt. So erklärte beispielsweise Finanzminister Matthöfer, die Ergänzungsabgabe sei nie ein Teil seiner Vorschläge gewesen. Hier deutet sich schon ein mögliches Einschwenken auf die Forderungen der FDP an, bzw. auf einen „Kompromiß", der etwa in der Erhöhung der Verbrauchersteuern oder auch der Mehrwertsteuer liegen könnte.

Inzwischen ist auch die CDU dazu übergegangen, ihre Vorstellungen zur Haushaltspolitik konkret auf den Tisch zu legen. Bislang hatte man sich ja mit demagogischem Geschimpfe begnügt. Der Stuttgarter Regierungschef Späth machte hier den Vorreiter und brachte am Wochenende eine Reihe von Forderungen vor, die sich zum größten Teil mit der Genscher-Linie decken: Die Arbeitslosenhilfe soll um etwa 10 Prozent gekürzt werden; Einführung von Karenztagen bei der Lohnfortzahlung; Besteuerung der Renten; die Werktätigen sollen einen „spürbaren Eigenanteil" an den Krankheitskosten tragen; BAFÖG soll für Schüler ganz gestrichen werden und für Studenten nur noch als Darlehen gegeben werden. Und auch Späth forderte, die dreimonatige Besoldungspause für Beamte zumindest auf den gesamten öffentlichen Dienst auszudehnen.

### Ehrenbergs Entwurf eines neuen Kostendämpfungsgesetzes

# Weniger Behandlung soll teuerer bezahlt werden!

## Pharmamonopole bleiben weiter unangetastet

**BONN. — Wesentliche Verteuerungen und wichtige Einschnitte in die Ansprüche zur gesundheitlichen Versorgung sind der Inhalt des neuen Kostendämpfungsgesetzes nach dem kürzlich veröffentlichten Entwurf des Ministers Ehrenberg. Verschiedene Standesorganisationen der Ärzte und vor allem die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände forderten eine noch viel stärkere Kostenbeteiligung der Versicherten.**



**Für ein Rezept müssen künftig vier Mark gezahlt werden.**

Dabei „übersehen" die Verlautbarungen dieser Verbände geflissentlich, daß es seit langem nicht nur eine Beteiligung, sondern die Bezahlung der Versicherung durch die Werktätigen gibt — 12 Prozent ihres Einkommens müssen sie durchschnittlich an Krankenversicherung bezahlen.

Nachdem bereits seit den ersten „Kostendämpfungen" die Rezeptgebühr von einer Mark eingeführt wurde, soll diese nun drastisch erhöht werden: auf vier Mark je Rezept, wobei ein einzelnes Rezept nicht mehr als drei Medikamente verordnen darf.

Zahnersatz wird noch weiter in den Luxusbereich gedrängt, die Kassen sollen nur noch 60 Prozent der Kosten erstatten, das heißt, der über die Versicherung hinaus zu bezahlende Betrag wird verdoppelt.

Die Verschreibung von Brillen und Hilfsmitteln wird auf drei Jahre beschränkt, die „Bagatell"medikamente sollen überhaupt nicht mehr bezahlt werden.

**Demgegenüber wurde keinerlei konkrete Fixierung der Honorare der Ärzte und Zahnärzte vorgenommen und die Tatsache, daß es Pharmamonopole gibt, die doch mit ihren Traumprofiten Hauptverursacher der Kostensteigerung im Gesundheitswesen sind, wird noch nicht einmal erwähnt.**

Denn Tatsache ist ja, daß die Beiträge der Werktätigen zur Krankenversicherung standig angestiegen sind, daß erst dieses Jahr die Sätze angehoben wurden, und daß ohnehin bei jeder Lohnerhöhung, unabhängig davon, ob es real eine ist, der Beitrag steigt.

Die CSU und die CDU im Bonner Bundestag haben bereits ihr grundsätzliches Einverständnis mit diesen Maßnahmen signalisiert, wobei sie, wie die Standesvertretungen von Ärzten und Zahnärzten, auf die angebliche Gefahr einer „Sozialisierung des Gesundheitswesens" hinweisen, womit sie natürlich die Gefahr meinen, diese könnten etwa weniger verdienen.

Ausdrücklich für diese Maßnahmen hat sich der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, Blüm, ausgesprochen — eine Bonner Allparteienkoalition gegen die Gesundheitsversorgung der arbeitenden Bevölkerung.

Die Kassen müßten auch von solchen Zahlungen befreit werden, hieß es aus dieser Ecke, die gar nichts mit der Gesundheit zu tun hätten. Dabei wurden ausdrücklich die jährlich 220 Millionen für Sterilisationen und Schwangerschaftsunterbrechungen genannt. So will man also einmal mehr diesen, wenn auch bescheidenen, Errungenschaften ans Leder und nennt unverfroren eine Summe, die anscheinend hoch ist, doch im Vergleich zu den Profiten der Pharmamonopole ein Tröpfchen auf dem heißen Stein ist, geht es dort doch um hohe Milliardenbeträge.

**Die schwersten Geschütze holte in diesem Zusammenhang der Unternehmerverband aus dem Arsenal. Es sei unumgänglich, so wurde in der Stellungnahme des BDA betont, die Patienten wesentlich stärker an der Finanzierung der Kassen zu beteiligen.**

Das übetriebene Versorgungssystem, so der BDA, sei einer der Hauptgründe für die vielen Krankheitstage in der westdeutschen Industrie, und nur seine Abschaffung könne auch dieses für die Unternehmer so wichtige Problem lösen! Mit anderen Worten heißt dies, daß die Kapitalisten Druck fordern, um auch kranke Arbeiter wieder an ihre Maschinen zu bekommen, Existenznot schaffen wollen, um die „Arbeitsdisziplin" in ihrem Sinne zu entwickeln.

**Ihnen allen ist Ehrenbergs Entwurf, der von allen bisherigen Maßnahmen dieser Art die bisher größte Verteuerung für die Werktätigen darstellt, nicht hart genug. Die Richtung stimmt zwar, aber es muß noch teurer werden, das ist der Tenor der Reaktionen des Kapitals.**

So kann sich Ehrenberg in den letzten Tagen, trotz seines Angriffs auf die Lage der Werktätigen, sogar noch als Sozialpolitiker darstellen, der ihre Interessen verteidigt.

## Demo gegen WAA abgesagt

**Die von Bürgerinitiativen im ganzen Bundesgebiet ursprünglich für den 19. September in Diemelstadt-Wethen geplante Massendemonstration gegen den Bau einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage (WAA) ist am Wochenende von den Veranstaltern abgesagt worden. Die hessische Landesregierung hatte kürzlich erklärt, Wethen käme als Standort für die WAA nicht mehr in Frage, weil sich „geologische Bedenken" ergeben hätten.**

## Für Frieden und Solidarität ins Gefängnis

# Kommunistische Oppositionelle in der DDR verhaftet

**Im folgenden drucken wir ein Flugblatt ab, mit dem unsere Partei gegenwärtig die Werktätigen in Westdeutschland zur Solidarität mit Manfred Wilhelm, Andreas Bortfeld und den mit ihnen inhaftierten Genossen und Sympathisanten aufruft.**

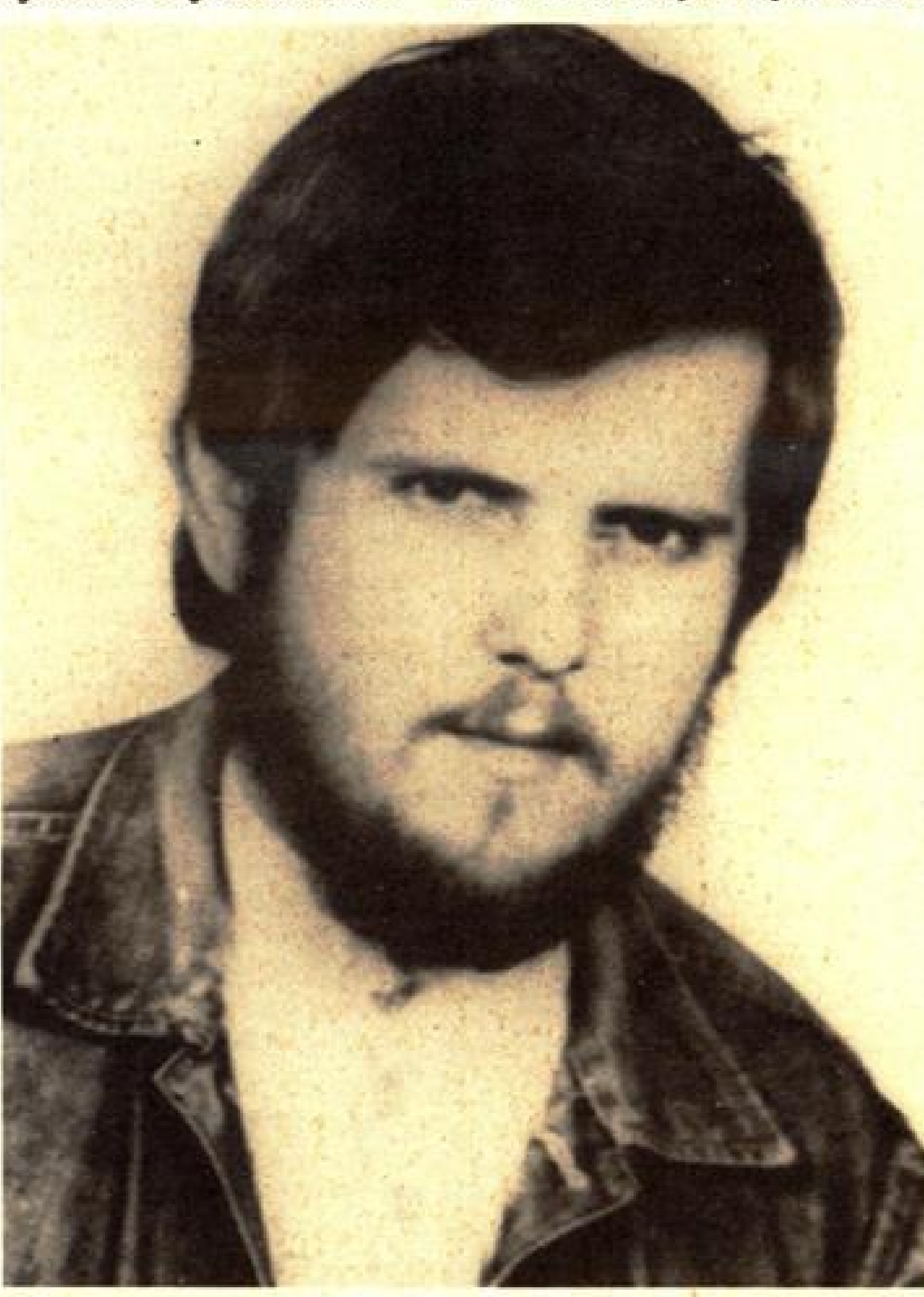
**Acht bis zehn Bürger der DDR sitzen zur Zeit wegen kommunistischer Tätigkeit im Gefängnis. Eine kommunistische Opposition in der DDR? Daß es eine Opposition bekannter Schriftsteller, Liedermacher und Wissenschaftler gibt, ist bekannt. Nicht bekannt, von bundesdeutschen und DDR-Massenmedien, Presse, Rundfunk, Fernsehen totgeschwiegen wird die Opposition der „kleinen Leute", Arbeiter, Angestellte, Rentner, Menschen wie Du und ich. Menschen, die sich nicht mehr damit abfinden wollen, daß ihr Arbeiter- und Bauernstaat, den sie unter schwersten Opfern und Entbehrungen, gegen die Angriffe des Klassenfeindes, Diversion und Sabotage nach 1945 aufbauten, heute ein Arbeiter- und Bauerngefängnis ist.** Ein Staat, der seine Grenzen mit Mauern, Stacheldraht, Minen, Selbstschußanlagen und Schießbefehl sichern muß, damit ihm seine Arbeiter und Bauern nicht den Rücken kehren. Ein Hohn auf den Sozialismus, für den Generationen deutscher Arbeiter, Sozialisten, Kommunisten gekämpft und geblutet haben. Für den sie Gefängnis, KZ-Haft, Folter und Tod auf sich nahmen.

**Diese Opposition in der DDR gründete sich Anfang 1976 und nennt sich Kommunistische Partei Deutschlands, KPD.** Erst langsam, später immer massiver nahm sie den Kampf auf gegen das SED-Regime, das schon lange nicht mehr sozialistisch ist. Zwar unterscheidet es sich vom Westen, doch nur durch Äußerlichkeiten. So gibt es in der DDR zwar keine privatkapitalistischen Konzerne, keine „freie Marktwirtschaft". Doch macht es für die Arbeiter einen Unterschied, ob die Früchte ihrer Arbeit in die Taschen von Privatunternehmern, Aufsichtsräten, Aktionären und Vorstandsmitgliedern oder in die Taschen von SED-Bonzen, Ministerialbürokraten, Technokraten und Managern wandern? **Ausbeutung bleibt Ausbeutung.**

## In tiefer Illegalität

So organisierte die kommunistische Opposition, die KPD der DDR, ihren Kampf. In tiefer Illegalität. Man traf sich in kleinsten Gruppen. Gab Flugblätter heraus. Schrieb Artikel für das Zentralorgan der Partei „Roter Morgen"-Ausgabe DDR. Verschickte ihn, gab ihn interessierten, vertrauenswürdigen Nachbarn und Kollegen. Über Nacht erschienen Parolen an den Fabrikmauern. Immer häufiger fanden DDR-Bürger Propagandamaterial der Partei in den Briefkästen, Telefonzellen etc. Zuerst in Ostberlin. Hier erschien die illegal herausgegebene, hektografierte Zeitschrift „Der rote Stachel". Kolleginnen und Kollegen des Braunkohlenkombinats Schwarze Pumpe und seiner Versorgungsbetriebe fanden immer öfter die Betriebszeitung der KPD „Roter Blitz" an ihrem Arbeitsplatz.

Nach und nach dehnten sich die Aktivitäten der Partei auf die ganze DDR aus. Nach Rostock, Magdeburg, Frankfurt/Oder, Karl-Marx-Stadt, Dresden, Leipzig, Gera, Halle usw. **In nahezu allen größeren Städten der DDR nahmen Kommunisten den Kampf auf gegen das volksfeindliche Honecker-Regime, das, als Lakai von Moskaus Gnaden, seine Macht auf die sowjetischen Bajonette stützt.**



Manfred Wilhelm, in der DDR verhaftet, weil er Kommunist ist.

## Solidarische Hilfe

Natürlich werden die Genossen der DDR unterstützt von der KPD der Bundesrepublik. Wer weiß, wie schwierig es ist, in der DDR Druckfarben, Matritzen, ja selbst Papier, geschweige denn Druckmaschinen zu kaufen, wird die Notwendigkeit dieser Unterstützung verstehen. Dabei kam es zweimal zu Festnahmen, zu Verhaftungen durch den Staatssicherheitsdienst der DDR. So wird am 12.2.1977 der Werkzeugmacher Bernd Hübner aus Neumünster verhaftet. Man hat bei ihm ein Programm der KPD gefunden. In tagelangen Verhören wird er immer wieder gefragt, was wissen Sie über die Arbeit und den Aufbau der KPD in der DDR? Zwei Jahre später, am 22.4.1979, nimmt man auf der Fahrt durch die DDR den Westberliner Wolfgang Geißler und den Bremer Arbeiter Reinhard Schimke fest. Auch sie versucht man unter Druck zu setzen und zu Aussagen über die Arbeit der KPD in der DDR zu veranlassen. In beiden Fällen gelang es durch Protestaktionen der KPD, die Genossen in relativ kurzer Zeit freizukämpfen. Den Behörden der DDR scheint eine marxistisch-leninistische Opposition nicht in ihr Bild vom sogenannten „realen Sozialismus" zu passen.

Die Lage ändert sich mit den Ereignissen im Sommer 1980 in Polen. **Während sich die polnische Arbeiterklasse im Kampf gegen die durch und durch korrupte Herrschaft der neuen polnischen Pans, der Gierek und Konsorten in ihrer Gewerkschaft Solidarność organisiert, übt die KPD der DDR praktische Solidarität. Während die Honecker-Clique die polnischen Arbeiter und ihre Gewerkschaft beschimpft und eine chauvinistische Hetze gegen das polnische Volk unterstützt, verstärken die Genossen der KPD ihre Aktivitäten.**

## Solidarität mit den polnischen Klassenbrüdern

In einem Interview des „Roten Morgen" — DDR-Ausgabe — antwortet ein Mitglied der illegalen KPD, Arbeiter in einem Ostberliner Großbetrieb, auf die Frage: **Wie habt ihr im Zusammenhang mit Polen argumentiert und welche Aktivitäten habt ihr entfaltet?**:

„Unser Hauptaugenmerk lag auf der rückhaltlosen Unterstützung der polnischen Klassenbrüger. Ein Volk hat sich geschlossen und diszipliniert gegen seine Peiniger erhoben. Erhoben auf gewerkschaftlicher Ebene — durch Streik! Wir haben eine ganze Reihe von Flugblättern, Handzetteln, Plakaten verteilt und angebracht. Losungen wurden gemalt und in Diskussionen mit den Kollegen wurde der chauvinistischen Hetze der SED konkret entgegengetreten. Wir haben stets sauber zu trennen verstanden, zwischen den berechtigten Forderungen der polnischen Arbeiter und davon profitierenden Dissidentengruppen, die auf dem Rükken der Arbeiter ihr Süppchen kochen möchten. Wir haben eine Spendenaktion durchgeführt und eine Grußadresse zur Unterstützung der polnischen Brüder geschrieben. Diese beiden Sachen hat ein polnischer Arbeiter, der uns hier in der DDR besuchte und ausführlich über die Ereignisse informierte, für uns übergeben. Inzwischen haben wir erfahren, daß beides — Geld und Grußadresse — in Polen mit großer Begeisterung aufgenommen wurde. Die polnischen Kollegen ließen uns herzliche Kampfesgrüße übermitteln, über die wir uns natürlich sehr gefreut haben."

Und auf die Frage: **Wie wird Eurer Meinung die Entwicklung in Polen weitergehen?** antwortete er:

„Durch das Fehlen einer polnischen Bruderpartei, also einer wahrhaft kommunistischen Arbeiterpartei, wird sich die Situation immer mehr zuspitzen. Die PVAP-Bonzen werden versuchen, einige Führer der neuen Gewerkschaft zu kaufen und andere einzuschüchtern, so daß diese spontane Bewegung sicher nicht über einen begrenzten Rahmen hinauswachsen wird. Das Fehlen einer wahrhaften Arbeiterpartei, die sich die Führung des Kampfes erobern müßte, wird den polnischen Kollegen noch manche bittere Niederlage bescheren. Aber unsere Partei ist guter Hoffnung, daß auch die revolutionären Kräfte Polens sich sammeln und organisieren werden."

## Der Stasi schlägt zu

Klar, daß die verstärkten Aktivitäten der KPD der DDR, ihre Unterstützung des Kampfes der polnischen Klassenbrüder gegen Mißwirtschaft und Korruption, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für die Wiedererrichtung des Sozialismus in Polen, den „Wandlitzfürsten", den Honecker und Co., sehr wenig gefielen. Denn was in Polen fehlte, die wahrhaft revolutionäre Arbeiterpartei, in der DDR baute sie sich auf. Kein Wunder, daß der Stasi, der Staatssicherheitsdienst der DDR, dem in den vier Jahren zuvor kein Einbruch in die Reihen der Partei gelungen war, seine Anstrengungen verstärkte, der Genossen habhaft zu werden. Ein Zufall brachte ihm im Herbst vergangenen Jahres den ersten Erfolg. Anläßlich einer Plakataktion wurde der erste Genosse



lesen — weitergeben — lesen — weitergeben

ROTER MORGEN

In der DDR werden Menschenrechte verletzt

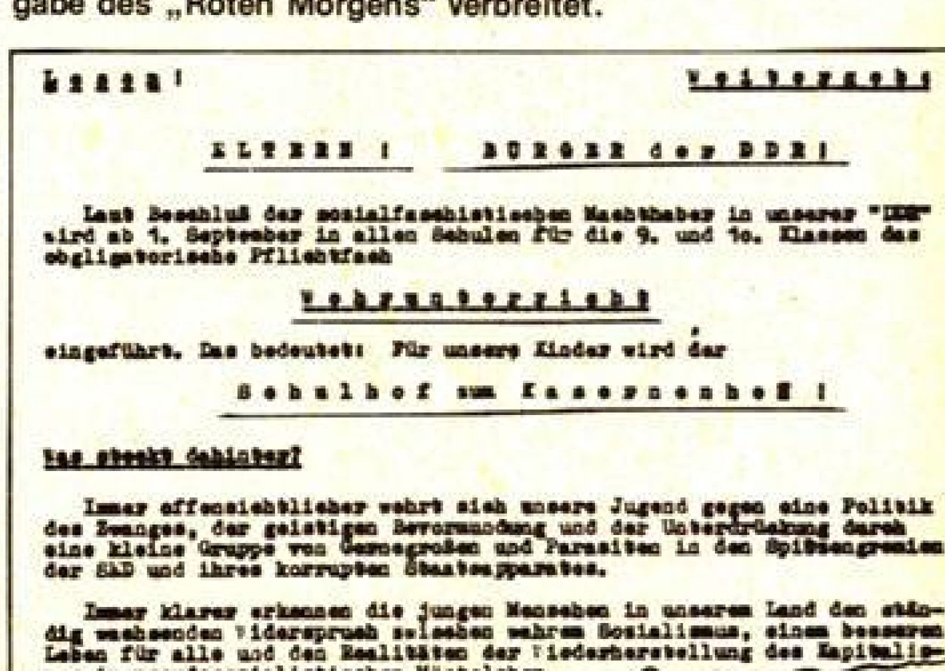
Neuer Rüstungswettlauf beginnt

Keine Atomraketen in Europa

Ungarn:

Ende der Planwirtschaft

Unter Bedingungen der tiefsten Illegalität wird die DDR-Ausgabe des „Roten Morgens" verbreitet.



Lesen! Weitergeben!

ELTERN! BÜRGER der DDR!

Laut Beschluß der sozialfaschistischen Machthaber in unserer "DDR" wird ab 1. September in allen Schulen für die 9. und 10. Klassen das obligatorische Pflichtfach

Wehrunterricht

eingeführt. Das bedeutet: Für unsere Kinder wird der

Schulhof zum Kasernenhof!

Was steckt dahinter?

Immer offensichtlicher wehrt sich unsere Jugend gegen eine Politik des Zwanges, der geistigen Bevormundung und der Unterdrückung durch eine kleine Gruppe von Gernegroßen und Parasiten in den Spitzengremien der SED und ihres korrupten Staatsapparates.

Immer klarer erkennen die jungen Menschen in unserem Land den ständig wachsenden Widerspruch zwischen wahrem Sozialismus, einem besseren Leben für alle und den Realitäten der Wiederherstellung des Kapitalismus im pseudosozialistischen Mäntelchen.

Zu allen wichtigen Fragen nehmen die Genossen in der DDR Stellung — hier ein Flugblatt zum Wehrkundeerlaß.



LESEN UND WEITERGEBEN!

DER ROTE STACHEL

Sammelflugblatt der KPD/ML Sektion DDR - Sonderausgabe

30 Jahre DDR - Anspruch und Wirklichkeit

Die Nachkriegszeit

Der „Rote Stachel", das illegale Sammelflugblatt für Ostberlin.





Artikel aus dem RM-DDR, aus dem „Roten Stachel" und anderen illegalen Flugblättern sind in dieser Broschüre zusammengefaßt. 48 Seiten; 2,50 DM. Bestellungen an Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 46 Dortmund 30.

verhaftet. Seine Frau wurde festgenommen, Verhören unterworfen, um sie zur Aussage gegen ihren Mann zu bewegen. **Ihm droht in diesem Herbst der Prozeß. Man wirft ihm vor: Plakate mit der Aufschrift „Freie Gewerkschaften in Polen — Wann werden wir zum Schlag ausholen?" hergestellt und geklebt, Flugblätter gedruckt und verbreitet, eine Flugblattwippe gebaut und Artikel für den „Roten Morgen" (DDR-Ausgabe) geschrieben zu haben.**

Überzeugung im Untersuchungsgefängnis des Stasis in Pankow sitzen und auf ihren Prozeß warten? **Da ist der Betriebsschlosser Manfred Wilhelm.** Er arbeitet bei der SED-Zeitung „Neues Deutschland". **Geboren am 5.1.1951**, dem Jahr der Weltfestspiele der Jugend in Berlin, als die DDR noch sozialistisch war, als es noch keine Mauer und Stacheldraht gab. Damals war es die westdeutsche Polizei, die Jagd machte auf die 35000 Jugendlichen, die die Grenzen zur DDR überschritten, um zu den Spielen nach Berlin zu gelangen. Heute ist es die Volkspolizei der DDR, die NVA, die mit Maschinenpistolen darüber wacht, daß ja kein DDR-Jugendlicher das Land Richtung Westen verläßt.

# Kampf um die Erhaltung des Friedens

Doch nicht nur die Solidarität mit den polnischen Arbeitern



**Zu Straßenkämpfen zwischen Jugendlichen und der Honecker-Polizei kam es 1977 auf dem Ostberliner Alexanderplatz.**

auch ihr konsequenter Kampf für die Erhaltung des Friedens trug den Kommunisten der DDR weitere Verfolgungen und Verhaftungen ein. **So wie die KPD in der Bundesrepublik den Abzug aller fremden Truppen von bundesdeutschem Boden, den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und EG etc. fordert, so fordert die KPD in der DDR u.a.:**

- **Den Abzug aller fremden Truppen vom Boden der DDR.**
- **Den Austritt der Deutschen Demokratischen Republik aus dem Warschauer Pakt und dem RGW.**
- **Entfernung aller atomaren, chemischen, biologischen und anderen Massenvernichtungswaffen vom Boden der DDR.**
- **Herabsetzung der Rüstungsausgaben, Einstellung des Baus von Angriffswaffen und ihre Verschrottung.**
- **Keine Teilnahme an militärischen Aktionen, kein Einsatz von Truppen der DDR im Ausland.**
- **Striktes Verbot jeglicher Waffenausfuhr, Verbot der Entsendung von Militärberatern in andere Staaten.**

Allein das Stellen dieser Forderungen aber bedeutet in der DDR, die sich so gern als den deutschen Friedensstaat bezeichnet, offensichtlich Hochverrat und Staatsgefährdung, führt zur Verhaftung und Einkerkerung für lange Jahre.

# Realer Sozialismus und Wirklichkeit

Manfred wuchs heran und mußte erkennen, daß das, was er an realem Sozialismus sah, nicht übereinstimmte mit dem, was man ihn an der Schule gelehrt hatte. **Statt Herrschaft der Arbeiterklasse, die Herrschaft einer Schicht nicht abwählbarer Apparatschiks und Bonzen, weit entfernt von den Sorgen und Nöten des Volkes.** Da kann man ja genausogut in den Westen gehen. Und wie viele Jugendliche in der DDR spielt Manfred mit dem Gedanken an Flucht, bereitet sie vor. Zum ersten Mal macht er mit dem Gefängnis Bekanntschaft.

Im Verlauf seiner weiteren politischen Entwicklung lernt er erkennen, daß es nicht der Weg zurück, zu den alten Formen des Kapitalismus, die Flucht in den Westen sein kann, sich aus dem System von Korruption, Lüge und Ausbeutung zu befreien, sondern nur **der Weg nach vorn, zu einer Gesellschaftsordnung des wahren Sozialismus, ohne die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen**, wie ihn die Klassiker des Marxismus-Leninismus lehrten.

**Und er fand Mitkämpfer wie den Genossen Andreas Bortfeld, geboren am 1. Mai 1953**, Diplommathematiker, Vater von zwei Kindern, einem 3jährigen Sohn, einer 7jährigen Tochter. Auch er war im Verlauf seines Studiums, in der Beschäftigung mit den Gesellschaftswissenschaften auf den **Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit gestoßen, wie er in der DDR und den Staaten des Ostens herrscht.** Auch er nimmt, und mit ihm sein Bruder, wie andere den Kampf auf, um die Verhältnisse zu ändern. **Als sie ihr Vater, Kurt Bortfeld, ein bekannter Dramatiker, DEFA-Film-, Fernseh- und Hörspielautor in der DDR, Anfang Mai im Gefängnis besucht, äußert er: „Meine Söhne sind wirkliche Marxisten". Kurz darauf stirbt er an Herzversagen. Und der Staat, der so viel von Humanität und Frieden spricht, verweigert den Söhnen die Teilnahme an der Beerdigung des Vaters.**

# Friedenskämpfer ins Gefängnis

**So wurden am 19.3. dieses Jahres die Genossen Manfred Wilhelm, Edisonstraße 54, 1160 Berlin und Andreas Bortfeld, Eibseestraße, 1180 Berlin und in der Folge weitere acht bis zehn Genossen und Sympathisanten inhaftiert. Ihnen drohen Gefängnisstrafen von 5 bis zu 25 Jahren. Ihre „Verbrechen"**: in einem Staat, der sich sozialistisch nennt, **für den Sozialismus**, der sich als Hort des Friedens ausgibt, **für den Frieden**, der sich als Arbeiter- und Bauernstaat bezeichnet, **für die Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern zu sein.**

**Wer sind diese Menschen**, die derzeit wegen ihrer politischen, ihrer kommunistischen

# Sippenhaft

Überhaupt, Schikane und Sippenhaft sind beim Staatssicherheitsdienst der DDR auf der Tagesordnung. So wurde der Mutter von Manfred Wilhelm, einer Rentnerin, der Paß entzogen. Sie, wie auch die Frauen der anderen Inhaftierten, werden immer wieder zum Verhör geholt. Bis zu 15 Stunden dauert die Fragerei. Psychoterror. Den Müttern wird gedroht, ihnen die Kinder zu nehmen und sie in die Heime der Staatssicherheitsbehörden zu stecken usw. usf. **Wer in der DDR verhaftet wird, ist der Willkür des Staatssicherheitsdienstes hilflos ausgeliefert.**

Das gilt für alle „Politischen", erst recht aber für Kommunisten wie Manfred Wilhelm, Andreas Bortfeld und die mit ihm verhafteten Genossen und Sympathisanten. **Für Arbeiter, die nicht nach Honeckers Pfeife tanzen, gibt es in diesem angeblichen „Arbeiter- und Bauernstaat" keinerlei Rechte.**

- Bis zur Gerichtsverhandlung ist der Untersuchungshäftling im allgemeinen von der Außenwelt völlig abgeschnitten. In einzelnen Fällen dauerte diese Isolierung bis zu 15 Monate.
- Seinen Rechsanwalt bekommt der Untersuchungshäftling in der Regel erst wenige Tage vor seinem Prozeß zu sehen und von einer Verteidigung im Sinne des Angeklagten kann dabei kaum die Rede sein.
- Noch nicht einmal was ihm eigentlich vorgeworfen wird, erfährt der Angeklagte rechtzeitig. Denn die Anklageschrift ist geheim. Er bekommt sie erst wenige Tage vor der Gerichtsverhandlung und auch dann nur für eine halbe Stunde zu sehen.
- Die Gerichtsverhandlung selbst findet unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, allenfalls als Zuschauer zugelassen sind Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes bzw. ausgesuchte SED-Mitglieder.

Wenn es zur Gerichtsverhandlung kommt, haben Manfred Wilhelm, Andreas Bortfeld und die mit ihnen Angeklagten mit hohen Gefängnisstrafen zu rechnen. Hilfe aus Bonn, das sich, wenn es um das Schicksal irgendeines Westagenten oder Fluchthelfers geht, vor Sorge und Hilfsbereitschaft förmlich überschlägt? Es ist kaum damit zu rechnen, daß bei einfachen Menschen, noch dazu Kommunisten, sich diese Herren bereit finden, gegen die Verletzung von Menschenrechten zu protestieren. **Im Gegenteil, in ihrem Haß auf wahre Kommunisten, da sind sie sich einig, die Herrschenden im Osten, die ihr Ausbeuterregime als „Sozialismus", und die Herrschenden im Westen, die ihr Ausbeuterregime als „freiheitlich-demokratisch" verkaufen.**

# Übt Solidarität

Deshalb appellieren wir an Euch, Arbeiter, Angestellte, Hausfrauen, Jugendliche: Unterstützt unseren Kampf für die

**Sofortige Freilassung von Manfred Wilhelm, Andreas Bortfeld und die mit ihnen inhaftierten Genossen und Sympathisanten!**

Deshalb appellieren wir an Euch, Antifaschisten und Kämpfer für die Erhaltung des Friedens. Man kann nicht im Westen, in der Bundesrepublik gegen politische Verfolgung, Berufsverbote, gegen Nach- und Aufrüstung sein, während man dies im Osten, in der DDR befürwortet oder dazu schweigt. **Wer ehrlich für die Erhaltung des Friedens ist, der darf sich nicht nur gegen die Diffamierung und Verfolgung der Friedenskämpfer im Westen, er muß sich auch gegen ihre Verfolgung und Einkerkerung im Osten wenden, unabhängig davon, ob man in allem ihrer politischen Anschauung ist. Deshalb: übt Solidarität!**

- **Protestiert** bei der ständigen Vertretung der DDR, Kölner Str. 18, 5300 Bonn-Bad-Godesberg, Tel.: 02221/379051
  bei der Generalstaatsanwaltschaft in Berlin, DDR, Tel.: 5109371
- **Schreibt** den Inhaftierten an die Generalstaatsanwaltschaft von Berlin Hauptstadt DDR, 1026 Berlin, Littenstraße 16-17 (Name und Geburtsdatum des Inhaftierten angeben).
- **Solidaritätsspenden:** Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto.-Nr.: 321004547, Stichwort: DDR-Solidarität.

## Praktische Solidarität

Absender

Ich habe gehört, daß sich gegenwärtig acht bis zehn Bürger der DDR einzig und allein wegen des Vorwurfs kommunistischer Tätigkeit in Untersuchungshaft befinden. Unter ihnen der Arbeiter Manfred Wilhelm und der Dipl.-Mathematiker Andreas Bortfeld. Das ist Gesinnungsjustiz! Ich protestiere gegen diese schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte und fordere die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen. der Prozeß gegen sie muß öffentlich und im Beisein internationaler Beobachter stattfinden.

Unterschrift

Eine wichtige Aufgabe bei der Solidarität mit den gefangenen Genossen ist es, die zuständigen Organe der DDR mit Protesten einzudecken. Ein gutes Mittel dazu ist die hier abgebildete Postkarte, die man natürlich nicht nur selbst abschicken, sondern auch an Kollegen und Bekannte geben sollte. Die Postkarten können beim Verlag Roter Morgen bestellt werden.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch besonders darauf hinweisen, daß telefonische Proteste sehr wirksam sind. Die entsprechenden Telefonnummern sind auf dieser Seite, am Schluß des hier abgedruckten Flugblattes zu finden.

Das Flugblatt selbst kann ebenfalls beim Verlag Roter Morgen bestellt werden. Sicher wollen viele Kollegen, die wir jetzt ansprechen, mehr über die Arbeit der Sektion DDR unserer Partei wissen. Dazu ist die Broschüre "Die unbekannte Opposition in der DDR" ein sehr gutes Material.

Noch ein wichtiger Hinweis für alle diejenigen, die den inhaftierten Genossen schreiben wollen: Die Briefe oder Karten müssen „privat" gehalten sein (also keine politischen Ausführungen), sonst werden sie von der Zensur nicht durchgelassen. Eine gute Möglichkeit, den gefangenen Genossen Solidarität und Unterstützung auszudrücken, sind Urlaubsgrüße.

## „Der Weg der Partei" 1/81 erschienen

**Vor kurzem erschien die neueste Ausgabe des theoretischen Organs der KPD, „Der Weg der Partei", Nummer 1 dieses Jahres. Diese Ausgabe enthält drei Artikel, die jeder für sich, nicht nur für die Genossen unserer Partei, sondern auch für alle, die mit ihr in Verbindung stehen, die sich für wahrhaft kommunistische Politik interessieren, wichtig sind.**

# Bilanz der Arbeit seit dem IV. Parteitag gezogen

Der Hauptartikel dieser Ausgabe gibt unter dem Titel „Zur Arbeit der Partei — Zweieinhalb Jahre danach" eine Zusammenfassung des Referats der Genossin Karin Wagner auf dem Maiplenum des Zentralkomitees der KPD wieder, in dem die Bilanz der Arbeit der Partei seit dem IV. Parteitag Ende 1978 gezogen wurde.

Diese Bilanz geht aus von der Resolution des IV. Parteitages der KPD „ Über die nächsten Aufgaben der Partei". Dort wurden der Partei vor allem vier Aufgaben gestellt: Überwindung des linken Sektierertums, Hebung des ideologischen Niveaus in der Partei, weitere Bolschewisierung der organisatorischen Struktur der Partei und Verbesserung ihrer sozialen Zusammensetzung durch verstärkte Aufnahme von proletarischen Genossen.

**„Kerngedanke dieser vier Aufgaben wie auch der gesamten Arbeiten des IV. Parteitags war es, die Partei auf das Proletariat auszurichten, die Isolierung der Partei von der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in unserem Land zu überwinden." (TO 1/81, Seite 2/3).**

Für die Erfüllung dieser Aufgaben der Partei wird in dem Artikel im einzelnen gründlich und konkret Bilanz gezogen, werden Erfolge und Schwächen, sowie deren Ursachen analysiert.

auch, daß die wirklichen politischen Auseinandersetzungen um die Beschlüsse des IV. Parteitags erst längere Zeit nach dem Parteitag begannen, in dem Maße nämlich, in dem die Partei nicht nur allgemein ihre Absicht bekundete, sich auf das Proletariat auszurichten, den Kampf für wirtschaftliche und politische Reformen zu führen usw. usf., sondern positiv ihre Politik zu den verschiedensten Fragen formulierte." (Seite 6)

**Die Entwicklung der Politik der Partei an den verschiedensten Frontabschnitten des Klassenkampfes ist denn auch eines der Hauptthemen des Artikels. Dabei wird auch Bilanz gezogen über den Kampf der Partei gegen Faschismus und Krieg, über die wachsende Bedeutung des Friedenskampfes und vor allem über die Wichtigkeit der verstärkten Ausrichtung des Kampfes der Partei, auf die Betriebe.**

Insgesamt hat die KPD in diesem Zeitraum eine positive Bilanz vorzulegen, sowohl was die Politik und die Taktik der Partei angeht, als auch was ihre soziale Zusammensetzung betrifft. Die in dieser Entwicklung zutagetretenden Abweichungen und Fehler werden in dem Artikel nicht nur aufgezeigt, sondern es wird auch der Weg zu ihrer Beseitigung gezeigt. Dem entspricht auch, was als Schlußfolgerung aus der Analyse der bisherigen Arbeit zur Verbesserung nicht nur der politischen und ideologischen, sondern auch des organisatorischen Einflusses der Partei gesagt wird.

„Um das zu erreichen ist es notwendig: 1. Den politischen Einfluß der Partei, vor allem in den Betrieben, mit den verschiedenen Mitteln und Methoden, die uns dafür zur Verfügung stehen, weiter auszudehnen. 2. Unsere Arbeit in den Massenorganisationen zu verbessern, vor allem auch im Hinblick auf die Mobilisierung der Mitglieder. 3. Dem Auftreten der Partei selbst (mit schriftlichen Materialien und über unsere Genossen) mehr Gewicht beizumessen, es zu verstärken und zu verbessern. 4. Der direkten Werbung für die Mitgliedschaft in der Partei mehr Bedeutung zumessen." (Seite 50)

**Im Zusammenhang mit diesem Artikel über die Bilanz der Parteiarbeit seit dem Parteitag ist auch der ebenfalls in dieser Ausgabe des theoretischen Organs der KPD veröffentlichte Artikel „Zur Einschätzung der Betriebsratswahlen 1981 von großem Interesse, nicht zuletzt auch beispielsweise für parteilose Mitglieder der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition.**

Dabei wird das Eingreifen der KPD und der RGO als sehr positiv gewürdigt, werden die einzelnen Vorgehensweisen analysiert und die politischen Bedingungen für die weitere Arbeit von Betriebsräten umrissen. Dies geht davon aus, daß es gelungen ist, die ungewollte Konfrontation zu einem großen Teil der Vertrauensleute, die bei den Listenwahlen vor drei Jahren entstanden zu überwinden, durch die RGO-Politik zu überwinden, ohne auf eigene Listen zu verzichten.

Auch die großen Wahlerfolge anderer gewerkschaftsoppositioneller Zusammenschlüsse, so schlußfolgert der Artikel, zeigt, daß die Möglichkeiten revolutionärer Gewerkschaftsarbeit besser werden.

Als dritter Artikel erscheint im "Weg der Partei" 1/81 das Referat „Funktion und Rolle der Hochschulen heute — und unsere Aufgaben", das auf den Vorbereitungskonferenzen zur Gründung der „Kommunistischen Studenten" gehalten wurde.

Einleitend heißt es dazu: „Wenn wir uns mit der Frage beschäftigen, wie wir als Kommunisten an den Hochschulen arbeiten sollen, was denn die wichtigsten Aufgabenfelder dort für uns sind usw., so müssen wir zunächst vom Wesen der Hochschulen in der kapitalistischen Bundesrepublik ausgehen, von den grundlegenden Widersprüchen in diesem Bereich. Nur so sind wir in der Lage, eine richtige kommunistische Taktik, ein richtiges Konzept für den Hochschulkampf zu entwickeln. Sinn dieses Referats soll sein, ausgehend von den wichtigsten Widersprüchen des Hochschulsektors eine konkrete Taktik für die wichtigsten Fragen der nächsten Zeit festzulegen" (S. 51). Dabei wird umfassend, und sicher auch für solche Leser interessant, die nicht unmittelbar damit in Berührung sind, die politische Entwicklung an den Hochschulen in der letzten Zeit analysiert.

**So ist es sicher nicht übertrieben, zu sagen, daß diese Ausgabe des Theoretischen Organs der KPD von besonderer Wichtigkeit gerade für die praktische Arbeit der Partei ist und daß seine massive Verbreitung ein Beitrag zur Vergrößerung des Einflusses der KPD sein wird.**

# Aktionen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag und zum Friedenskampf

**HAMBURG:** Friedenswoche 81 der DGB-Jugend
Am 1. September um 17 Uhr Demonstration ab Moorweide, Abschlußkundgebung 19 Uhr am Karl-Legien-Platz
Am 3. September 19 Uhr im DGB-Jugendclub „Takelboden" Diskussionsveranstaltung: „Sichert Rüstung Arbeitsplätze?"
Am 4. September Friedensfest „Bildung statt Raketen" 19 Uhr im Gewerkschaftshaus

**DORTMUND:** Aktivitäten zum Antikriegstag
Am 31. August Mitglieder- und Funktionärsversammlung der IG Metall um 17 Uhr im Stadtwerkesaal
Am 1. September Mahnwache der DGB-Jugend in der Innenstadt um 17 Uhr, anschließend alternative Stadtrundfahrt um 19 Uhr
Am 12. September Antikriegstagsveranstaltung des DGB-Kreises Dortmund ab 15 Uhr in der Gesamtschule Scharnhorst, um 18 Uhr spricht C. Götz vom HBV-Vorstand, anschließend Fackelzug durch Scharnhorst
Am 26. September Fahrradkorso nach Essen zur Veranstaltung der DGB-Jugend NRW in der Grugahalle

**WITTEN:**
Friedensmarsch der DGB-Jugend am 1. September um 19.45 Uhr ab Humboldt-Platz

**KÖLN:**
Der DGB-Kreis Köln führt eine mehrwöchige Kampagne durch, die am 7. November (nicht wie im RM 32 abgedruckt am 7. Oktober) mit einer Demonstration und einem ganztägigen Friedensfest abgeschlossen wird;
Am 25. September um 18.30 Uhr startet von Köln aus ein Fahrradkorso (über Düsseldorf, von wo es am 26. September morgens gemeinsam weitergeht) zur zentralen Veranstaltung in der Essener Grugahalle)
Am 19. September Informationstag auf dem Eigelstein von 9 bis 16 Uhr
Am 21. September Veranstaltung der HBV im großen Sitzungssaal mit C. Götz unter dem Thema „Arbeitnehmer contra Rüstungswahn und Sozialabbau", Beginn um 19.15 Uhr
Am 3. November im großen Sitzungssaal eine Veranstaltung des DGB-Kreis-Frauenausschusses zum Thema „Frauen in der Bundeswehr"

**HEIDELBERG:**
Gewerkschaftliche Friedenswoche des DGB-Kreises Rhein-Neckar
Am 5. September von 14 bis 20 Uhr Friedensfest im Bürgerhaus Heidelberg Emmertsgrund mit vorhergehender Familiensternfahrt;
Am 31. August und am 4. September jeweils um 19.30 Uhr Abendveranstaltung im „Zieglerbräu"

**KARLSRUHE:**
Am 1. September um 19 Uhr Kranzniederlegung für die Opfer von Faschismus und Krieg am Mahnmal im Hauptfriedhof, anschließend Schweigemarsch zur ehemaligen Synagoge Kronenstraße
Am 17. September um 19 Uhr, DGB-Haus, Großer Saal, Diskussion „Frieden und Abrüstung" mit W. Pfennig vom Hauptvorstand der IG Drupa

**HEILBRONN:**
1. September 16 Uhr 30 Demonstration gegen Aufrüstung und Krieg, Abmarsch vor dem Gewerkschaftshaus in der Gartenstraße
5. September: Friedensfest der DGB-Jugend im Waiblinger Haus

**REUTLINGEN:**
11. September um 19 Uhr in der Julius Kemmler Halle Antikriegstagsveranstaltung des DGB-Kreises Reutlingen

**FLENSBURG:**
Am 1. September 19 Uhr Friedensfest der DGB-Jugend Flensburg im „Blunschi" Husby/Ries
Demonstration der DGB-Jugend am 5. September um 11 Uhr ab Nordmarkt
Weitere Demonstrationen finden am 1. September in Kiel und Bremen statt, Veranstaltung des DGB Rheinland-Pfalz am 1. September in Mainz, Friedenswoche in Hannover vom 1. bis 5. September

## Großveranstaltung des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen

**26. September 18 bis 23 Uhr**
**Gruga-Halle Essen**
**Es sprechen:**
**Pastor Heinrich Albertz und Klaus-Peter Hennig (DGB-Landesjugendsekretär)**
**Es treten auf:**
**Jose Afonso, die Bots, Gerd Ruge und Hans Dieter Hüsch, Sounds of Soweto, DGB-Chor Münster, IGBE-Songgruppe Marl, Potrock, DGB-Theatergruppe Leverkusen**
**Von verschiedenen Kreisjugendausschüssen des DGB werden zu dieser Großveranstaltung am Freitagabend vorher oder am Samstag früh Fahrradfriedensfahrten nach Essen organisiert, unter anderem aus Bochum, Dortmund, Köln und Düsseldorf.**

# Gewerkschaftlicher Antikriegstag

Wenn man sich erinnert: Vor zwei Jahren, als die DGB-Jugend in Nordrhein-Westfalen in der Dortmunder Westfalenhalle aus Anlaß des vierzigsten Jahrestags von Hitlers Überfall auf Polen eine Veranstaltung organisierte, war das eine Ausnahme.

In den siebziger Jahren waren es in der Regel nur Kommunisten und ansonsten relativ wenige Kräfte, die den Antikriegstag begingen.

Dies hat sich heute geändert. Seit dem 1. Mai 1980, erst recht seit dem letzten Antikriegstag, sind die gewerkschaftlichen Aktionen, vor allem der DGB-Jugend, für den Frieden wesentlich breiter, wesentlich zahlreicher und vielfältiger geworden.

In diesem Jahr nun soll die Düsseldorfer Veranstaltung nicht nur zentraler Auftakt für die Antikriegstagsaktivitäten des DGB sein, sondern auch Auftakt zur Unterschriftensammlung für den Friedensaufruf des DGB.

Diese Sammlung soll, entsprechend den Richtlinie des Vorstands, in zwei Phasen durchgeführt werden: zuerst in den Betrieben und den gewerkschaftlichen Gremien, dann auf der Straße.

Die Unterschriftensammlung, zusammen mit der Vielzahl der Aktionen, von denen die nebenstehend aufgeführten nur ein kleiner Ausschnitt sind, werden mit Sicherheit ein wichtiger Beitrag dazu sein, die Arbeiterklasse und die Arbeiterjugend verstärkt in die gegenwärtigen Friedensbemühungen einzubeziehen.

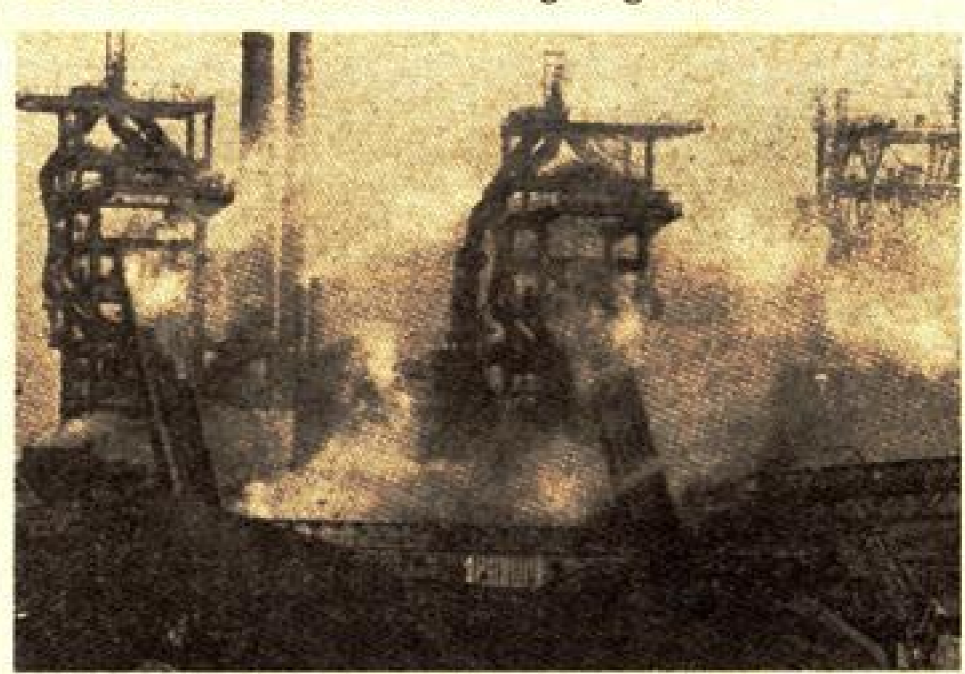
Und dies ist und bleibt eine der entscheidenden Fragen des Friedenskampfes, ob sich die Arbeiterbewegung massiv daran beteiligt oder als Zuschauer verharrt.

Darin besteht dann eben auch die Bedeutung dieser ganzen Aktionen, und es ist eine wichtige Aufgabe, dagegen anzugehen, daß zwischen der gewerkschaftlichen Aktionen und der allgemeinen Friedensbewegung ein Gegensatz gezüchtet wird, von welcher Seite aus auch immer.

### Trotz gegenteiliger Beteuerungen

# Metallhütte Lübeck droht Schließung!

**LÜBECK. — In der letzten Woche stellte die Geschäftsleitung der Metallhüttenwerke Lübeck GmbH offiziell den Konkursantrag. Nachdem ein Sofortkredit unter der Führung der Schleswig-Holsteinischen Landesbank von 20 Millionen Mark „zunächst eine Fortsetzung" des Betriebs ermöglicht, wird alles getan, um den Eindruck zu erwecken, die Gefahr der Betriebsschließung sei gebannt.**



Die Metallhüttenwerke in Lübeck

Die dadurch bedrohten tausend Arbeitsplätze sind nicht die ersten, die in Lübeck verloren gehen würden. In einem Flugblatt der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition in der IG Metall Lübecks ziehen die Kollegen die Bilanz einer ganzen Reihe von Stillegungen und fragen insbesondere nach der Verwendung öffentlicher Gelder, die der Hütte in den letzten Jahren in Millionenhöhe zuflossen, wobei die Belegschaft ständig verringert wurde.

Offensichtlich gibt es Bestrebungen, auch hier rentable Teile des Betriebs, wie die Kokerei mit rund 300 Arbeitsplätzen, zu erhalten — die Mülheimer Stinnes AG zeigte sich daran interessiert.

Eine Schließung oder weitgehende Reduzierung der Hütte hätte auch ihre Auswirkungen auf den ganzen Stadtteil Kücknitz und auf Arbeitsplätze bei der Bundesbahn.

Die RGO-Kollegen, die ihr Flugblatt anläßlich der Betriebsversammlung herausgaben, fordern darin unter anderem die sofortige Aufklärung über die Verwendung der öffentlichen Gelder. Kritisiert werden auch die Äußerungen des Ortsbevollmächtigten der IG Metall Harder, der sagte, es bestehe kein Grund zur Panik unter der Belegschaft und so versuchte, die ganzen Geschehnisse herabzuspielen. „Anstatt im Reigen mit dem Werksvorstand und Landesregierung das Lied von der Pleite mitzusingen, sollte der Kollege Harder eine Vertreterversammlung einberufen und sofort geeignete Kampfschritte einleiten", fordern die Kollegen im RGO-Flugblatt.

Denn das angesprochene „Lied von der Pleite" ist auch hier eine Täuschung der Unternehmer, um die Arbeiter und Angestellten von der Unabwendbarkeit der Schließung zu überzeugen. Auch hier hat es neben den geschriebenen roten Zahlen nicht nur Gewinne in Teilbereichen gegeben, sondern Zinsen und sonstige Überweisungen an Banken und Kapitaleigner.

Im Stadtteil hat sich eine Bürgerinitiative „Rettet die Kücknitzer Arbeitsplätze" gebildet. die fordert, keine Entlassungen auf der Hütte hinzunehmen, die Arbeitsplatzvernichtung im ganzen Stadtteil zu stoppen und die Vergabe öffentlicher Gelder an die Betriebe nur unter der Bedingung einer Garantie für Arbeitsplätze zu ermöglichen.

# Solidaritätskundgebung und Demonstration am 6. September 1981

**in Kassel (Eissportstadion, ab 11.30 Uhr) aus Anlaß des Termins der 29 „Heinze-Frauen" vor dem Bundesarbeitsgericht**




### Alle Jahre wieder

# Ministerium: Frauen werden unterbezahlt

**BONN. — In einer Untersuchung des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, die sich anhand von Urteilen der Arbeitsgerichte mit der Bezahlung der Frauen im Verhältnis zu den Männern beschäftigt, wird einmal mehr — wie schon in den Jahren zuvor — ihre Unterbezahlung festgestellt.**

Obwohl diese Feststellungen alljährlich von den Behörden getroffen werden, ist bisher von dieser Seite nichts Entscheidendes unternommen worden, es zu ändern.

Unterbezahlung von durchschnittlich einem Drittel des Lohns wurden dabei auch dieses Mal wieder zugegeben — im wesentlichen Ergebnis der Schaffung sogenannter Leichtlohngruppen durch die Kapitalisten, die extra für Frauen bestimmt sind.

Der Kampf für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit, dessen Anwachsen sich sowohl in zahlreichen gewerkschaftlichen Aktivitäten ausdrückt, als auch in der deutlichen Zunahme von Prozessen vor dem Arbeitsgericht wird durch die Rechtsvorschriften behindert, so heißt es in dem Gutachten des Ministeriums. Die Notwendigkeit der persönlichen Klage, wie sie heute noch besteht, setzt die Frauen, die für gleichen Lohn kämpfen wollen, in besonderem Maße dem Druck der Unternehmer aus.

Auch bei allen anderen Lohnbestandteilen werden die Frauen benachteiligt, bis hin zum sogenannten „Naturalentgelt" für Beschäftigte bestimmter Branchen.

In diesem Zusammenhang gewinnt der Prozeß der Heinze-Frauen vor dem Bundesarbeitsgericht am 9. September in Kassel noch weiter an Bedeutung, ist er doch ein Höhepunkt des Kampfes der Gewerkschafterinnen um gerechte Entlohnung. Die 10. Bundesfrauenkonferenz des DGB hatte denn auch bereits in ihrer Initiativ-Entschließung Nummer 1 die Unterstützung für die Heinze-Frauen nachdrücklich unterstrichen.

### Zur Jahresmitte

# Weiterer Rückgang der Autoproduktion

**FLENSBURG. — Die neueste Zulassungsstatistik des Kraftfahrzeugbundesamtes für Juli zeigt einen weiteren Rückgang der Zulassung neuer PKWs an.**

Im Juli wurden 197000 PKWs neu zugelassen, das sind rund 3000 weniger als im selben Vorjahresmonat. Dabei verschiebt sich die Skala der Wagengröße weiter nach unten, sind die Einbrüche vor allem im Mittelklassebereich wesentlich größer.

Inzwischen gibt es, nach der Juli-Statistik zu urteilen, kein einziges westdeutsches Automobilwerk mehr, das insgesamt noch zulegt, während die Zahl der Japan-Wagen weiter steigt, wenn auch nicht mehr so schnell wie seither.

Die Überproduktionskrise in der Automobilindustrie hat nach den neuesten wirtschaftlichen Daten auch immer mehr Auswirkung auf die Zulieferindustrie und das begleitende Kfz-Handwerk, wo ebenfalls ein beträchtlicher Rückgang des Umsatzes registriert wurde.

Die Krise der Autoindustrie ist zwar in den letzten Monaten nicht mehr in den Schlagzeilen der Presse zu finden gewesen und die besorgniserregende Entwicklung in der Stahlbranche hat sie insgesamt etwas aus der öffentlichen Aufmerksamkeit verdrängt. Aber nach wie vor bleibt der Rückgang dieser Branche einer der bestimmenden Faktoren der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung und trifft die Arbeiter auch anderer Branchen hart.

### Reagans Neutronenbombe

# Wer bestimmt über die Stationierung?

**BONN. — Das Bekanntwerden der Entscheidung des amerikanischen Präsidenten über die Produktion der Neutronenbombe hat nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in ganz Westeuropa eine Welle des Protestes ausgelöst. Es hat auch die Auseinandersetzungen zwischen den Bonner Parteien über die sogenannte Sicherheitspolitik erneut zugespitzt.**

Wie der RM schon berichtete, hat sich dabei die CDU/CSU ohne jede Einschränkung hinter Reagan gestellt, und weitere Unionspolitiker — einschließlich des CDU-Chefs Kohl — haben inzwischen die von Strauß gestellte Forderung wiederholt, die Neutronenbombe müsse auch der Bundeswehr zur Verfügung gestellt werden. Innerhalb der SPD hat sich die schon in der Frage des NATO-Raketenbeschlusses deutlich gewordenen Widersprüche in noch schärferer Form offen aufgebrochen.

Während Kanzler Schmidt es nach wie vor vorzieht, sich über die Neutronenbombe auszuschweigen, hat sich Altkriegsminister Leber auf die Seite der Strauß-Leute geschlagen und öffentlich die Stationierung der Neutronenwaffe in der Bundesrepublik gefordert. Auf der anderen Seite haben die SPD-Landesverbände in Schleswig-Holstein und Bremen nicht nur Protest gegen diese Stationierung erhoben, sondern auch eine Kampagne unter der Losung „Für Abrüstung in Ost und West, Stoppt die Neutronenbombe!" begonnen.

Die Strauß, Kohl und Wörner vergessen — wenn sie vor der Presse oder vor den Fernsehkameras ihr Geschrei nach der Neutronenbombe anstimmen — nie, darauf hinzuweisen, daß vor drei Jahren schließlich Schmidt selbst von Carter die Stationierung dieser Waffe in der Bundesrepublik gefordert hat. Das ist natürlich richtig. Aber die Zeiten haben sich eben geändert. Schon als Carter damals die Produktion der Neutronenwaffe stoppte und „nur" den Bau ihrer Einzelteile anordnete, reagierte er damit auf den massiven Widerstand gegen diese Waffe in Westeuropa. Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den NATO-Raketenbeschluß aber ist der Widerstand gegen die amerikanische Atompolitik noch weiter gewachsen. Selbst ein Scharfmacher wie General Haig, der Außenminister der Reagan-Regierung, hatte ja Bedenken gegen den Produktionsbeschluß angemeldet. Natürlich nicht, weil er etwa gegen die Neutronenbombe wäre. Sonder aus der Überlegung heraus, daß Washington zunächst einmal den Raketenbeschluß gegen den westeuropäischen Widerstand durchsetzen müßte und dann erst die Neutronenwaffe nachschieben sollte.

Nun sind aber Reagan und seine Hintermänner nicht die Leute, die auf solche Bedenken etwas geben. Sie setzen auf die Politik des brutalen Drucks und wollen eben beides durchsetzen, die Mittelstreckenraketen **und** die Neutronenbombe. Auf die Probleme, die sie damit ihren „Partnern", vor allem der Schmidt-Regierung aufladen, nehmen sie dabei keine Rücksicht. Und diese Probleme bestehen eben darin, daß Schmidt heute ein Ja zur Neutronenbombe, wie noch vor drei Jahren, wohl kaum in seiner Partei durchsetzen könnte.

## *Waffe für den Einsatz in Deutschland*

Also hat sich die Bundesregierung erst einmal aufs Taktieren verlegt. Während der Kanzler sich heraushält, hat sein Regierungssprecher versucht, die Produktion der Neutronenbombe als eine „rein amerikanische" Angelegenheit hinzustellen, die uns gar nichts anginge, weil ja die Waffen in den USA gelagert würden. Aber dieses Manöver ist inzwischen kläglich gescheitert. Heute wagt es niemand mehr, ernsthaft zu bestreiten, daß die Neutronenbombe für einen europäischen, und das heißt vor allem deutschen Kriegsschauplatz bestimmt ist. Selbst eine reaktionäre und proamerikanische Zeitung wie der britische „Daily Mirror" schrieb jüngst: „Wenn die Waffe je eingesetzt werden sollte, dann wahrscheinlich auf deutschem Territorium, Ost und West; das russische oder amerikanische Land würde davon nicht berührt. Diese Gewißheit kann in Westeuropa nur den Verdacht stärken, daß die USA und die Sowjetunion sehr wohl bereit sein könnten, bis zum letzten Verbündeten zu kämpfen. Das ist das sicherste Mittel, Europa in den Neutralismus zu treiben."

Tatsächlich hat der Einsatz der Neutronenwaffe (mit ihrer geringen Reichweite von nur etwa 100 Kilometern) im Rahmen der amerikanischen Kriegsstrategie nur dort einen Sinn, wo sich die militärischen Kräfte der beiden Blöcke unmittelbar gegenüberstehen. Auch die Bereitstellung dieser Waffe muß im Zusammenhang mit den Plänen der amerikanischen Imperialisten gesehen werden, bei Schonung ihres eigenen Territoriums den Atomkrieg von Boden unseres Landes aus zu führen. Und nicht umsonst haben US-Generäle in der letzten Zeit wiederholt gefordert, daß die in der BRD stationierten amerikanischen Besatzertruppen in die unmittelbare Nähe der Grenze zur DDR und zur Tschechoslowakei verlegt werden.

Auf der anderen Seite hat Breschnew schon vor drei Jahren angekündigt, daß die Sowjetunion ebenfalls über die Fähigkeit verfüge, die Neutronenbombe zu produzieren. Und man kann sicher sein, daß auch die in der DDR stationierten sowjetischen Besatzertruppen mit dieser Vernichtungswaffe ausgerüstet werden. Wenn man dann noch berücksichtigt, daß die imperialistischen Militärstrategen in der Neutronenbombe eine Waffe sehen, die nur dann sinnvoll sei, wenn sie schon bei den ersten Kampfhandlungen eingesetzt würde, dann ist deutlich, daß sich mit der Stationierung dieser Waffe die Gefahr eines Atomkriegs in Deutschland drastisch erhöhen würde.



Kundgebung in Braunschweig

Der massive Widerstand gegen die Neutronenbombe ist also gerade in Deutschland eine Sache von äußerster Wichtigkeit. Dabei muß natürlich einkalkuliert werden, daß die Supermächte mit allen Mitteln versuchen werden, ihre Atomkriegsvorbereitungen gegen den Willen der Völker durchzusetzen. Nehmen wir nur die US-Imperialisten. Sie haben im Zusammenhang mit der Bekanntgabe ihrer Entscheidung über die Neutronenbombe Töne angeschagen, wie man sie schon lange nicht mehr gehört hat. Keine Rede mehr von der früher beschworenen Gleichberechtigung im Bündnis, von den Konsultationen der europäischen „Partner".

## *Arroganz der Besatzer*

Die Tatsache, daß diese „Partner" über die Produktion der Neutronenbombe nicht einmal informiert worden sind, kommentierte Kriegsminister Weinberger kaltschnäuzig so: Auch die engsten Verbündeten könnten der US-Regierung nicht die Entscheidung darüber abnehmen, was für die in Europa stationierten US-Truppen das Beste sei. So ist das also. Wenn die Herren im Pentagon meinen, das Beste für ihre Besatzertruppen in der Bundesrepublik sei deren Ausrüstung mit Neutronenwaffen, dann geht uns — die wir im Ernstfall mit diesen Waffen „versaftet" werden (wie das im Fachjargon heißt) — das alles überhaupt nichts an. Und wie hat Kanzler Schmidt, der ja einen Eid geschworen hat, „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden", auf diese unerträgliche und lebensgefährliche Arroganz der amerikanischen Supermacht reagiert? Er ließ eilfertig Gerüchte dementieren, er sei über die Reagan und Weinberger „verstimmt" gewesen!

Und seine Minister übten sich im Abwiegeln. Die Amerikaner, so hieß es, könnten in Sachen Stationierung der Neutronenbombe nicht so selbstherrlich schalten und walten, wie sie vielleicht wollten. „Hier vollzieht sich nichts ohne Zustimmung der Bundesregierung", sagte etwa Außenminister Genscher letzte Woche in einem Interview. Dankenswerterweise hat das SPD-Führungsmitglied Egon Bahr im Parteiorgan „Vorwärts" diese Abwiegelungsmanöver als Lügen entlarvt und darauf hingewiesen, wie die Dinge wirklich liegen: „Rechtlich hat die Bundesregierung überhaupt nichts zu sagen, was die Amerikaner und Engländer und Franzosen bei uns stationieren oder abziehen und womit diese Streitkräfte ausgerüstet werden. So will es nicht der Truppenvertrag, auf den der Regierungssprecher hingewiesen hat, sondern der Generalvertrag, der fälschlich schönend Deutschland-Vertrag genannt worden ist."

So ist es tatsächlich. In diesem mit der Adenauer-Regierung 1954 abgeschlossenen Vertrag, der die Integration Westdeutschlands ins westliche Kriegsbündnis besiegelte, werdenden Besatzern nicht nur Stationierungen von Truppen, sondern auch weitgehende Rechte in unserem Land garantiert. Sie haben wirklich — wie Bahr sagte — freie Hand bei der Bewaffnung ihrer Truppen, und über die Frage der Konsultationen, die jetzt in Bonn diskutiert wird, heißt es im Generalvertrag: „Die drei Mächte werden die Bundesregierung in allen die Stationierung dieser Streitkräfte betreffenden Fragen konsultieren, **soweit es die militärische Lage erlaubt.**"

Beziehen wir das einmal konkret auf die Neutronenbombe. Angenommen, sie wird vorerst tatsächlich, wie die Reagan-Leute es behaupten, in den USA gelagert. Weinberger hat auf die Frage, wie lange denn der Transport dieser Waffen in die Bundesrepublik dauern würde, geantwortet: „Ein paar Stunden." Und da wird es die militärische Lage dann sicherlich nicht erlauben, auch noch die Bundesregierung zu konsultieren. Wobei — das muß noch einmal deutlich gesagt werden — auch eine Konsultation nicht bedeuten würde, daß Bonn irgendein Einspruchsrecht gegen eine Stationierung hätte.

## *Richtige Perspektive: Neutralität*

So sieht es also aus. Die jetzt an den Tag gelegte Arroganz der amerikanischen Kriegstreiber hat eine ganz solide Basis in den Verträgen, die unser Land an den amerikanischen Imperialismus ketten. Egon Bahr hat wohl auf diese Tatsache — die im politischen Leben des Bonner Staates ja eine Art Tabu ist — verwiesen, er ist aber sogleich vor der eigenen Courage zurückgeschreckt. So schreibt er im „Vorwärts": „Es ist besser, daran nicht zu rühren, und es wäre besser, wenn Weinberger nicht mehr darauf pochen würde. Es hätte uns gerade noch gefehlt, jetzt über die rechtlichen Souveränitäts-Mängel der Bundesrepublik diskutieren zu müssen, die sich in der politischen Wirklichkeit ausgewachsen haben."

Aber das haben sie eben nicht. Denn wie sonst könnte Weinberger darauf pochen und unverhohlen das Recht des Besatzers in Anspruch nehmen? Wen Bahr sagt, die drastischen Beschränkungen der Souveränität dieses Staates durch die Besatzer hätten sich längst ausgewachsen, dann stellt er damit die Tatsachen auf den Kopf. Die Beschränkungen haben immer bestanden und bestehen weiter, nur sind sie eben von den Bundesregierungen, von den Bonner Parteien (einschließlich der SPD) nie in Frage gestellt worden.

Genau das aber ist notwendig. Und da genügt es nicht, wie es Egon Bahr tut, nur ganz vage davon zu sprechen, der Generalvertrag sei „revisionsbedürftig". Hier geht es schließlich nicht um irgendeine beliebige politische Frage, sondern um die Frage von Krieg und Frieden, Leben oder Tod. Unser Volk kann doch nicht eine Situation hinnehmen, die es den amerikanischen Kriegstreibern erlaubt, sich unseres Landes nach Belieben als Aufmarschplatz und Schlachtfeld eines neuen Atomkriegs zu bedienen. Und darüber sollte in der Bundesrepublik keine Diskussion geführt werden sollen?

Darüber muß sehr wohl diskutiert werden. Sicherlich ist das dann für den SPD-Parteivorstand nicht sehr angenehm. Denn es liegt doch auf der Hand, daß eine solche Diskussion, wenn sie ernsthaft geführt wird, nur zu einem Ergebnis kommen kann: Daß nämlich das Übel an der Wurzel gepackt werden muß, daß unser Land aus seiner Lage als Geisel der amerikanischen Imperialisten befreit werden muß. Natürlich wird es bei der bloßen Diskussion nicht bleiben. Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik zeigt ja deutlich, wie groß hier die Bereitschaft ist, für die Erhaltung des Friedens aktiv zu kämpfen.

Die KPD hat in ihrem Friedensplan für diesen Kampf eine Perspektive entwickelt, deren Richtigkeit jetzt von Egon Bahr indirekt bestätigt worden ist. Wenn wir die Stationierung der Neutronenbombe und der neuen Mittelstreckenraketen endgültig verhindern, wenn wir den amerikansichen Kriegstreibern den Weg nach Mitteleuropa versperren wollen, dann müssen wir den Abzug der Besatzertruppen, den Austritt aus der NATO und die Neutralität für die Bundesrepublik durchkämpfen.

Protestaktion in München



# Mordverdacht gegen Hoffmann erhärtet

### Haftbefehl im Ermittlungsverfahren Levin / Poeschke

**NÜRNBERG. — Am 19. August wurde endlich Haftbefehl gegen den faschistischen Wehrsportgruppenchef Karl-Heinz Hoffmann und seine Freundin Franziska Birkmann erlassen, weil sie der Mittäterschaft an der Ermordung des jüdischen Verlegers Shlomo Levin und seiner Lebensgefährtin Frieda Poeschke verdächtig sind.**

Lange Zeit hatten die staatlichen Behörden entgegen den dringenden Forderungen der Antifaschisten so getan, als bestünde gar kein ernsthafter Grund, eine solche Mittäterschaft anzunehmen. Und das, obwohl die Brille Franziska Birkmanns neben den Opfern gefunden worden war. Nicht einmal ernsthaft ermittelt wurde anfangs, von einer Untersuchungshaft für die Neonazis gar nicht zu reden. In Untersuchungshaft sitzen Hoffman und seine Freundin allerdings jetzt, weil nach den Aussagen seines abgesprungenen ehemaligen WSG-Kumpans Hepp niemand mehr leugnen konnte, daß sie der Gründung einer terroristischen Vereinigung zumindest „verdächtig" sind. Wieviele Verbrechen konnten sie begehen, bevor der Staat diese Einschätzung treffen mußte!

Der Mord an Levin und Frau Poeschke geschah am 19. September vergangenen Jahres. Wenige Wochen zuvor war Hoffmann nach vorübergehender Festnahme nach dem Massaker auf dem Münchener Oktoberfest, das unter anderem auch von dem bei Hoffmann ausgebildeten Gundolf Köhler begangen wurde, wieder auf freien Fuß gesetzt worden...

Nun ist Hoffmann auch bei der Staatsanwaltschaft der Mittäterschaft im Mordfall Levin/ Poeschke verdächtig. Immer noch versucht man, Hoffmann von einer Mittäterschaft am Oktoberfest-Attentat, für die es der Anhaltspunkte mehr als genug gibt, reinzuwaschen. Auch dieser Versuch muß zum Scheitern gebracht werden! Das ist eine Forderung, die angesichts des bevorstehenden ersten Jahrestages des Attentats besondere Aktualität erlangt.

**Restlose Aufklärung aller Verbrechen von Hoffmann und seinen Helfern.**

**Strengste Bestrafung der faschistischen Gewaltverbrecher und Mörder — dafür gilt es zu kämpfen!**

### Türkische Zeitungen enthüllen:

# Strauß führte Geheimgespräche mit türkischen Faschisten

### Bundeskanzler möchte er immer noch werden

**MÜNCHEN. — „Rein privaten Charakter" schrieb Bayerns Ministerpräsident und gescheiterter Bundeskanzlerkandidat F.J. Strauß einem Türkei-Besuch zu, den er dem von faschistischen Militärs regierten Land Ende Juli abstattete. „Politische Gespräche wurden nicht geführt".**

**Einen ganz anderen Eindruck gewannen die Journalisten der türkischen Tageszeitungen „Hürryet" und „Tercüman": sie berichteten von Treffen mit hohen faschistischen Militärs und Juristen. Aus ihren Berichten entsteht das Bild, das wir von Strauß schon kennen: Der bayrische Politiker als Freund der Faschisten überall in der Welt.**




**„Sag mir, wer deine Freunde sind, und ich sag dir, wer du bist." Strauß beim Faschisten Pinochet in Chile.**

Den Zeitungsberichten zufolge führte Strauß Unterredungen mit General Nezdet Ürüg, Militärkommandant von Istanbul, mit dem Nationalistenführer Sadettin Bilgic und dem Staatsanwalt, der in dem am 19.8. begonnenen Prozeß gegen Alpaslan Türkes und seine Kumpane von der faschistischen Terrororganisation Graue Wölfe, die ja auch in der Bundesrepublik unter den Augen von Polizei und Justiz immer neue Gewaltakte begehen, die Anklage vertritt.

Selbstverständlich wurde über den Inhalt der Gespräche nicht viel bekannt. Man wollte schließlich die Mär vom „privaten Besuch" aufrechterhalten, und Absprachen zwischen derartigen Gesinnungskumpanen scheuen stets das Licht der Öffentlichkeit. Bekannt wurde immerhin, daß Strauß sich nach dem Wohlergehen seines guten Bekannten Türkes erkundigt hat, mit dem er sich noch 1978 in München zu einem „herzlichen Gespräch" getroffen hatte.

Den Zeitungsmachern entging auch nicht, daß Strauß beim Besuch des „Wunschsteins" in der Hagia-Sofia-Moschee diesem Stein anvertraute: „Ich möchte Bundeskanzler werden." Er möchte noch viel mehr. Es hängt von den westdeutschen Antifaschisten ab, wieviele seiner politischen Pläne dieser Erzreaktionär und Faschistenfreund verwirklichen oder nicht verwirklichen kann!




**Junge Kollegen der IG DruPa auf der Brokdorf-Demonstration im Februar. Der Gewerkschaftsblock wurde später beim Abmarsch von Polizeitruppen überfallen, der Lautsprecherwagen zerstört, viele Kollegen verprügelt. Auch von ihnen haben einige Anzeigen und Prozesse zu erwarten. Mit ihnen fordern wir: Alle Strafverfahren müssen eingestellt werden!**

### Kosten für Polizeieinsatz bei Brokdorf-Demonstration

# 12 Millionen Mark für den Polizeistaat

**KIEL. — Mehr als zwölf Millionen Mark hat der wahnsinnige Einsatz von über 10 000 Polizisten gekostet, mit dem am 28. Februar dieses Jahres die Anti-AKW-Demonstration in Brokdorf unterbunden werden sollte. Das teilte das schleswig-holsteinische Innenministerium am 18. August mit.**

**Mit dem Verhindern ist es angesichts des Aufmarsches der hunderttausend bekanntlich nichts geworden. Die Polizei konnte ihre vorgeschobenen Stellungen und Sperren nicht halten; es kam zu dem Zurückweichen, das später „besonnenes Handeln der Polizeikräfte" genannt wurde. Ebenfalls bekannt sind allerdings die vielen gewalttätigen Überfälle, die die Polizisten auf Teile der Demonstrationskolonnen starteten. Inzwischen wurde außerdem gegen mindestens sieben Demonstranten, die bei diesen Prügeleinsätzen festgenommen wurden, Anklage erhoben.**

Zwölf Millionen Mark also mußte der Steuerzahler ausgeben, damit ihm das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit beschnitten werden konnte. Zwölf Millionen Mark werden ausgegeben, um an einem einzigen Tag ein Symbolobjekt des volksfeindlichen Bonner Atomprogramms schützen zu lassen. Zwölf Millionen Mark, um diejenigen, die trotz massiver Hetze, Verleumdungen und Einschüchterungen dennoch wagen, ihrer Ablehnung gegen die Regierungspolitik Ausdruck zu geben, niederknüppeln zu können. Zwölf Millionen Mark für den Polizeistaat — an einem einzigen Tag!

Das bisher spektakulärste juristische Nachspiel der Brokdorf-Demonstration war die Anklage wegen versuchten Mordes gegen Michael Duffke aus Bremen und Markus Mohr aus Dithmarschen, die angeblich auf einen Polizisten in einem Wassergraben eingeschlagen haben sollen. Erst nachdem nachgewiesen werden konnte, daß dieser Polizist nur zufällig in den Graben schlidderte, als er versuchte, einen flüchtenden Demonstranten zusammenzuschlagen, wurde die Anklage in „schwere Körperverletzung" umgewandelt. Michael Duffke sitzt immer noch in Haft.

Zusätzlich zu sieben bekanntgegebenen Anklageerhebungen laufen noch Ermittlungen gegen elf weitere Personen, unter ihnen Jo Leinen von der BBU wegen „Leitung einer verbotenen Demonstration". In etwa 100 Fällen wurden inzwischen Bußgeldbescheide gegen Demonstranten ausgestellt, die sich auf 500 bis 1 000 Mark belaufen.

### Keine Zugeständnisse im Kampf gegen die Berufsverbote

# „Entbeamtung" abgelehnt

**Nachdem Minister Hauff bei der Bundesbahn in bestimmten Einzelfällen Beamten, die vom Berufsverbot bedroht waren, das Angebot einer „Entbeamtung" gemacht hatte — sie sollten auf ihren Beamtenstatus verzichten und als Angestellte weiterarbeiten, die Berufsverbotsverfahren würden dann eingestellt — entschloß sich jetzt auch Postminister Gscheidle zu derartigen Angeboten gegenüber DKP-Mitgliedern. Allerdings zu wesentlich verschlechterten Bedingungen. Im Gegensatz zur Bahn, wo DKP-Beamte auf das Angebot eingingen, lehnten deshalb die Postler Hans Peter und Hans Meister (beide DKP) ab.**

Während die Bundesbahner zu im wesentlichen gleichen Bedingungen am gleichen Arbeitsplatz weiter tätig sein konnten, stellte sich die Sache für die Postler so dar, wie sie Hans Peter beschreibt: „Ich hätte einen Einkommensverlust von monatlich 200 Mark hinnehmen müssen, ich hätte keine berufsfremde Tätigkeit ausüben müssen, hätte keinerlei berufliches Fortkommen mehr gehabt, keine Zusicherung für meine weitere berufliche Sicherheit, keine Garantie, daß ich meine Weltanschauung und meine Tätigkeit für die DKP, eine Arbeiterpartei, die auf dem Boden des Grundgesetzes wirkt, nicht aufgeben soll." Hinzu kommt, daß sich Hans Peter auf das mündliche Angebot innerhalb von zweieinhalb Stunden äußern sollte, während es bei der Bahn ausführliche Gespräche zwischen dem Personalchef und den betroffenen Kollegen sowie ihren Rechtsanwälten gegeben hätte.

Die betroffenen Postler erklären ihren Widerstand gegen die Abstempelung „unliebsamer Kollegen zu Bürgern zweiter und dritter Klasse"; sie wollen nicht „Vorreiter sein ... für eine Politik, die gegen alle demokratischen Kräfte, gegen alle Beamten und gegen die Rechte der Gewerkschaften eingesetzt wird" und nicht „dazu beitragen ..., ein neues Disziplinierungsinstrument zu schaffen." Desweiteren erklären sie ihre Bereitschaft, weiter für die Abschaffung aller Berufsverbote zu kämpfen. Das hatten auch die DKPler betont, die damals bei der Bahn das günstige Angebot Hauffs angenommen hatten. Diese von ihnen geäußerte Haltung ist sehr zu begrüßen. Mit der Ablehnung durch Hans Peter läuft auch das gegen ihn angestrengte Disziplinarverfahren weiter, in den nun das Bundesverwaltungsgericht demnächst ein Urteil von grundsätzlicher Aussagekraft fällen wird.

Die „Entbeamtung" insgesamt, das muß hier hervorgehoben werden, hat einen gewaltigen Pferdefuß und ist in gar keiner Weise — auch nicht in ihrer günstigsten Form — ein Schritt vorwärts im Kampf gegen die Berufsverbote. Diese Maßnahme ist im Gegenteil ein Schritt zur Zementierung der politischen Diskriminierung mißliebiger Bürger, für die hier ein Sonderrecht geschaffen werden soll. Gleichzeitig wird die Einrichtung der Berufsverbote damit noch fester verankert. Deshalb darf nicht der Eindruck entstehen, hiermit könnte man unter Umständen einverstanden sein. Sicherlich war der Vorstoß Gscheidles auch als ein Test gedacht, um einmal auszuprobieren, wie weit man hier gehen könne, was alles von bestimmten Berufsverbotsopfern hingenommen würde. Ein klares „Nein!" war hier wirklich die einzig akzeptable Antwort.

Den Stellungnahmen der Kollegen Peter und Meister fügen wir hinzu: Auch der Versuch, mit derlei gezielten Angeboten an Einzelpersonen die potentiellen Berufsverbotsopfer in verschiedene Klassen aufzuteilen und gegeneinander auszuspielen, muß entschieden bekämpft werden. Das gemeinsame Ziel aller Antifaschisten und Demokraten muß die vollständige Abschaffung des Berufsverbotserlasses von 1971 sein.

Die Berufsverbote haben bald zehnjähriges Jubiläum. Eines der vielen Schandmale des westdeutschen Staates. Für uns Anlaß zu verstärktem Widerstand.

## Meldungen

### Kadavergehorsam

**WESTBERLIN.** — Das demokratische Engagement von Bundeswehrsoldaten ist den Herren Offizieren ein Greuel. Denn eine Truppe, die denkt, kann man nicht nach Belieben in jeden Einsatz schicken. Deshalb wird seit eh und je gegen Soldaten, die auch innerhalb der Kaserne ihr Grundrecht auf Meinungsfreiheit wahrnehmen, streng vorgegangen — es sei denn, es handele sich um reaktionäre bis faschistische Meinungen.

Verboten ist es zum Beispiel, auf einem im Kasernenbereich abgestellten Privatauto den Aufkleber „Atomkraft — nein danke!" befestigt zu haben. Das entschied der 1. Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichts in Westberlin auf Vorlage eines Truppendienstgerichts. Ein solches Verbot sei notwendig „im Interesse der Funktionsfähigkeit der Bundeswehr"! Und deshalb stelle es eine nach Art. 17a GG zulässige Einschränkung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung dar.

Die Bundeswehr gerät also schon in die Gefahr der Funktionsunfähigkeit, wenn die Soldaten eventuell aufgrund eines solchen Aufklebers über den Sinn und Zweck von Atomenergie zu diskutieren beginnen!

### FDP schützt Nazis

**BONN.** — Andreas v. Schoeler (FDP), Staatssekretär im Innenministerium, sprach sich ebenso wie die Rechtspolitiker der FDP-Fraktion (und SPD-Justizminister Schmude!) gegen ein Verbot für die Verbreitung von Original-NaziSchriften aus, auch wenn diese von Neonazis nachgedruckt werden. Auch der Nazi-Terrorismus macht ihm nichts aus: „Eine neuer Paragraph 88a, diesmal gegen rechtsextremistische Bestrebungen, findet bei der FDP keine Zustimmung." Wieder eine ungeheuerliche Gleichsetzung der Verfolgung demokratischer und revolutionärer Literatur und Betätigung und des mörderischen faschistischen Terrorismus.

### Geld für den Widerstand

**WESTBERLIN.** — Für Widerstandsbewegungen oder auch Bürgerkriegsparteien in andern Ländern darf gesammelt werden. Das entschied das Westberliner Bundesveraltungsgericht in einem von einem Chile-Komitee und einem Palästina-Komitee angestrengten Verfahren (Az: BVerwg 1 C 61.76 und 1 C 62.76).

Allerdings macht das Gericht eine Einschränkung: die Sammlungen dürften nicht „zu ernstlichen Beeinträchtigungen zwischenstaatlicher Beziehungen" führen und auch nicht „in dieser Absicht veranstaltet" werden. So weit soll die Freiheit denn nun doch nicht gehen. Immerhin ein Urteil, auf das man sich zum Beispiel bei Geldsammlungen für demokratische und revolutionäre Bewegungen berufen kann.

# Gleiche Arbeit — gleicher Lohn!

**WESTBERLIN (Arbeiterkorrespondenz).** — Ich bin bei Telefunken/Schwedenstraße in Berlin beschäftigt. Bei uns werden Tongeräte hergestellt (alles, was mit HiFi zu tun hat). Das Werk ist ein fast reiner Frauenbetrieb. In der Produktion sind etwa zu 80 Prozent Frauen beschäftigt.

Eigentlich steht das Problem „gleiche Arbeit — gleicher Lohn" bei uns nicht im Vordergrund. Warum?

Wie schon erwähnt, sind wir ein reiner Frauenbetrieb. Die Frauen sind hier beschäftigt als Montiererinnen, Löterinnen, Prüferinnen, Justiererinnen und Leiterplattenbestückerinnen (an Maschinen und von Hand). Sie alle arbeiten im Gruppenakkord in den Lohngruppen 1 (7,98 Mark) oder 2 (8,33 Mark), einige auch in 3 (8,62 Mark). Die Angaben gelten jeweils für 100 Prozent; der Gruppenakkord ist mit 130 Prozent vorgegeben. Bei diesem Lohn und unter diesen Bedingungen arbeitet kein Mann! Darum sind wir ein reiner Frauenbetrieb.

Für Frauen gibt es „leichte und saubere" Arbeit bei Lohngruppe 1 und 2. Daß diese „leichte und saubere" Arbeit unseren Geist und unsere Gesundheit ruiniert, daß es nämlich einfach stupide Arbeit ist, daß die Frauen dabei schlechte Augen, Magen- und Darmkrankheiten und Wirbelsäulenschäden davontragen — wer denkt daran? Unser Kampf muß auch oder erst recht für eine gerechte Entlohnung geführt werden. Ein Teil der Frauen arbeitet im Leistungslohn, als Lagerarbeiterinnen, Maschinenlöterinnen usw. Dort sieht es schon anders aus, denn sie arbeiten nicht im Akkord, sondern werden nach ihrer „Leistung" bezahlt.

Lagerarbeiterinnen zum Beispiel arbeiten in Lohngruppe 2 und 3, aber die Leistungszulage klettert selten über 15 Prozent, denn weil keine Stückzahl vorliegt, liegt die Leistungszulage im Ermessen des Vorgesetzten. Die männlichen Lagerarbeiter werden in Lohngruppe 4 bezahlt. Dafür müssen sie aber auch „schwere" Arbeit leisten, zum Beispiel Paletten hin und herfahren, LKWs be- und entladen.

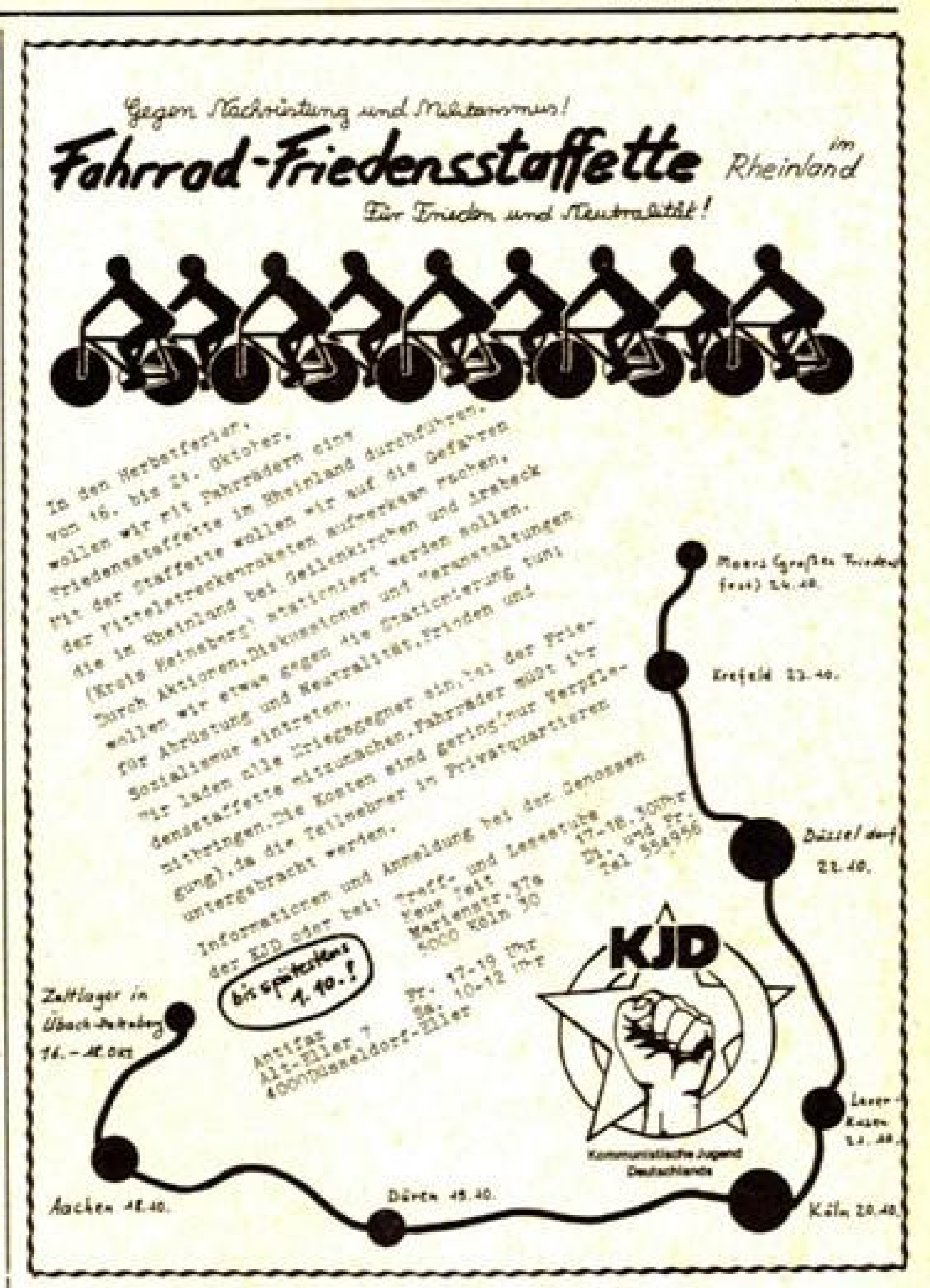
Die Maschinenlöterinnen müssen den Lötrahmen über die Maschinen laufen lassen, die Maschine warten, also säubern, Lötbad wechseln usw. Sie werden mit Lohngruppe 3 bezahlt. Früher haben Männer diese Arbeit gemacht — in Lohngruppe 4. Die Männer arbeiten meist an zwei Lötmaschinen, die Frauen nur an einer, aber die Art der Tätigkeit ist die gleiche.

Ende 1974 wurden Frauen gesucht (durch innerbetriebliche Stellenausschreibungen), die sich als Fehlerbestimmerinnen ausbilden lassen wollten. Bisher machten diese Arbeit nur Rundfunk- und Fernsehtechniker. Qualifizierte Arbeitsplätze für Frauen — das war schon eine gute Sache. Sie zahlten sogar gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Daß die Unternehmer nicht aus reinem Mitgefühl handelten, ist wohl allen klar. Was bezweckten sie damit?

Sie kalkulierten von vornherein mit dem Stolz der Frauen. Sie mußten sich gegenüber den männlichen Kollegen behaupten, sie mußten sogar besser sein. Als die Unternehmer sahen, daß die Frauen genausoviel oder sogar noch mehr wie die männlichen Facharbeiter leisteten, wurden nach und nach die männlichen Fehlerbestimmer entlassen. Als dann die Produktion umgestellt wurde, wurden wir Fehlerbestimmerinnen fast alle abgruppiert.

Die an sich gute Aktion, Frauen qualifizierte Arbeitsplätze anzubieten, sollte natürlich auch zur Spaltung der Kollegen beitragen. Einmal zwischen Männer und Frauen, aber auch untereinander. Damit hatten die Unternehmer aber keinen Erfolg. Außerdem dachten die Unternehmer, sie hätten ein Druckmittel gegenüber den Frauen in der Hand: Wenn ihr nicht spurt, dann werdet ihr umgesetzt und abgruppiert. Auch damit hatten sie nicht viel Erfolg. Als die Produktion wieder umgestellt wurde, (wieder Tongeräte, also besser bezahlte Arbeitsplätze), wurde gleich die Forderung laut: mehr Lohn!

Die Frauen, die an diese höher gruppierten Arbeitsplätze kamen (nicht nur Fehlerbestimmerinnen), wurden wieder hochgruppiert. Fehlerbestimmerinnen arbeiten in Lohngruppe 4 (9,21 Mark), 5 (9,81 Mark) und 6 (10,78 Mark) und erhalten 30 Prozent Gruppenakkordzulage, müssen aber keine Stückzahl erreichen.









## Prompte Bedienung

**DORTMUND (Volkskorrespondenz).** Am 5.8. bin ich auf einer Hausbesetzer-Demonstration festgenommen worden, weil ich fotografiert habe, wie die Polizisten Demonstranten brutal zusammengeschlagen haben. Seitdem habe ich natürlich mit der Polizei „zu tun", bzw. die mit mir, denn ich habe daraufhin Anzeige erstattet.

Das zur Vorgeschichte, und nun zur „prompten Bedienung". Die Polizei rief eines morgens bei mir an und wollte mich sprechen. Doch genau das ging nicht, denn durch einen Defekt in meinem Telefon konnte ich zwar die Polizei verstehen, aber die mich nicht. (Ich habe allerdings auch schon mal gehört, daß das nicht unbedingt am Telefon liegen muß.) Auf jeden Fall, mein Telefon war kaputt.

Nun habe ich von der Telefonzelle die Störungsstelle angerufen und bat darum, man möge sobald als möglich mein Telefon reparieren, am besten sofort, denn ich habe nicht jeden Tag Zeit, auf den Techniker zu warten.

Doch da war die Störungsstelle anderer Meinung. Erst einmal muß man nachfragen, ob das etwa ein Fehler im Amt ist, und wenn das nicht der Fall ist, kommt jemand vorbei, natürlich heute auf gar keinen Fall mehr. Sollte ich zufälligerweise, so wurde mir gesagt, nicht zuhause sein, wenn der Techniker kommt, hinterläßt dieser einen Zettel, auf dem dann mehrere Termine stehen, zu denen ich am besten zuhause sein sollte. Da ich zufälligerweise berufstätig bin, hatte ich mich schon auf eine lange Wartezeit eingestellt.

Als ich in meine Wohnung zurückkam, erzählte mir mein Bruder, daß unser Telefon schon wieder in Ordnung sei. Der Techniker war schon da. Da hatte doch tatsächlich die Polizei ein Interesse daran, daß mein Telefon funktioniert, und hat selbst die Störungsstelle angerufen. Offensichtlich hat die Polizei einen besseren Draht zur Post als ich. Nun kann ich wieder nach Herzenslust telefonieren.

Heyko Cramer

### Allgemeines Krankenhaus Wandsbek:

# Bettenabbau verhindert

**HAMBURG (Volkskorrespondenz).** — Am 15. Juni beschließt die Hamburger Gesundheitsbehörde, daß annähernd 369 Krankenhausbetten in Hamburg innerhalb weniger Monate geschlossen werden sollen. Am 8. August ist die Rede von 238 Betten und Mitte August hat diese Behörde ihre Pläne erst einmal zurückgezogen.

Was ist in dieser Zeit geschehen? Greifen wir als Beispiel das Allgemeine Krankenhaus Wandsbek heraus: Dort soll die Kinderabteilung mit rund 60 Betten geschlossen werden. Die Behörde wirft dem Kinderhaus eine zu geringe Bettenauslastung vor, nämlich nur 63 Prozent. Die betroffenen Kollegen, völlig überrumpelt, reagieren prompt. Sie verbreiten mit Unterstützung des Personalrates eine Stellungnahme, in der gegen die Schließung und Vernichtung von Betten und Personalstellen protestiert wird. Innerhalb sehr kurzer Zeit unterschreiben 600 Kollegen und Kolleginnen diese Stellungnahme. Es wird eine Initiative gegründet, in der betroffene Eltern aus Stadtteilen, betroffene Kolleginnen und Kollegen aus anderen Abteilungen mitarbeiten.

Die Behörde, aufgeschreckt durch die Bewegung, die sich nun an allen Krankenhäusern abzeichnet, versucht nun, den schwarzen Peter den betreffenden Krankenhäusern zuzuschieben. Ins AK Wandsbek kommen sie auch: mit dem „Vorschlag", dann soll sich doch das Ärztliche Direktorium (bestehend aus dem Ärztlichen Direktor, der Oberin und dem Verwaltungsleiter) den Kopf über Einsparungen zerbrechen. Das Ärztliche Direktorium am AK Wandsbek fällt, wie anderswo auch oft genug, den Kolleginnen und Kollegen in den Rücken. Es macht den Vorschlag, nur 20 Betten zu streichen, drei Schwesternstellen und eine Arztstelle.

Auf der ersten Sitzung der Initiative wird gegen diesen Vorschlag des Ärztlichen Direktoriums protestiert. In einer Resolution wird gefordert, daß alle 60 Betten und jede Planstelle erhalten bleiben. Mit dieser Resolution marschieren anderntags Beauftragte der Initiative (im wesentlichen Mütter mit ihren Kindern) ins Krankenhaus zum Ärztlichen Direktorium. Gleichzeitig beschließt die Initiative, Unterschriftensammlungen in den betroffenen Stadtteilen zu organisieren. Weil nicht nur Wandsbeker Kollegen und Bürger sich energisch zur Wehr setzen, sondern in anderen Krankenhäusern auch, weil der Hamburger Senat wohl nicht mit diesem Wirbel gerechnet hat und in der 1982 stattfindende Bürgerschaftswahl denkt (wie die CDU argwöhnt), deshalb ist der Bettenabbau wohl erstmal zu Fall gebracht worden. Aber wir werden auf der Hut bleiben müssen.

Eine beschämende Randbemerkung: Der Abteilungsvorstand Gesundheitswesen der ÖTV hatte Anfang August beschlossen, einen Antrag auf Durchführung einer Demonstration zu stellen, was wir als einfache Kollegen sehr begrüßten, kommt so ein Beschluß doch nicht alle Tage vor!

Der Bezirksvorstand der ÖTV hat dies abgelehnt, weil — so die Begründung — Personalräte aus verschiedenen Krankenhäusern dem Bettenabbau wahrscheinlich zustimmen würden!

Rot Front!
Eine Hamburger Genossin

**Zu Besuch bei der albanischen Satire-Zeitschrift HOSTENI**

# „Laßt die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter...“


Genosse Niko Nikolla, Chefredakteur von HOSTENI

.... sagte Genosse Niko Nikolla, als ich ihm erklärt hatte, warum ich gekommen war. Genosse Niko ist Chefredakteur der politischen satirisch-humoristischen Zweiwochenzeitschrift HOSTENI. Ich sei deshalb gekommen, hatte ich zu ihm gesagt, als wir uns an einem großen Tisch in seinem vor kurzem erst bezogenen Arbeitszimmer niedergelassen hatten, weil eine kleine Reportage über HOSTENI gut geeignet sein könnte, eine Reihe antikommunistischer Vorurteile überzeugend zu widerlegen, z.B. unter einem sozialistischen, insbesondere „stalinistischen“ (für Bourgeoisie und Revisionisten ein Schimpfwort, für Albaner das höchste Lob) Regime gäbe es nichts zu lachen, wäre Kritik verboten, man bekäme zwar nicht gleich den Kopf abgeschlagen (obwohl man bei diesen „Stalinisten“ ja nie wissen kann), aber habe dennoch mit einer ganze Reihe Unannehmlichkeiten zu rechnen.

Genosse Niko lacht; wohlgenährt, etwas untersetzt und mit seinem runden, von unzähligen kleinen (Lach?)Falten zerknitterten Gesicht mit den ungeheuer lebhaften fröhlichen kleinen Augen und dem schwungvoll zurückgekammten Haar sieht er genauso aus, als wäre auch seine äußere Erscheinung auf seinen Beruf zurechtgeschnitten. „Die Kapitalisten verlangen von uns nicht, Mängel im Sozialismus zu kritisieren, sie verlangen von uns, ihn zu beschimpfen. Den Gefallen tun wir ihnen nicht. Wir bauen den Sozialismus stattdessen auf. Doch sind die Kapitalisten auch verdammt hinterhältig; sie versuchen, den Sozialismus dadurch madig zu machen, daß sie den Leuten das vom Sozialismus unter die Nase reiben, was der Kapitalismus selber bei uns hinterlassen hat. Die Kritik, die wir zur Beseitigung dieser Hinterlassenschaft, dieser Muttermale der alten Gesellschaft führen, mag der Kapitalist nicht; deshalb ignoriert er sie und verbreitet, bei uns gäbe es keine Kritik, sie sei verboten.“

Von Anfang an gerät das Gespräch über HOSTENI zu einem Gespräch über den Klassenkampf auf ideologischem Gebiet, und als echter kommunistischer Vollblutjournalist (sein Leitspruch: „Drei Dinge braucht der Journalist: kühlen Kopf, heißes Herz, saubere Hände!“) denkt Niko Nikolla auch gar nicht daran, „nur“ bei seinem Blatt zu bleiben; immer wieder erzählt er von seinem „Arbeitsmaterial“, von der sozialistischen Wirklichkeit, vom Elan des Volkes und der Arbeiterklasse, aber auch und vor allem von Mängeln und Schwächen, in erster Linie im Bewußtsein der Menschen.

Doch beginnen wir von vorn! Die unvermeidlichen Raki-Gläser sind gefüllt, die Zigaretten rauchen, die drei riesigen Fenster sind wegen der großen Hitze draußen abgedunkelt, das Licht ist gedämpft, und es ist richtig gemütlich. Genosse Niko erklärt mir noch wie zur Entschuldigung, bevor er meine erste Frage nach der Entstehung von HOSTENI beantwortet, er hätte zwar selber schon Hunderte von Interviews gemacht, hätte dabei aber sozusagen auf der anderen Seite der Barrikade gestanden, er sei sich also nicht sicher, ob er meine Fragen überhaupt vernünftig beantworten könnte, seine Augen blitzen schelmisch. Doch im selben Augenblick sprudelt er los, als würde er den ganzen Tag nichts anderes tun, als sich interviewen zu lassen.

## Der Volkshumor

Der Volkshumor ist so alt wie das albanische Volk. Insbesondere tief in den albanischen Alpen (Nordalbanien), wo selbst die osmanischen Horden niemals ihren Fuß hingesetzt haben, hat er schon seit Urzeiten geblüht. Noch heute sind die Einwohner von Shkodra (Nordalbanien) für ihren Witz bekannt. Zur Zeit der albanischen Wiedergeburt (letztes Drittel des 19. Jahrhunderts) zeichnete sich vor allem der albanische Schriftsteller Cajupi (ein exzellenter Heine-Übersetzer) durch beißende Satiren gegen rückständige reaktionäre Sitten aus, beispielsweise gegen die Herren der Schöpfung, die erhabene Reden zu schwingen verstanden, die soffen und rauchten, während die Frauen draußen auf den Feldern Schwerstarbeit verrichteten.

Kritisiere mich nicht, dann kritisiere ich dich auch nicht.

Zur Zeit des Zogu-Regimes (24. Dezember 1924 bis 7. April 1939) gab es die satirische Zeitschrift „Bota e re“ (Neue Welt), in der Zeit des antifaschistischen Nationalen Befreiungskampfes erschien eine satirische Zeitung und die Zeitung „Zëri i Popullit“, damals noch redigiert vom Genossen Enver Hoxha, hatte ein ausführliches Feuilleton, wobei auch Humor und Satire nicht zu kurz kamen. Vor allem das „Heldenlied des Balli Kombëtar“, ein Gedicht, in dem der Kommunist der ersten Stunde, Shevqet Musaraj, beißenden Spott über den „Balli Kombëtar“, diese Organisation der im Sold der Deutschen und dann auch der Engländer und Amerikaner stehenden Landesverräter, ausgießt, ist noch heute ungeheuer populär in Albanien, und aus Fachkreisen verlautet, daß solch eine rasierklingenscharfe Polemik bis heute keinem mehr gelungen sei.

Am 29. November 1944 war ganz Albanien befreit. Das 28 000 Quadratkilometer große Albanien hatte 28 000 Tote zu beklagen; der Krieg hatte dem damals eine Million zählenden Volk Berge von Trümmern hinterlassen — und das ideologische Erbe des finstersten Mittelalter. Hunger herrschte; 85 Prozent der Menschen waren Analphabeten.

Auf der Tagesordnung stand der Kampf gegen die inneren Feinde, gegen Schwarzhändler, Schmuggler und Spekulanten, doch hatte der Feudalismus auch seinen Stempel in den Reihen des Volkes hinterlassen, Faulheit, Gleichgültigkeit, Vorurteile, rückständige Sitten, Ignoranz usw. Genosse Niko Nikolla: „Je klarer man den Trennungsstrich zum Feind zu ziehen vermag, desto gründlicher kann man auch die Mängel und Schwächen im eigenen Lager kritisieren!“

Den Trümmern in den Städten und auf den Straßen entsprachen im Bewußtsein der Menschen eine ganze Reihe falscher und schädlicher Auffassungen. Beide Arten von Trümmern mußten beseitigt werden, sonst hätte von einem Wiederaufbau des Landes, geschweige denn vom Übergang zum sozialistischen Aufbau, überhaupt keine Rede sein können. Die Losung von der „Herausbildung des neuen Menschen“, die die Partei der Arbeit Albaniens schon sehr früh ausgegeben hat und die heute immer nocht besteht, zielt konkret auf diese „Trümmer“ im Bewußtsein der Menschen ab.

Es gab beispielsweise viele Partisanen, die todesmutig gegen die Besatzer und Landesverräter gekämpft hatten und das jederzeit wieder tun würden, die jetzt, als die Besatzer vertrieben waren und die Landesverräter im Gefängnis saßen, einfach nicht einsahen, warum man nicht aufhören könne zu kämpfen; schließlich käme jetzt die Zeit, die Früchte des Sieges zu genießen; andere waren nur schwer davon zu überzeugen, warum um alles in der Welt sie ihre Kinder zur Schule schicken sollten, früher ist es doch auch ohne Lesen und Schreiben gegangen.

Wer den Film „Auge in Auge“ gesehen hat, erinnert sich an die Szene, wo der Alte zusammen mit den Soldaten auf einem Lastwagen nach Vlora fährt und sich über das Telephon der Armee lustig macht: „Die Deutschen und Ballisten haben wir auch ohne so'n Kram erledigt!“

Weit verbreitet war die Meinung, jetzt käme der Kommunismus über Nacht, wo man nur noch auf das Knöpfchen zu drücken brauchte und schon steht der Raki auf dem Tisch, wo man nur zu klingeln brauchte und schon fliegen einem die gebratenen Tauben in den Mund.

Wie man sieht, ein breites Feld für die ideologische Revolution, die Revolution im Bewußtsein des Menschen, die man nicht vernachlässigen durfte, die man aber aus Achtung vor den Gefühlen der Menschen auch nicht künstlich überspitzt führen durfte. Schließlich kann man einen Kämpfer, der für Albanien sein Leben riskiert hat, nicht deshalb zum Feind der neuen Volksmacht stempeln, weil er an Mohammed, Maria oder sonstwen glaubt, weil er ums Verrecken nicht einsehen will, warum seine Frau genauso viel wert ist wie er. Hätte man eine solch „linkssektiererische Politik“ betrieben, so wäre es binnen kürzester Frist mit der im Befreiungskampf geschmiedeten Einheit der Volksmassen über weltanschauliche Grenzen hinweg aus gewesen, dann wäre die Partei der Arbeit niemals imstande gewesen, die Massen zu führen. Nichtsdestoweniger, dieser Kampf mußte besonnen, klug, aber nachdrücklich geführt werden. Ein ideales Feld für eine politisch-satirische Zeitschrift.

Wenn einer der Gesellschaft eins gibt und fünf verlangt



Was er produziert hat und für was er bezahlt wird

## Humor nicht um seiner selbst Willen

Von Anfang an also hatte die Satire, der Humor, einen klaren politischen Zweck zu erfüllen. Da ging es nicht bloß darum, die Menschen zum Lachen zu bringen. „Denn das ist einfach“, meint Genosse Niko, „da brauche ich bloß raus auf die Straße zu gehen und die Hosen runterzulassen, und schon lachen die Leute“.

Viele Namen für die neue Zeitschrift wurden diskutiert, man einigte sich dann auf „Hosteni“ (=Stachel), nicht nur ein Name, ein ganzes Programm, diesen Stachel nämlich stachen die Bauern für gewöhnlich dem Ochsen ins Fleisch, wenn er nicht so vorwärts wollte, wie er sollte, und genau darum ging es ja schließlich, vorwärtskommen; immerhin hatte man sich vorgenommen, binnen kürzester Zeit ganze Jahrhunderte aufzuholen.

„Damals war das natürlich alles sehr primitiv und einfach, wenig Leute, wenig Erfahrung“, meinte Niko, um sofort hinzuzufügen: „Heute sind wir zwar weitergekommen mit HOSTENI, aber zufrieden sind wir längst nicht; oft stimmen die Farben nicht, und nicht selten passieren uns noch Bleiwüsten; dem Papier ist es natürlich egal, mit was wir es bedrucken, denn es ist bekanntlich geduldig; der Leser aber ist ein strenger Richter.“

Womit wir bei einem weiteren Punkt wären, den ich schon zu Anfang auf meinem Zettel vermerkt hatte. „Wer macht eigentlich die Zeitung?“ — „Mit fünf bis zehn Leuten ist da nichts zu machen, wir müssen genauestens dem Volkshumor nachspüren, mit den besten Schriftstellern und Zeichnern zusammenarbeiten und vor allem, die Volksmassen heranziehen.“

Was die Schriftsteller betrifft, so zählten bereits von Anfang an die Besten zum Mitarbeiterstamm, Spiro Comara, Nonda Bulka (erster Chefredakteur) und Shevqet Musaraj. (Einen Tag nach meinem Gespräch traf ich Genossen Niko Nikolla im Café des Hotels Tirana wieder — vertieft in ein Gespräch mit Dritëro Agolli, dem Vorsitzenden des Schriftsteller- und Künstlerverbandes; und in einem kleinen Buch mit dem Titel „Në majë të hostenit“ („Aufgespießt“) mit ausgewählten humoristischen Erzählungen aus HOSTENI finde ich im Inhaltsverzeichnis neben Dritëro Agolli, Shefqet Musaraj und Niko Nikolla auch Namen anderer bekannter albanischer Schriftsteller, Naum Prifti, Geqo Bushaka, Spiro Dede usw.)

Was die „Heranziehung“ der Volksmassen betrifft, so ist dieser Begriff nicht ganz zutreffend, man sollte besser sagen, daß sich die Volksmassen nachdrücklich „aufdrängen“ in Gestalt von Tausenden Briefen, die monatlich auf den Tisch des Hauses flattern, samt und sonders Beschwerden; und das passiert alles in einem Land, wo, wenn man dem dtv-Lexikon (1974) glauben würde, nach dem „Abzug“(!) der „deutschen Truppen“ die „kleine, 1941 aus der Untergrundbewegung hervorgegangene Kommunistische Partei unter Enver Hodscha durch Anwendung schärfsten Terrors“ an die Macht kam. Nach dieser albanienfeindlichen ultrareaktionären Lesart hätten die albanischen Sicherheitskräfte alle Hände voll zu tun, gegen die zahlreichen „Meckerer“ einschlägige Maßnahmen zu ergreifen.

Doch wir sollten besser zur sozialistischen Wirklichkeit zurückkehren.



## Alles wird aufgespießt

Bei diesen massenhaften Zuschriften kann und muß man natürlich auswählen. „Uns interessieren nur die bedeutenden, großen, gesellschaftlichen Fragen und Probleme; wenn beispielsweise Genosse X aus der Stadt Y schreibt, daß der Kellner Z ihn an diesem oder jenem Abend beim Servieren des Raki scheel von der Seite angeschaut hat, dann bringen wir kein sonderlich großes Interesse dafür auf“, meint Genosse Niko Nikolla dazu.

Heute besteht der ganze Redaktionsapparat aus zwölf Mitarbeitern, die man in der Redaktion allerdings höchst selten alle zusammen antrifft. Pech für mich, denn so hatte ich bis heute noch keine Gelegenheit, die komplette Mannschaft auf ein Foto zu bannen. Doch auf der anderen Seite hat es natürlich einiges für sich, wenn es die Herren Redakteure nicht sonderlich an den Schreibtisch zieht. Meistens sind sie im Land und recherchieren. Und schon manchem Direktor wird das Herz in die Hose gerutsch sein, wenn die Sekretärin den stets überraschenden Besuch von HOSTENI meldet. Da werden

**Fortsetzung auf Seite 10**




Fortsetzung von Seite 9

schonungslos die Hauptmängel ans Tageslicht gezerrt und in der nächsten Nummer oft auch mit fotographischem Beweismaterial dem ganzen Land bekanntgemacht. Das kritisierte Kollektiv, egal ob Werktätigenkollektiv, Betriebsleitung, Genossenschaft oder auch Ministerium, muß die Kritik auf seiner nächsten Sitzung erörtern, die Mängel analysieren, eine Stellungnahme verfassen, die ebenfalls in HOSTENI veröffentlicht wird, und Maßnahmen zur Beseitigung der aufgedeckten Mängel ergreifen.

Dadurch, daß die ganze Prozedur öffentlich abläuft, ist es sehr schwierig, Mängel zu be-




Vir. Sh. Palushi **Porträt eines Kleinbürgers**

schönigen oder zu bemänteln. Völlig unerwünscht sind rein formale Selbstkritiken, so nach dem Motto: „Gut, du hast recht, aber jetzt laß mich in Ruhe." — „Was passiert, wenn ein Kollektiv Selbstkritik übt, sich aber nichts ändert?" frage ich. „Oh, das erfahren wir sehr schnell, und dann stehen wir wieder auf der Matte!"

Gerade in den letzten Jahren wurden heiße Eisen angepackt. Da ging es um „das Kombinat, das 1 000 000 Eier frißt" — ein Großbetrieb für Legehennen wurde wegen Schlamperei einige Monate nach der festgelegten Frist fertiggestellt, in diesen Monaten hätte es eine Million Eier auf den Verbrauchermarkt werfen können.

Da ging es um dem Projektierungsbüro beim Exekutivkomitee (vergleichbar mit einer Landesregierung in der BRD) im Bezirk Tirana ans Leder, weil verschiedene erhebliche Mängel im Wohnungsbau aufgetreten waren. Da wurden dem Ministerium für Industrie und Bergbau in einem überaus scharfen Artikel unzureichende Arbeitsbedingungen unter Tage und mangelhafte Unterkünfte vor Augen gehalten.

1980 wurde eine sich über mehrere Nummern hinziehende Kampagne zur Verteidigung der albanischen Sprache durchgeführt. Offizielle Ministererlasse und andere Dokumente zentraler und regionaler Behörden wurden nach Rechtschreibungs-, Grammatik- und Stilfehlern durchforstet. Erbarmungslos wurde das wenig schmeichelhafte Untersuchungsergebnis dem HOSTENI-Leser unterbreitet — Faksimiles der betreffenden Schriftstücke mit einem Gewimmel roter Markierungen und Hervorhebungen an entsprechender Stelle, das sah aus wie eine schlecht ausgefallene Klassenarbeit. Niko Nikolla: „Wenn schon Ministerien nicht vernünftig mit unserer Sprache umgehen, wie kann man das vom Volk erwarten?"

Meistens haben es die Titelseiten in sich. Da ist z.B. eine Bierkneipe („Birrari") zu sehen, in der nur Männer in tiefsinnige Gespräche vertieft und rauchend zu besichtigen sind und die einzige Frau, die Kellnerin, Bierkrüge stemmen muß. Überschrift: „Burrari" (burri = Mann)!

## *Kritik ist unbequem*

„Genauso wie wir keinen Humor um des Humor Willen machen, üben wir auch keine Kritik um der Kritik Willen. Mag sein, daß unsere Kritik manchem ungelegen kommt, mag sein, daß einige aus ihrer Ruhe aufgeschreckt werden; doch warum kritisieren wir eigentlich? Weil wir vorwärts kommen wollen, weil bei uns der Mensch im Mittelpunkt steht. Wenn sich einer hinstellt und meint, bei uns müsse alles wie geschmiert laufen, der irrt sich gewaltig. Aufbau des Sozialismus und Kommunismus ist Klassenkampf, ganz konkret!"

Und HOSTENI ist beileibe nicht das einzige Organ, das diese Rolle spielt. Vor allem „Zëri i Popullit", das Zentralorgan der Partei, zeichnet sich dadurch aus, ungeschminkt die Mängel im Land, in den Betrieben, in den landwirtschaftlichen Genossenschaften, in der Verwaltung in seinen Spalten zum Ausdruck zu bringen, allerdings — genauso wie HOSTENI — nicht auf destruktive, hämische Art, nicht schadenfroh, sondern konkret und unterstützend, wenn es erforderlich ist, auch scharf, aber stets in Verbindung mit guten Beispielen.

Um noch einmal zu dem antikommunistischen Vorurteil zurückzukommen, im Sozialismus sei Kritik verboten, wer es dennoch wagt, sei unten durch. Man braucht es nur ein wenig umzuformulieren, um das Vorurteil in ein Urteil zu verwandeln: Im Sozialismus ist es verboten, Kritik zu ignorieren oder gar zu unterdrücken, wer es dennoch wagt, ist unten durch.

Und Hand aufs Herz, Herr Bourgeois, ist es nicht so, daß gerade das es ist, was dich zur Weißglut bringt. Mittlerweile mußtest du ja begreifen lernen, daß du nicht so mir nichts, dir ncit deine Armee nach Albanien schicken kannst. Mittlerweile mußtest du ja begreifen, daß Albanien nicht vor dir auf die Knie fällt, um Wiedergutmachung zu erbetteln. Mittlerweile mußtest du ja begreifen, daß Albanien sehr gut ohne deine „väterlichen Ratschläge" leben kann. Was dich gegenwärtig wurmt, ist doch die für dich unerfreuliche Tatsache, daß auch Bonzen und Bürokraten, die in Albanien nciht unbekannt sind, keine Chance haben, bestimmenden Einfluß auf Albaniens Weg zu bekommen, daß ihnen gleich die Arbeiterklasse auf die Füße tritt, wenn sie nur ihr Haupt erheben. Deshalb siehst du, Herr Bourgeois, nicht die geringste Möglichkeit, daß eines Tages in Albanien eine gewisse Sorte von „Kommunisten" die Macht ergreift, mit denen du viel besser auskommen würdest als mit den halsstarrigen „Stalinisten", die bis heute kein chruschtschowianisches Tauwetter in ihrem Land durchgeführt haben. Diese Sorte „Kommunisten" würden dir zwar das Land nicht gleich schenken, aber sie würden die Hand nach Krediten ausstrekken. Weil aber niemand zu sehen ist, der dir die Hand entgegenstrecken könnte bzw. all jenen aufs Haupt geschlagen wird, die sich deinem süßen Werben gegenüber als schwach erweisen, redest du mit den „Stalinisten" Albaniens eine ganz andere Sprache als mit deinen „kommunistischen" Freunden im Osten.

Für Bürokraten und Technokraten, das muß man zugeben, ist es schwer in Albanien, sie sind diejenigen, die Kritik zu fürchten haben. Das albanische Volk aber mit seiner Partei an der Spitze ist das letzte, das Kritik zu fürchten hat, das zeigen schon seine Leistungen. Wie schon zu Beginn erwähnt, mußte die Partei in den ersten Jahren selbst bei manchem verdienten Partisanen Überzeugungsarbeit leisten, um den Nutzen des ABC klar zu machen. Eine wichtige Aufgabe der damals gegründeten Parteihochschule war, den Kommunisten Lesen und Schreiben beizubringen. Keine 40 Jahre sind seitdem vergangen, und Albanien verfügt über gigantische Wasserkraftwerke mit dem entsprechenden Facharbeiter- und Wissenschaftlerstamm, die jedem internationalen Vergleich standhalten.

Wie lächerlich sind dagegen die Lumpenjournalisten, die sich mit Krokodilstränen in den Augen darüber verbreiten, sie hätten damals beim Länderspiel Albanien-Westdeutschland einen Ochsenkarren in Tirana gesehen, sie hätten die Villen der Bonzen gesehen (wahrscheinlich haben sie die Albanische Botschaft gesehen, die in der Nähe des Stadions ist, wenn sie sich nicht ohnehin alles aus den Achseln geschwitzt haben), alles das jedenfalls ein hinreichendes Indiz dafür, daß Albanien immer noch das rückständigste Land Europas sei, was es früher tatsächlich einmal war. Doch das ist lange her. Da kann man nur den eingangs zitierten Spruch wiederholen: „Laß die Hunde bellen, die Karawan zieht weiter!"

Der Inhalt der Raki-Flasche neigt sich dem Ende zu (insgesamt sind wir zu viert; Dolmetscher und ein Karikaturist sind noch dabei). Ich muß schnell meine Fotos machen, denn es dämmert bereits und ich könnte Probleme mit der Belichtung bekommen.

Mehr der Vollständigkeit halber spreche ich noch die wissenschaftlich-technische Revolution an, über die besonders seit dem 8. ZK-Plenum im Juni des vergangenen Jahres viel diskutiert wird, die eins jener „großen, gesellschaftlichen Probleme" darstellt, über die auch HOSTENI schreibt.

„Wir müssen produktiver arbeiten, sparsamer und rationeller wirtschaften, alles Probleme, die ihr" — jetzt blinzelt er mir wieder freundlich zu — „in den kapitalistischen Ländern längst gelöst habt..." Ich stelle mir die Fließbandmontage in der westdeutschen Automobilindustrie vor, überlege, wie kostengünstig die Kapitalisten mit Hilfe der wissenschaftlich-technischen Revolution die Ware Arbeitskraft einzusetzen verstehen, wie die Stahlkonzerne gegenwärtig das Problem „rationeller wirtschaften" zu lösen versuchen, doch Niko war noch nicht fertig: „...zumindest von der technologischen Seite her", ergänzt er und grient mich an, als wenn er sagen wollte, „Wir verstehen uns schon, oder?" — „Genau das müssen auch wir erreichen. Wir können selbstverständlich nicht denselben Weg gehen wie die Kapitalisten, und hier liegt der Hase im Pfeffer. Bei uns läuft die wissenschaftlich-technische Revolution nicht gegen die Arbeiter, sondern zugunsten der Arbeiter, zugunsten des ganzen Volkes. Die Sache hat eine Grundvoraussetzung, die wir noch nicht vollständig lösen konnten, wegen des historischen Ballastes im Bewußtsein der Menschen, ich meine die Arbeitsdisziplin."

Dann erzählte er mir eine Anekdote über die in Albanien sehr geschätzte deutsche Arbeitsdisziplin. Eines Tages sei ein westdeutscher Geschäftsmann in ein albanisches Holzkombinat gekommen. Am Rande seines geschäftlichen Auftrags habe ihm ein Möbelstück ausgesprochen gut gefallen. Kurzerhand bestellte er eins, und zwar in den Maßen 100 mal 30; die Arbeiter aber hatten gerade ein ähnliches Stück mit den Maßen 100 mal 40 auf Lager; sie boten es dem Westdeutschen an, für denselben Preis. Begreiflicherweise war der Westdeutsche entsetzt, zurecht entsetzt, wie Genosse Enver Hoxha später in einer Rede bestätigte. Im Kapitalismus wäre der Verantwortliche für so ein betriebsschädigendes Verhalten längst entlassen worden.

„So gehen wir hier in Albanien natürlich nicht vor", sagt Genosse Niko Nikolla. „Trotzdem haben die Arbeiter falsch gehandelt. Sie haben einfach gedacht ‚Wir sind die Herren der Fabrik' und, ‚Es lebe die Volksmacht!', ihre eigenen Preise gemacht. Wir müssen diese Art von Disziplin, die wir am deutschen Volk so bewundern, durch Erziehungsarbeit schaffen. Ihr habt zwar Kapitalismus, aber in dieser Beziehung habt ihr den ganzen feudalistischen Ballast im Bewußtsein der Menschen schon über Bord geworfen. Wenn ihr morgen den Sozialismus erkämpft habt, habt ihr diese Probleme nicht!"

Ganz schön dialektisch, der Genosse Niko, denke ich bei mir. Mir kommt in den Sinn, welche Verzerrungen die sprichwörtlich deutsche Disziplin in ihrer Geschichte schon durchmachen mußte. Doch das weiß auch Niko; er gehörte zu den Partisanen, die gegen die „disziplinierte" Hitler-Armee gekämpft haben.

Und auf seine Weise hat er recht. Was er verschwiegen hat, **nach** der Rvolution werden wir es in vielerlei Hinsicht leichter haben als das albanische Volk; doch um an diese Revolution **heranzukommen**, das ist in Deutschland um vieles schwerer als damals in Albanien.

Das Gespräch mit Niko Nikolla war in vielen Aspekten eins der merkwürdigsten, das ich bisher führen konnte. Besonders ein Punkt setzt mich im Nachhinein in Erstaunen! Mit geradezu fanatischer „Einseitigkeit" hat er fast nur über Fehler, Mängel und Schwächen im sozialistischen Albanien gesprochen, doch, und das erscheint (nur) auf den ersten Blick paradox — war bisher kaum ein anderes Gespräch in der Lage, mir dermaßen plastisch das „Wunder" des neuen Albaniens vor Augen zu führen.

Vielleicht kann man daraus folgende Schlußfolgerung ziehen: Alle Organe und Medien, die sich die Propagierung des sozialistischen Albaniens als Aufgabe gestellt haben, müssen einerseits die großartigen Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus anschaulich schildern und zweitens, was, insbesondere für die Arbeiterklasse der kapitalistischen und **revisionistischen** Länder, mindestens genau so wichtig ist, realistisch und offen vermitteln, wie der Mensch im Sozialismus mit seinen Fragen und Problemen fertig wird. Wer letzteres nicht tut, der muß damit rechnen, daß eines Tages Niko Nikolla lächelnd in der Tür steht und sagt: „Wenn einer sich hinstellt und meint, bei uns müsse alles wie geschmiert laufen, der irrt sich gewaltig. Aufbau des Sozialismus und Kommunismus ist Klassenkampf, ganz konkret!"

**Johannes Vetter**

***Den Fischereibetrieben, die den Plan nicht erfüllen***




***Teufel noch mal, was für eine Geduld ihr habt, warum kommt ihr nicht hierher?***



***Sowjetischer Haushalt: Eine „Sau", die dafür sorgt, daß ihre „Ferkel" groß werden***



## HÖRT RADIO TIRANA

| UHRZEIT | | WELLENLÄNGE |
|---|---|---|
| | 1. Programm | |
| 13.00-13.30 | 9375 kHz<br>7310 | 31 Meterband KW<br>41 Meterband KW |
| 14.30-15.00 | 9375<br>7310 | 31 Meterband KW<br>41 Meterband KW |
| 16.00-16.30 | 9375<br>7310 | 31 Meterband KW<br>41 Meterband KW |
| 18.00-18.30 | 9375<br>7310 | 31 Meterband KW<br>41 Meterband KW |
| 19.00-19.30 | 7310<br>9375<br>1395 | 41 Meterband KW<br>31 Meterband KW<br>215m MW |
| | 2. Programm | |
| 21.30-22.00 | 7310<br>5985<br>1458 | 41 Meterband KW<br>49 Meterband KW<br>206m MW |
| 23.00-23.30 | 7310<br>5985<br>1458 | 41 Meterband KW<br>49 Meterband KW<br>206m MW |
| 6.00-6.30 | 7310<br>9375<br>1395 | 41 Meterband KW<br>31 Meterband KW<br>215m MW |



# Israel stützt afrikanische Diktaturen

**Immer wieder werden in der Weltöffentlichkeit in letzter Zeit Tatsachen bekannt, die beweisen, wie stark die proimperialistischen israelischen Regimes in die weltweiten Abenteuer der Reaktion verknüpft sind, sei es mit Südafrika, mit dem Schah des Iran oder früher mit den rhodesischen Rassisten oder Idi Amin. Wie umfangreich diese Aktivitäten sind, zeigt jetzt auch eine Artikelreihe Israel Shahaks im „Palästina Bulletin" unter dem Titel „Waffenexport — Israels lukrativstes Geheimnis", von dem wir das Kapital über Beziehungen zu schwarzafrikanischen Staaten auszugsweise wiedergeben.**

(...) Vor dem Krieg von 1967 hatte Israel einen enormen Einfluß in einem beträchtlichen Teil dieser afrikanischen Staaten. Der Krieg von 1967 und mehr noch der von 1973 und die hartnäckige Weigerung der israelischen Regierung, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen und die legitimen Rechte der Palästinenser anzuerkennen, verursachte einen politischen Erdrutsch in diesem Teil der Welt, natürlich mit Ausnahme Südafrikas. Genaugenommen festigte die Postion des israelischen Eroberers die Freundschaft zwischen diesen beiden Staaten. Wir werden uns hier zuerst mit all jenen Staaten in Schwarzafrika befassen, in denen Israel immer noch einen starken Einfluß ausübt. In der Fortsetzung werden wir uns den wichtigen Punkten unserer Diskussion über Israels Beziehungen mit Südafrika und den angrenzenden Staaten zuwenden.

In dreien dieser unabhängigen Staaten hat sich jüngst ein starker israelischer Einfluß bemerkbar gemacht: der Elfenbeinküste, der Zentralafrikanischen Republik und dem Staat Malawi. Das Regime der Elfenbeinküste wird zurecht als eines der demoralisiertesten Regimes in Afrika betrachtet. Nach Schätzungen aus Frankreich gehören 80 Prozent des Eigentums in diesem Staat dem Präsidenten, seiner Familie und einer verschwindenden Anzahl seiner Günstlinge. Entwicklung dient nicht dem weigesteckten Interesse dieser herrschenden Clique und findet deshalb so gut wie nicht statt. Die elementare und höhere Schulbildung befindet sich auf einem niedrigen Niveau, selbst im Vergleich zur Situation während der französischen Kolonisation. Die Bauern sind verpflichtet, ihre Produkte zu Preisen zu verkaufen, die von der Regierung festgesetzt werden, und zwar an monopolistische Unternehmen, die vom Präsidenten und seinen Günstlingen kontrolliert werden oder sich in deren Besitz befinden, die dann wieder diese Produkte mit großem Profit nach Europa und Amerika weiterverkaufen. Vor dem Hintergrund der schrecklichen Armut der Bauern und der Mehrheit der Menschen in der Stadt hebt sich der prachtvolle Lebensstandard einer kleinen Schicht von Herschenden scharf ab. Diese Schicht hat die Elfenbeinküste in das Zentrum des exklusiven Tourismus für den „sparking circle" Westeuropas verwandelt. Die luxuriösen Hotels, die Paläste der Herrschenden, die monopolistischen Unternehmen — all dies wurde und wird noch in enger Kooperation mit Israel gebaut, vor allem mit dem der Histadrut eigenen Unternehmen und dann auch mit Hilfe einer Zahl privater Gesellschaften. Die Zahl der Israelis, die in der Elfenbeinküste arbeiten, ist auch jetzt noch sehr groß, und im Laufe der Zeit sind sie zum Zentrum des Hasses aller progressiven Kärfte in diesem Land geworden, denn sie bilden eine der Hauptstützen, auf denen das tyrannische Regime der Elfenbeinküste ruht.

All dies war noch viel klarer, als die Zentralafrikanische Republik für eine kurze Zeitspanne ein „Kaiserreich" war unter der Herrschaft des tyrannischen „Kaisers" Bokassa I. Einer unserer „berühmten" Generäle (d. Reserve), Shmuel Goren, beschloß nach der Veröffentlichung des Agranat-Berichts (...), daß sein Platz im Lebensstil eines Freundes und Günstlings des kannibalistischen „Kaisers" Bokassa I. sein sollte. Gorens ehemaliger Nachname war Gorodish. Er war in der israelischen Armee berüchtigt für Mißhandlungen seiner Untergebenen (...).

Goren Gorodish beschäftigte nicht nur die israelische Presse — hier besonders MA'ARIV damit, daß er in der ganzen Welt „Öffentlichkeitsarbeit" für Bokassa leistete. Zu den Argumenten, die von Gorodish zum Vorteil des selbsternannten „Kaisers" angeführt wurden, gehörte nicht nur die — natürlich — tiefe Freundscahft Bokassas zu Israel, wie er sagte, sondern nicht mehr und nicht weniger, daß dieser nicht schlechter oder besser sei als der Schah von Iran. Letzterer war, wie bekannt, ebenfalls ein inbrünstiger Freund Israels, und wie wir noch sehen werden, besonders der Arbeiterpartei. Wie auch immer, General Gorens Tage der Herrlichkeit waren gezählt. Mit Hilfe französischer Soldaten wurde der „Kaiser" gestürzt und ins Exil geschickt — in einen der luxuriösen Paläste in der Elfenbeinküste. Wie sagt das Sprichwort: „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus". Dort wird er auch nicht von der Presse behelligt, um herauszufinden, an welche der westlichen Herrscher er Diamanten als Geschenke gab. Zu den ersten Dingen, die die neuen Herrscher der Zentralafrikanischen Republik und ihre französischen Berater entdeckten, gehörte die Tatsache, daß „unser Gorodish" Steuern und Zollgebühren in erheblichem Umfang nicht an die Staatskasse abgeführt hatte. General Goren steht nun seit mehreren Monaten unter Hausarrest, und eine Untersuchung in dieser Angelegenheit ist eingeleitet worden. (...)

Eine besonders finstere Aufgabe erfüllt die israelische Regierung im Staat Malawi. Die Herrschaft über diesen Staat liegt seit seiner Errichtung in der Hand eines Tyrannen mit dem Namen Dr. Benda, der sich sehr bald unter den afrikanischen Staaten als loyaler und offener Freund des Apartheid-Regimes in Süd-Afrika entpuppte. Seine Besuche in Pretoria als ehrenwerter Gast der Führer der südafrikanischen Regierung sind in der Welt ebenso berüchtigt und bekannt wie die Besuche südafrikanischer Minister in Israel. Vor der Niederlage der portugiesischen Kolonialisten in Mozambique half er diesen gegen die Freiheitskämpfer in diesem Land. Das Regime in Malawi ist eines der schrecklichsten in der ganzen Welt und kann nur noch mit Staaten wie Guatemala und El Salvador verglichen werden; aber was dieses Regime besonders charakterisiert, ist die Tatsache,daß die Morde und die Folter von Dr. Bendas Gegnern von Jungen ausgeführt werden. Die staatliche Jugendorganisation, die von Beratern der „Gadna" und der „Nahal" (offizielle israelische paramilitärische bzw. militärische „Jugend"-Organisation), die von Israel gestellt wurden, aufgebaut wurde, ist als Privatinstrument des Tyrannen benutzt, um politische Gegner zu ermorden, Arbeiter zu terrorisieren, Menschen, die es wagen, an der „göttlichen Weisheit" des „Vaters" der Nation, Dr. Benda, zu zweifeln, auszupeitschen. Als Gegenleistung für diesen Dienst ist es den ausgewählten Banden der „Jugendorganisation" erlaubt, auch aus nicht-politischen Gründen in Raserei zu geraten, unentschuldigt Bürger zu schlagen, zu foltern, zu quälen, „nur um des Spaßes willen", um des Vergnügens willen, und vielleicht zu Trainingszwecken die Menschen zu terrorisieren. Bis zum heutigen Tag bilden israelische Berater diese „Jugendorganisation" aus und das, obwohl genau bekannt ist, welche Art von Ausbildung das ist. Die israelische Presse beschreibt diese als etwas der „Gadna" und der „Nahal" Vergleichbares.

Es sollte hier bemerkt werden, daß die Weltpresse sehr genau den Charakter des Regimes von Dr. Benda kennt und von Zeit zu Zeit auch entsprechende Details veröffentlicht. In den letzten Jahren aber bestehen die hauptsächlichen Verbindungen des Staates Israel zu Süd-Afrika, den Staaten oder besser „Bantustans", die von den Apartheid-Behörden errichtet worden sind und mit besetzten Gebieten wie Namibia. Bis vor kurzer Zeit konnte man dieser Liste auch das Rhodesien des Ian Smith (und Bischof Muzorewas) hinzufügen — das heutige befreite Zimbabwe. Nach Angaben ausländischer Quellen hatte Smith eine israelische Konzession zur Produktion von "UZI"-Maschinenpistolen. Der Name der „UZI", die für Rhodesien produziert wurden, lautete „Rhuzi" und neben ihrer militärischen Anwendung wurde die Maschinenpistole zum Preis von 100 rhodesischen Pfund pro Stück verkauft (natürlich nur an Weiße). (...)

# Türkes-Prozeß beginnt

## Konsequenzen für die Bundesrepublik?

**ANKARA. — Nach monatelangem Tauziehen und verschiedenen Ankündigungen begann in der letzten Woche der Prozeß gegen den türkischen Faschistenchef Alparslan Türkes und 586 weitere Funktionäre der MHP-Partei. Die Militärstaatsanwälte forderten für Türkes in der Anklageschrift sechsmal die Todesstrafe.**

Offensichtlich ist der Eröffnung des Prozesses gegen die türkischen Faschisten ein heftiger innerer Kampf innerhalb der faschistischen Militärjunta vorausgegangen, in dem sich jene Kräfte durchgesetzt haben, die einen Prozeß für opportun halten.

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, wie dieser Prozeß ausgehen mag. Am faschistischen Charakter der herrschenden türkischen Militärjunta ändert dies gar nichts, auch nichts an der Feststellung über die Zusammenarbeit von Militär und Faschisten vor dem Putsch am 12.9.80.

Es sei dafür konkret — als eines unter vielen möglichen — das in letzter Zeit in der westdeutschen Presse verschiedentlich genannte Städtchen Fatsa erwähnt. Die dortigen Einwohner hatten sich eine revolutionären Bürgermeister gewählt, der mit Lebensmittelzuteilungen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und anderen politischen Reformen das Leben in diesem Bereich annehmbarer und besser machte. Einige Faschisten wurden eingesperrt und das Städtchen war eine Oase der Ruhe — bis die Armee, Monate vor ihrem Putsch, angriff, die Verwaltung absetzte und gefangen nahm. Mit der Armee kamen auch die faschistischen Terroristen, kamen die nächtlichen Überfälle und Morde, mehrere Dutzend bis zum Zeitpunkt des Putsches.

Fatsa war vom Armeeangriff zu einem Zentrum des Terrors gemacht worden — denn die Armee, wie dies die Junta durch ihre Taten zeigt, sieht und sah die Arbeiterbewegung als ihren Hauptfeind, als die Quelle der Unruhe — genau wie dies Türkes immer wieder betont hatte. Dessen „aktuelles Hauptanliegen" war es in den letzten Jahren gewesen, die Gewerkschaft „DISK" zu vernichten — die Junta hat sie verboten und organisiert Prozesse en masse gegen Gewerkschaftsfunktionäre.

Im Gegensatz zu den anderen „Terroristenprozessen" der Junta, wo im wesentlichen die revolutionäre politische Gesinnung der Angeklagten abgeurteilt wurde, handelt es sich beim Prozeß gegen Türkes und seine Partei um eine lange Liste im einzelnen aufgeführter Verbrechen, zahllose Morde und Entführungen werden ihnen angelastet.

Die Teile der Anklageschrift gegen Türkes, die bisher bekannt wurden, sind gerade für die Bundesrepublik aus zwei Gründen interessant. Zum einen wegen Türkes' Verbindungen in die Bundesrepublik, zu CSU und zu Franz Josef Strauß persönlich, und zum anderen wegen des Wirkens von Türkes' „Grauen Wölfen" in unserem Land.

In dieser Anklage wird Türkes der Verantwortung für alle begangenen Verbrechen bezichtigt, da es sich um eine eindeutige Befehlsstruktur in der Organisation handele, die ein Handeln auf Anweisung und Richtlinien erzwinge. Das wird für Strauß, der Türkes zweimal empfing und sich kürzlich bei privatem Besuch in der Türkei um ihn kümmerte, sehr peinlich sein, hat er diesen Oberfaschisten doch stets als „ehrenwerten" Mann bezeichnet, mit dem es gelte, gemeinsam gegen den Kommunismus vorzugehen.

Zum anderen werden in der Anklage 86 verschiedene Vereine in der Bundesrepublik als Bestandteil der faschistischen Organisation bezeichnet, was bisher von verschiedenen Behörden stets abgelehnt wurde zu akzeptieren, da dies alles eine linke Propaganda sei. Nun ist die Militärjunta der faschistischen türkischen Generäle und sind ihre Staatsanwälte bestimmt alles anderen verdächtig nur keiner Linkstendenzen.

Und sie bestätigen also in aller Deutlichkeit den Vorwurf, den die demokratische Bewegung seit langem an verschiedene Behörden richtet, das Treiben der türkischen Faschisten zu dulden.

In der Anklageschrift wird klar herausgestellt, daß es sich um einen Prozeß gegen tausendfache Mörder handelt, die eine echte straffe Terrororganisation aufgebaut hätten.

Der SPD-Abgeordnete Brand, Mitglied des Innenausschusses des Bundestags, betonte in der letzten Woche, man werde sich als Folge dieses Prozesses in der Türkei mit der Frage des Verbots der „Grauen Wölfe" beschäftigen.

Gerade dieser jetzt stattfindende Prozeß zeigt doch in aller Schärfe, wie berechtigt die Forderungen der demokratischen Bewegung zum Verbot der türkischen faschistischen Terrororganisationen sind. Schönfärber, unter denen sich natürlich besonders der bayerische Innenminister Tandler hervorgetan hatte, werden es nun schwer haben, auch in Zukunft dies alles abzutun.

Denn nun wird deutlich, daß die Bundesrepublik tatsächlich eines der Zentren der türkischen Faschisten ist, wo sie sich ungestraft tummeln können, ohne auf Strafe oder Behinderung rechnen zu müssen. Was schon anläßlich des Papst-Attentäters Ali Agca klar geworden war, daß dadurch Westdeutschland zu einer strategischen Operationsbasis für faschistische türkische Terroristen geworden ist, wird jetzt amtlich unterstrichen.

**Deshalb gilt es nun erst recht, die Forderung nach dem Verbot der Grauen Wölfe zu erheben!**



### Nach dem Tod des zehnten Opfers

# Neue Massendemonstrationen in Nordirland

## IRA-Kandidat gewinnt Nachwahl

**BELFAST. — Die Zahl der Todesopfer im Kampf der nordirischen Patrioten gegen das britische Kolonialregime ist inzwischen auf zehn angestiegen. Inzwischen ist kein Zweifel mehr daran, daß sich die Thatcher-Regierung mit ihrer brutalen Haltung immer mehr isoliert — nicht nur in ganz Irland, sondern auch in England selbst.**

Noch nie in den letzten zehn Jahren gab es sowohl in Nordirland als auch in der irischen Republik so große Massendemonstrationen gegen die britische Kolonialpolitik. Aber es sind nicht nur die Aberzehntausende, die auf die Straße gehen, die kämpfen: die politische Stimmung und ihre Entwicklung wird auch noch durch eine ganze Reihe weiterer Tatsachen deutlich gemacht.

So die Nachwahl im Wahlkreis Bobby Sands, die der IRA-Kandidat klar gewann, und wobei die irische Sozialdemokratische Partei darauf verzichtet hatte, einen Gegenkandidaten aufzustellen.

Aber auch die wachsenden internationalen Proteste tun ihren Teil dazu, dem Kampf für die nationale Unabhängigkeit Irlands neuen Auftrieb zu geben.

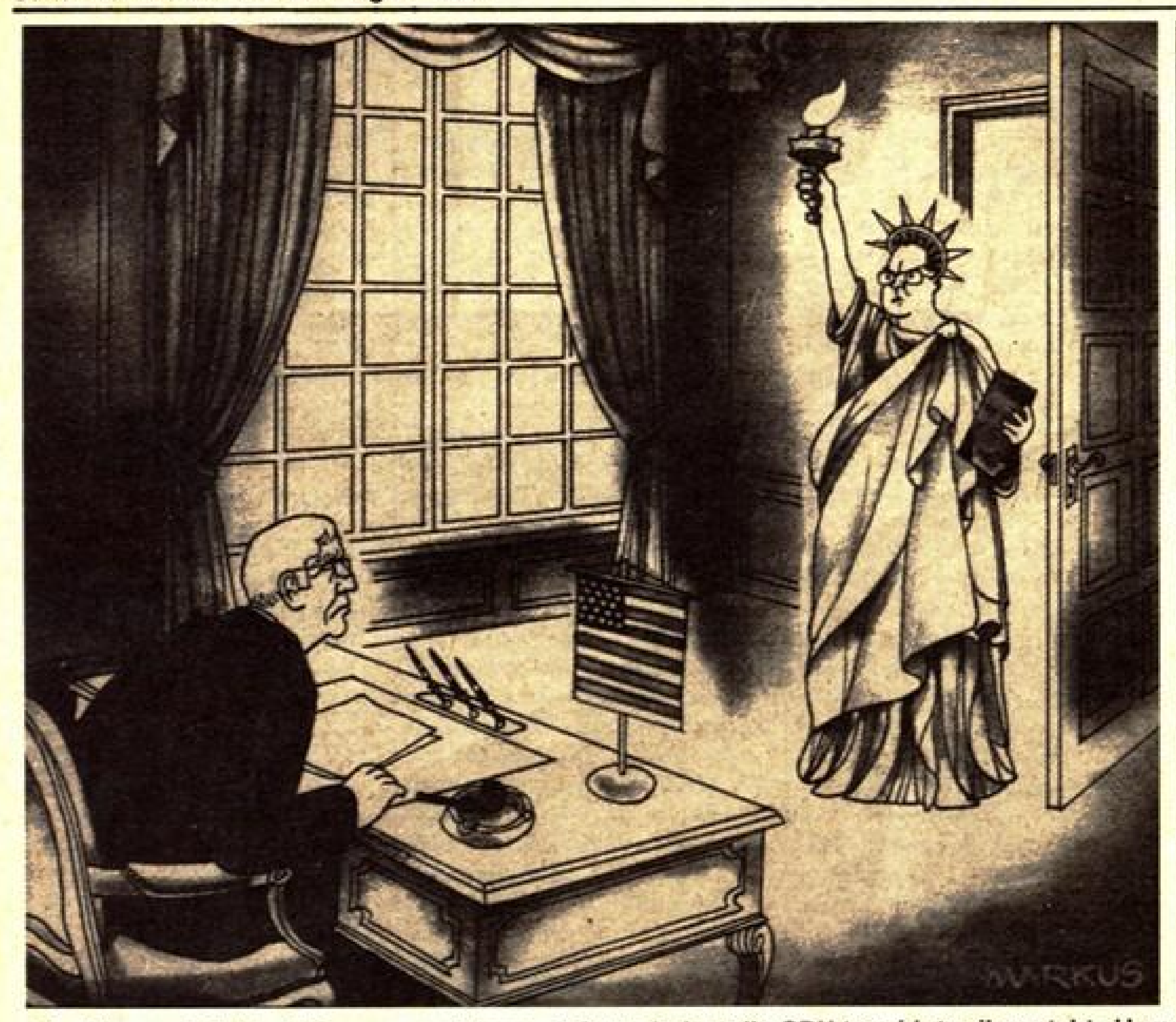
Und in England selbst ist die Kursänderung der Labourparty, die jahrzentelang das Kolonialregime mitgetragen hatte, inzwischen weitgehend vollzogen, während selbst innerhalb der konservativen Partei die ersten Stimmen auftauchen, die sich fragen, ob sich das ganze Vorgehen so fortsetzen läßt, die Wege zu Kompromissen suchen.

So bleiben die Forderungen der kämpfenden politischen Gefangenen Irlands zur Erfüllung: Anerkennung als politische Gefangene!

Das britische Kolonialregime, das die „grüne Insel" in das Armenhaus Europas verwandelt hat, muß fallen!



Das Begräbnis Kieran Dohertys, Abgeordneter in der Republik Irland in Belfast




„Sie können Präsident Reagan versichern, daß zumindest die CDU treu hinter ihm steht, Herr Botschafter.“

# „Nichts ist so wichtig wie die Erhaltung des Friedens!“

## Europas Schriftsteller appellieren an die Weltöffentlichkeit

Bernt Engelmann, Vorsitzender des Verbands deutscher Schriftsteller (VS), stellte am vergangenen Donnerstag in München einen „Appell der Schriftsteller Europas“ für den Frieden vor.

Dieser Appell, der auf eine Initiative Engelmanns zurückgeht, soll — so der VS-Vorsitzende — „allen Menschen, die guten Willens sind, ein Beispiel



Bernt Engelmann

geben, sich über die Grenzen von Staaten und Gesellschaftssystemen und über alle sonstigen Meinungsverschiedenheiten hinweg in der Friedensbewegung zusammenzufinden.“

Der Appell hat den Wartlaut: „Die Menschheit soll jetzt an den verbrecherischen Gedanken gewöhnt werden, daß ein begrenzter Atomkrieg führbar sei — mit neuen Raketen, Neutronenbomben, Marschflugkörpern etc.

Wir setzen dagegen: Mit Atomwaffen ist kein begrenzter Krieg führbar; er würde die ganze Welt vernichten.

Über alle Grenzen von Staaten und Gesellschaftssystemen über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg richten wir an die Verantwortlichen den dringenden Appell, das neue Wettrüsten zu unterlassen und unverzüglich in Verhandlungen über weitere Abrüstung einzutreten.

Wir fordern die Weltöffentlichkeit auf, nicht zu resignieren, sondern sich mit verstärkter Energie für den Frieden einzusetzen. Handeln wir gemeinsam, damit Europa nicht zum atomaren Schlachtfeld eines neuen und dann letzten Weltkriegs wird.

Nichts ist so wichtig wie die Erhaltung des Friedens.“

Das bemerkenswerte an diesem Appell (dessen Text an manchen Stellen sicher kritikwürdig ist) besteht in der Tatsache, daß er von Schriftstellern aus West **und** Ost getragen wird. Zu den Erstunterzeichnern gehören unter anderem Per Wästberg, der Präsident der internationalen Schriftstellervereinigung PEN, die PEN-Zentren in der Bundesrepublik und in der DDR, in Finnland und Holland; die Verbände „Union des Ecrivains“ (Frankreich) und „Sindicato Nazionale Scrittori“ (Italien), die Vorstände des VS, des DDR-Schriftstellerverbands und des jugoslawischen Schriftstellerverbands.

Unter den Erstunterzeichnern in Deutschland sind unter anderem Heinrich Böll, Günter Grass, Golo Mann, Peter Härtling, Franz Xaver Kroetz, Siegfried Lenz, Gerhard Zwerenz, Luise Rinser, Günter Wallraff, Martin Walser, Johannes Mario Simmel, Heinz Piontek, Peter Paul Zahl, Walter Kempowski (alle BRD) und aus der DDR Anna Seghers, Stefan Heym, Peter Hacks, Hermann Kant, Stefan Hermlin und Sarah Kirsch.

Zur Frankfurter Buchmesse im Oktober soll eine vollständige Namensliste vorgelegt werden, die Schriftsteller in allen europäischen Ländern sind zur Unterschrift aufgerufen. Bernt Engelmann machte deutlich, daß es ihm vor allem um den letzten Teil des Appells geht, nämlich die Mobilisierung der Öffentlichkeit für ein aktives Handeln gegen die Kriegsgefahr. Er kündigte an, das Ziel weiterer Aktivitäten sei die Bestückung der BRD mit neuen Kategorien von nuklearen Angriffswaffen. Gemeint sei die „verharmlosend Nachrüstung“ genannte Vermehrung „des ohnehin ungeheuren hier stationierten Vernichtungspotentials um großenteils nur zum Erstschlag geeignete Atomraketen.“

Engelmann setzte sich für die Schaffung „eines atomwaffenfreien Deutschlands als erste Stufe eines atomwaffenfreien Europas und einer atomwaffenfreien friedlichen Welt“ ein. Über konkret geplante Aktivitäten des VS sagte er noch nichts. Aber: „Die Schriftsteller werden sich einiges einfallen lassen.“

## Siemens spart Porto

So war eine Meldung überschrieben, die kürzlich in der „Wirtschaftswoche“ erschien. Nun ja, nichts besonderes. Siemens hat zwar in den ersten neun Monaten des Geschäftsjahrs 1980/81 348 Millionen Mark Gewinn nach Steuern verbuchen können. Aber gespart werden muß eben trotzdem. Und warum nicht auch mal beim Porto?

400 Personen bekommen also jetzt — wie es in einem Schreiben von Siemens an diese Damen und Herren heißt — nicht mehr „Informationen an Ihre Privatanschrift gesandt. Zur Kostenersparnis möchten wir Ihnen die Sendungen künftig an Ihre Dienstadresse richten“ — an die Dienstadresse im Hause Siemens.

Und was die ganze Angelegenheit über den Rahmen dieses Hauses hinaus interessant macht: Die 400 Personen, die jetzt ihre Post an ihren Arbeitsplatz bei Siemens empfangen werden, sind allesamt Parlamentarier. 400 „Volksvertreter“ stehen also hauptberuflich im Sold des Siemens-Konzerns. Und darunter sind immerhin zwei Bundestagsabgeordnete.



Lienen attackiert nach seiner schweren Verletzung den Bremer Trainer Rehhagel.

## *Die Klopper*

Zwei Wochen ist es jetzt her, Freitagabend in der Bundesliga. Der Ball längst gespielt, der Bielefelder Lienen einmal mehr dabei, an seinem Bremer Bewacher Siegmann vorbeizugehen, dann der Tritt total: Aufgeschlitzt. Lienens Empörung ist sichtlich: Und sie richtet sich gegen den Bremer Trainer Rehhagel.

Hat dieser nun oder nicht Siegmann die Anweisung gegeben, härter ranzugehen? Denkbar ist es, wahrscheinlich auch. Vom Spielverlauf her, der Lienens Überlegenheit beweist, vom Spielertyp Siegmanns her, der im Fernsehen nachher sagt, er könne halt nicht so spielen wie ein Beckenbauer. Und auch vom Trainer Rehhagel her, dessen Ruf in dieser Beziehung bekannt ist.

Grobe Fouls hat es schon immer gegeben. Vielleicht nicht so spektakuläre wie dieses, vor allem wegen der offenen Wunde und der Reaktion Lienens, die wohl jedem neutralen Fußballfreund aus der Seele gesprochen war.

Aber dies war ja nur das spektakulärste Foul in einer ganzen Woge, mit der erste und zweite Bundesliga dieses Jahr begannen. Handkantenschläge und Tritte ins Gesicht, da war alles vertreten.

Der Grund dafür: Ohne Zweifel der verschärfte Überlebenskampf der Vereine und damit auch der Spieler. Nur oben wird Geld verdient, deshalb oben bleiben um jeden Preis, deshalb da mitspielen, auch wenn man es gar nicht kann. So galt das schon immer, aber bei der heutigen Situation, wo weniger Zuschauer kommen, wird das alles noch härtere Wahrheit.

Hier soll ganz bestimmt nicht jenen das Wort geredet werden, die im Sport ein „Rühr-mich-nicht-an“-Tänzchen sehen. Ohne Wettkampf, ohne Kampf gibt es keinen Sport. Und Fußball ist nicht umsonst die populärste Sportart, sondern weil er Mannschaftsspiel und Zweikampf am besten vereint.

Hier soll auch nicht jenen zugestimmt werden, die gegen den Leistungssport, gegen den Hochleistungssport zu Felde ziehen.

Hier soll ganz schlicht gegen die Klopper Stellung genommen werden. Und gegen diejenigen, die ihnen sagen, sie sollen kloppen. Und gegen die Verhältnisse, die das erzeugen, die zum Antifußball nach Art des berüchtigten „Catenaccio“ und zur gnadenlosen Hackerei führen, was bei manchen auf den Rängen Nachahmungstriebe verstärken mag.

Hart gegen sie durchgreifen ist das eine, das andere ist, jene Tendenzen zum Angriffsfußball, die es gibt, zu unterstützen, weil Angreifen noch nie Klopperstil war, weil dies gar nicht geht, und weil das die richtige Antwort auf die Maurermeister ist, die den Sport kaputtreden wollen.

hrw

## *Beifahrer*



Beifahrend jenem Mann am Steuer
ist es dem Kanzler Schmidt, scheint's, nicht geheuer —
und hat dem Kriegskarrn doch, den jener lenkt,
60 Millionen Menschen angehängt.

ju

# *Tips*

Montag, 31. August
19.30 Uhr, ZDF
**Liederzirkus.** Vorgestellt werden drei Vertreter der „Wiener Szene“: Ludwig Hirsch, Toni Stricker und Georg Danzer, der mit seinem Friedenslied auch in der BRD großen Erfolg gehabt hat.

**

Montag, 31. August
21.45 Uhr WDR, NDR, HR III
**Kottan ermittelt.** Schon wieder die Wiener: Krimi-Serie aus Österreich, die nicht nach dem üblichen dämlichen Muster gestrickt ist. Den Kottan spielt in dieser Folge zum ersten Mal der Wiener Kabarettist Lukas Resetarits.

***

Montag, 31. August
21.20 Uhr, ZDF
**Lebenslänglich für Christine.** Dieser britische Fernsehfilm von John Goldschmidt hat in England viel Staub aufgewirbelt: An einem authentischen Fall wird die Geschichte eines sogenannten schwererziehbaren Mädchens dargestellt. Mit Amanda York und Nicholas Ball.

***

Dienstag, 1. September
19.30 Uhr, ZDF
**Der schwarze Sheriff.** Spielfilm von Jerrold Freedman. Nach der Ermordung von Martin Luther King läßt sich ein Mitglied der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in einer Stadt im amerikanischen Süden als Kandidat für die Sheriffwahl aufstellen. Mit Lou Gossett jr.

***

Donnerstag, 3. September
18.15 Uhr, WDR regional
**Der Leidensweg.** Der WDR startet in seinem Regionalprogramm eine neue Serie. Es ist die Verfilmung der gleichnamigen Romantrilogie von Alexei Tolstoi, eines der bedeutendsten Werke des sowjetischen sozialistischen Realismus, in dem ein Panorama der russischen Gesellschaft vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zum Sieg der Revolution über die Weißen im Bürgerkrieg entfaltet wird.

***

## Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

**Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.**

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30,** Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92.

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 1,** Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, geöffnet: Do + Fr 17.30 -20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

7800 **Freiburg,** Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10 - 13 Uhr.

2000 **Hamburg 6,** Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

**ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN,** 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

3000 **Hannover,** Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Sa 10 - 14 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.

7500 **Karlsruhe 1,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestr. 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di - Fr 17 - 18.30 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr, Tel.: 0721 / 848408.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück,** Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

**Sektion Westberlin,** 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

### Zur Geschichte der Friedensbewegung in der BRD (II)

# Volksbefragung gegen Remilitarisierung

## Der Kampf gegen die Wiederbewaffnung

**Im letzten RM haben wir dargestellt, daß gegen Ende der vierziger Jahre eine überwältigende Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung gegen jede Form der Remilitarisierung war. Dennoch betrieb die Adenauer-Regierung zuerst heimlich, dann offen die Aufstellung einer neuen Wehrmacht, die in eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) eingegliedert und damit Bestandteil der NATO werden sollte. Die amerikanischen Imperialisten, die mit dem Überfall auf Korea zur direkten militärischen Aggression gegen das damalige sozialistische Lager übergegangen waren, drängten auf eine schnelle Verwirklichung der Wiederbewaffnung Westdeutschlands. Dem stand allerdings die starke „Ohne mich"-Bewegung in der Bundesrepublik gegenüber. Auch der DGB-Vorstand hatte sich in einer Entschließung vom November 1950 eindeutig „gegen die Wiedererrichtung einer selbständigen deutschen Armee" ausgesprochen.**

Schon bald sollte sich allerdings erweisen, daß die Führer des DGB keineswegs auf dem Boden dieser Entschließung standen. Doch davon wird noch die Rede sein. Wirkliche Initiativen zur kämpferischen Verwirklichung dieser Resolution gingen jedenfalls auch 1950/51 nicht von den leitenden Gremien des DGB aus. Es waren einzelne Belegschaften, Funktionäre usw., die Kampfaktionen organisierten. Und sehr oft gingen die Anregungen dazu von den Kommunisten aus. Das war etwa bei der Bewegung gegen die sogenannten Panzerschichten im Ruhrbergbau der Fall.

Im Sog der Korea-Konjunktur hatten die Bosse dort willkürlich Sonderschichten angeordnet. Die Kumpel sollten mehr schuften, damit die durch den Korea-Krieg entstandene Nachfrage befriedigt werden konnte. Es gelang der KPD, unter den Arbeitern eine überzeugende Porpaganda zu entfalten, die den Zusammenhang zwischen der Verschärfung der Ausbeutung und der Remilitarisierung und Kriegsgefahr deutlich machte. **Unter der Losung „Auf Panzerschichten folgen Panzerschlachten" rief sie die Bergleute dazu auf, die Sonderschichten zu verweigern. Mit Erfolg — trotz mehrerer Polizeieinsätze gegen die Kumpel, trotz Verhaftungen und Entlassungsdrohungen wurden Anfang 1951 kaum noch Sonderschichten gefahren.**

Sind Sie gegen die Romilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages im Jahre 1951 ?
Ich stimme :
**nein**

Kollege !
Reiße den Teil ab, der Deine Meinung wiedergibt und stecke ihn in die Urne
Sage der Bonner Regierung Deine Meinung !

Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages im Jahre 1951 ?
Ich stimme mit :
**ja**

Stimmzettel des Braunschweiger Volksbefragungsausschusses

## *„Sind Sie gegen Remilitarisierung...?"*

Die KPD war nicht nur bemüht, die Arbeiterklasse in einzelnen Aktionen zu mobilisieren, sie versuchte auch, der Friedensbewegung insgesamt einen bewußten, organisierten und kämpferischen Charakter zu geben. Deshalb unterstützte die Partei auch sofort die Initiative einiger Persönlichkeiten aus dem bürgerlichen Lager (darunter der hessische Kirchenpräsident Niemöller und der ehemalige Innenminister und spätere Bundespräsident Heinemann), eine Volksbefragung zur Wiederbewaffnung durchzuführen. Im Januar 1951 hatte eine Friedenskonferenz in Essen einen entsprechenden Beschluß gefaßt und den Bundestag aufgefordert, die Volksbefragung durchzuführen und jedem Bundesbürger die Frage vorzulegen: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland im Jahr 1951?"

Die KPD-Fraktion begrüßte diese Forderung; die anderen Bundestagsparteien jedoch reagierten gar nicht darauf. So wurde auf einem zweiten Friedenskongreß ein Hauptausschuß für die Volksbefragung gegründet und beschlossen, die Befragung in die eigenen Hände zu nehmen und selbst durchzuführen. Das Echo aus der Bevölkerung war äußerst positiv. In Betrieben, Städten und Gemeinden entstanden örtliche Volksbefragungsausschüsse, und bei einer Probeabstimmung in Rheinland-Pfalz konnten in nur zwei Tagen 35000 Unterschriften gesammelt werden. Es zeigte sich bald, daß die Aktion zur Volksbefragung geeignet war, der Friedensbewegung neuen Schwung zu geben und sie insgesamt auf ein neues Niveau zu heben.

Das Adenauer-Regime aber sah in dieser Aktion zu Recht die bislang ernsteste Bedrohung seiner militaristischen Pläne, zumal es bei der breiten „Ohne mich"-Stimmung keinen Zweifel über den Ausgang einer Volksbefragung geben konnte. Im April 1951 erließ Innenminister Lehr ein Verbot der Volksbefragung, weil sie gegen die „verfassungsmäßige Ordnung" der Bundesrepublik verstoßen würde. **Dieser brutale Akt fand im Bundestag die volle Unterstützung der SPD-Fraktion. Ja, der Abgeordnete Wehner forderte sogar ein eigenes Gesetz zur Bekämpfung der Volksbefragung und zur Unterdrückung der örtlichen Komitees.** Und der „Neue Vorwärts", das Parteiorgan der SPD, rühmte sich offenherzig der treibenden Rolle, die die SPD beim Verbot der Volksbefragung gespielt hatte: „Es hat sehr deutlicher öffentlicher Stellungnahmen sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter und schließlich einer Bundestagsinterpellation aller nichtkommunistischen Parteien bedurft, um die Bundesregierung zum Handeln zu bringen."

Das wirft natürlich die Frage nach der Haltung der SPD zur Remilitarisierung auf. Gewiß, es fehlte nicht an Parteitagsbeschlüssen und auch nicht an markigen Reden führender Sozialdemokraten, in denen den Plänen zur Wiederbewaffnung ein deutliches Nein entgegengesetzt wird. Die Parteispitze aber hatte sich schon längst für ein bedingungsloses Ja zur Aufstellung einer Bonner Armee entschieden. Bereits im Frühjahr 1951 führten der Parteichef Schumacher und andere Spitzenpolitiker der SPD geheime Gespräche mit den früheren Hitler-Generälen um Speidel und Heusinger über konkrete Fragen des Aufbaus einer westdeutschen Wehrmacht. Bezeichnend für die betrügerische Haltung dieser Leute war es, daß der bayrische SPD-Chef von Knoeringen bei einem Treffen mit Offizieren ausdrücklich darauf hinwies, die positive Einstellung des Parteivorstands zum „Verteidigungsbeitrag" müsse innerhalb der Partei unbedingt geheim bleiben.

Denn gegenüber der Parteibasis und vor den westdeutschen Werktätigen spielte man ja noch weiter die Antimilitaristen. Die SPD-Führer hatten auch von Anfang an versucht, sich demagogisch an die Spitze der „Ohne mich"-Bewegung zu stellen. Wobei sie diese Bewegung allerdings stets auf den Rahmen einer Unterstützung für den parlamentarischen „Kampf" der SPD gegen die Wiederbewaffnung eingrenzen wollten. Sobald die Bewegung aber zu wirklich effektiven außerparlamentarischen Aktionen überging, wurde sie — wie es sich im Fall der Volksbefragung gezeigt hatte — gnadenlos bekämpft.

## *Volksbefragung — trotz Verbot*



Aber auch das von allen bürgerlichen Parteien gemeinsam betriebene Verbot konnte die Aktionen zur Volksbefragung nicht stoppen. Sie wurden auf einen Beschluß des Hauptausschusses hin trotz des Verbots weitergeführt. Und nun zeigte sich sehr schnell, warum die Bonner Reaktionäre gerade diese Aktion fürchteten. Vor den Toren der Krupp-Werke beispielsweise sammelten Hunderte von Frauen — ständig verfolgt und bedroht von einem großen Polizeiaufgebot — insgesamt 12309 Stimmen, darunter 11921 gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag. Ähnliche Ergebnisse wurden auch bei anderen Großbetrieben erzielt, zum Beispiel bei Hoechst und BASF.

Eine vorbildliche Aktion wurde in Fürth durchgeführt, wo systematisch alle Betriebe und Stadtteile in die Befragung einbezogen wurden. Das Ergebnis: 96 Prozent gegen die Remilitarisierung. Ähnlich gut lief es in Hanau, wo an einem Sonntag 400 Wahlhelfer im Einsatz waren. Die Polizei hatte an diesem Sonntag einen anonymen Anruf aus Darmstadt bekommen: „Bei uns machen die Kommunisten Volksbefragung." Worauf dann auch die Hanauer Polizei nach Darmstadt ausrückte und die Wahlhelfer insgesamt drei Viertel der wahlberechtigten Hanauer Bevölkerung befragen konnten.

So gelungen diese Täuschung der Polizei auch war, man darf nicht vergessen, daß die Teilnahme an den Aktionen zur Volksbefragung die Antimilitaristen ständig der Gefahr aussetzte, verhaftet und eingekerkert zu werden. Das reaktionäre Adenauer-Regime hatte sich mit dem 1. Strafrechtsänderungsgesetz („Blitzgesetz") die Möglichkeit geschaffen, die Friedensbewegung (und andere demokratische Bewegungen) mit einem beispiellosen Justizterror zu überziehen. Nach diesem „Blitzgesetz" wurden beispielsweise Emil Bechtle, Karl Dickel und Oskar Neumann — alle Mitarbeiter im Hauptausschuß für die Volksbefragung — zu insgesamt siebeneinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

**Trotz Polizei- und Justizterror aber hatten sich bis zum April 1952 über neun Millionen Menschen im Rahmen der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung ausgesprochen.**

## *Kampfaktionen der Arbeiterklasse*

Das war ein großartiger Erfolg der Friedensbewegung. Wobei sich die Aktivitäten dieser Bewegung natürlich nicht in der Volksbefragung erschöpften. **Kennzeichnend für das Frühjahr 1952 war gerade die Tatsache, daß die Arbeiterklasse verstärkt mit Kampfaktionen auf den Plan trat.** So fanden allein in Süddeutschland bis Ende Februar Warnstreiks gegen die Remilitarisierung in 65 Betrieben statt. In Nordrhein-Westfalen waren es während des gleichen Zeitraumes 24 Streiks. In vielen Betrieben wurden Kampfkomitees gegen die Remilitarisierung gegründet. Der Jugendausschuß der IG Metall forderte alle Jugendlichen der Jahrgänge 29 bis 34 auf, die Musterung zu verweigern.

Die mächtigen Maidemonstrationen dieses Jahres standen nicht zuletzt auch im Zeichen des Protestes gegen die Wiederaufrüstung. Und in der zweiten Maiwoche verband sich dieser Protest auch mit den Kampfaktionen gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz (BVG). Nachdem das Adenauer-Regime schon eine Reihe von Schlägen gegen die demokratische und kommunistische Bewegung geführt hatte („Blitzgesetz", Berufsverbote, Verbot der FDJ, Verbotsantrag gegen die KPD), ging es nun daran, die Arbeiterklasse mit Hilfe des BVG zu knebeln und zum „sozialen Frieden" zu verpflichten. **Viele Werktätige erkannten den Zusammenhang, der zwischen der verschäften politischen Unterdrückung und der mit aller Macht vorangetriebenen Eingliederung Westdeutschlands in den aggressiven NATO-Block bestand. Und tatsächlich konnte diese Eingliederung ja nur vollzogen werden, wenn es gelang, die „Ruhe an der inneren Front" herzustellen.**

So wurden dann bei den großen Kundgebungen, mit denen die Werktätigen gegen das BVG protestierten (allein in München und Hamburg gingen je 150000 Menschen auf die Straße) auch zahlreiche Losungen gegen die Remilitarisierung mitgeführt. Der DGB-Vorstand reagierte darauf übrigens so, daß er öffentlich jede Verbindung der Aktionen gegen das BVG mit Aktionen gegen die Wiederbewaffnung verurteilte. (Wenige Wochen später stellten die DGB-Führer dann allerdings auch den Kampf gegen das BVG ein; das reaktionäre Gesetz wurde im Juli gegen die Stimmen von SPD und KPD vom Bundestag verabschiedet.)

In jenem Frühjahr zeigte das Adenauer-Regime dann auch, daß es bei der Unterdrückung der Friedensbewegung selbst vor kaltblütigem Mord nicht zurückschreckte. Am 11. Mai eröffnete die Polizei das Feuer auf eine Friedenskarawane von 30000 Jugendlichen in Essen. **Mehrere Teilnehmer wurden verletzt; der junge Kommunist Philipp Müller starb unter den Kugeln der Polizei. Das Streben des deutschen Monopolkapitals nach dem Wideraufbau seiner bewaffneten Macht hatte ein erstes Todesopfer gekostet.**

Noch im Mai unterzeichnete Adenauer nach monatelangen Geheimverhandlungen (über die weder der Bundestag noch auch nur die Regierung informiert wurden) den Vertrag über die Eingliederung eines westdeutschen Truppenkontingents in die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und den Generalvertrag, der den westlichen Besatzern — vor allem den amerikanischen Imperialisten — weitgehende Rechte in der Bundesrepublik einräumten — bis hin zu der Möglichkeit, bei einer „schweren Störung der öffentlichen Sicherheit" eine Militärdiktatur über den westdeutschen Teilstaat zu errichten.




Wie hier in München standen überall die Maidemonstrationen im Jahr 1952 im Zeichen des Friedenskampfes.



Polizeitruppen überfallen eine Friedensdemonstration in Essen. Der junge Kommunist Philipp Müller wird bei diesem Überfall erschossen.

*Im nächsten RM*

**Eine Welle von Proteststreiks und Demonstrationen gegen die Unterzeichnung der Verträge. Die Auseinandersetzung auf dem 2. und 3. Gewerkschaftskongreß. Die Paulskirchenbewegung und das „Deutsche Manifest".**

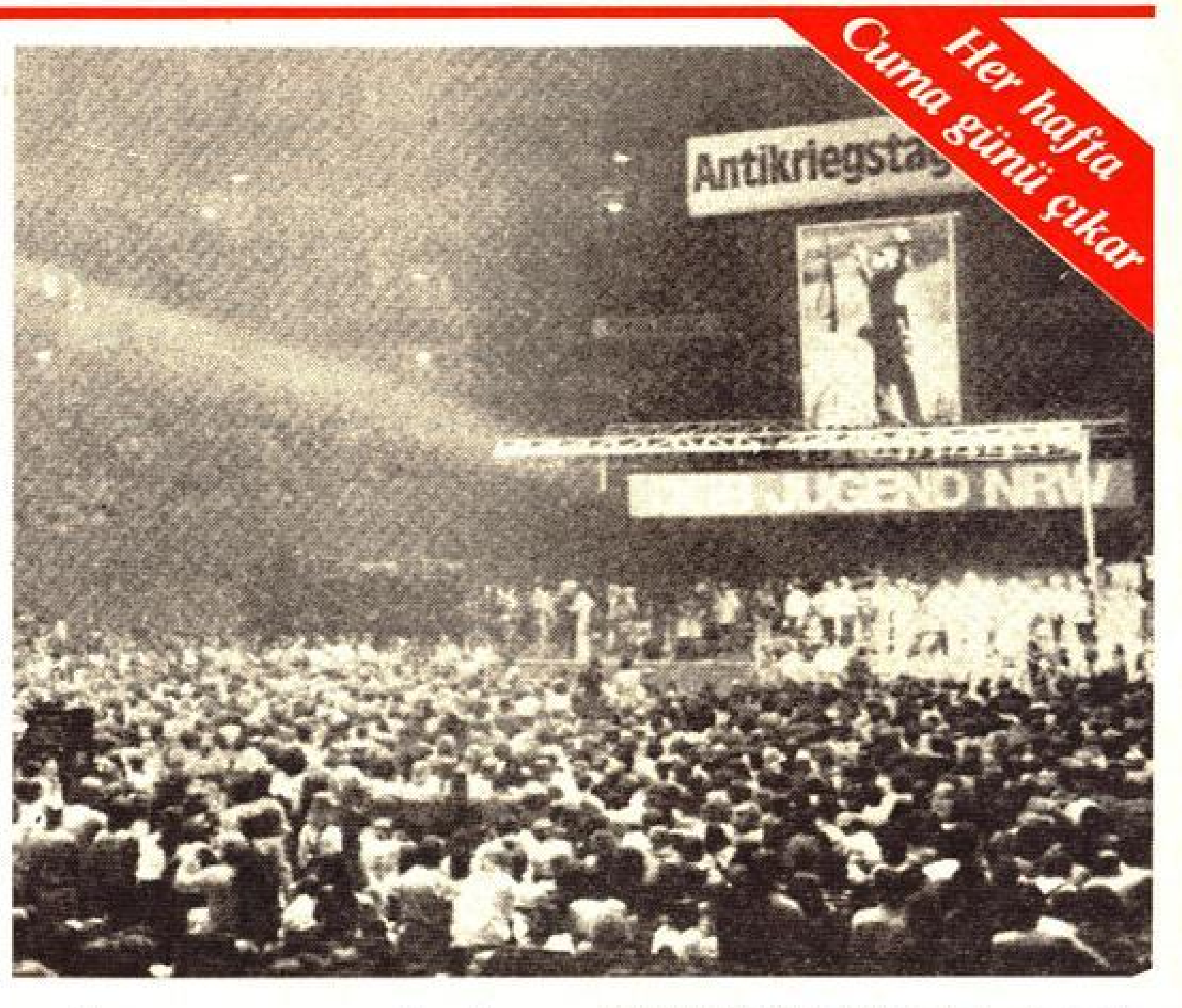
**Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!**

# KIZIL ŞAFAK

**Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı**

Sayı: 35 28 Ağüst 1981 | Yıl: 15 | 1 DM

*Her hafta Cuma günü çıkar*



**MÜCADELE GÜNÜ:** **1 Eylül 1949'da Hitler faşizminin Polonya'yı işgal ederek, İkinci Dünya Savaşı'nı başlattığı gündür. Bugün 1 Eylül savaşa karşı mücadele günü olarak anılmaktadır. Bir ücüncü dünya savaşı tehlikesinin giderek büyüdüğü günümüzde, 1 Eylül daha da büyük bir önem kazanmaktadır. Bu yılki "Anti-Savaş Günü'nde, diğer yıllara karşın daha fazla eylem düzenlenmiştir. Yukarıdaki resimde Nordrhein-Westfalen Eyaleti DGB Sendikası Gençliği'nin 1979 yılı 1 Eylül'ünde düzenlediği büyük toplantıyı görüyorsunuz. Bu yılki Anti-Savaş Günü'nü de, silahlanmaya, savaşa ve savaş kışkırtıcılarına karşı bir mücadele gününe dönüştürelim!**

### Dayanışma ve barış mücadelesinden ötürü cezaevine

# DDR'de muhalefetteki komünistler tutuklandılar

**Ona yakın Doğu Alman Cumhuriyeti (DDR) yurttaşı komünist faaliyetlerinden ötürü bugün cezaevinde yatmaktadırlar. DDR'de komünist bir muhalefet mi? DDR'de tanınmış yazarlardan, bilim adamlarından ve diğer sanatçılardan oluşan bir muhalefetin olduğu bilinmektedir. Batı Almanya ve Doğu Almanya kitle iletişim araçları, basını, radyosu ve televizyonu tarafından bilinmiyen, sürekli olarak kapalı tutulan; "küçük insanlardan", memurlardan, işçilerden, emeklilerden, benim ve senin gibi insanlardan oluşan muhalefettir. Bu muhalefeti oluşturan insanlar, sınıf düşmanlarının saldırılarına karşı, 1945'ten sonraki sabotajlara ve komplolara karşı canı ve kanı pahasına mücadele ederek kurdukları işçi ve köylü devletinin, bugün, işçiler ve köylüler için bir hapishaneye dönüştürülmüş olmasına karşı çıkan insanlardır.**

Öyle bir devlet ki, bugün bu devlet sınırlarını duvarlarla, dikenli tellerle, mayinlerle, kendiliğinden ateşleyen silahlarla ve vur emirleriyle güvenceye almakta ve bu şekilde işçilerin ve köylülerin kendisine sırt çevirmesini engellemek istemektedir. Bu, Alman işçi sınıfının, sosyalistlerin, komünistlerin, uğruna kanlarını dökerek mücadele verdikleri sosyalizme yapılmış bir ihanettir. Bugün DDR'in emekçiler için bir hapishaneye dönüştürülmüş olması, toplama kamplarında ve cezaevlerinde vahşice işkence gören ve katledilen insanların âlâya alınmasıdır.

**DDR'deki bu muhalefet 1976 yılının başlarında kuruldu ve Almanya Komünist Partisi, KPD adını aldı. KPD, kuruluşuyla beraber, artık uzun zamandan beri sosyalist olmayan SED rejimine (SED-Almanya Sosyalist Birlik Partisi) karşı kararlı bir mücadele vermeye başladı.** Gerçi DDR'deki rejim ile Batı Almanya'daki rejim arasında farklılıklar vardır. Ama bu farklılık sadece dış görünüşteki bir farklılıktır. Doğu Almanya'da özel kapitalist tekellerin olmadığı doğrudur ama, işçilerin ve emekçilerin özel kapitalistler tarafından sömürülmesiyle, devleti elinde bulunduran SED patronları tarafından sömürülmesi arasında hiç bir fark yoktur. Sömürü, sömürü olarak kalır?

## *İllegal örgütlenme*

KPD-DDR, mücadelesini sıkı bir gizlilik içinde örgütledi. Yoldaşlar, zor illegal şartlar altında bildiri dağıtıyorlardı, yazılamaya çıkıyorlardı ve DDR için yayınlanan "Kızıl Şafak"a yazı gönderiyorlardı. Doğu Berlin'de iki işletmede "Kızıl Diken" ve "Kızıl Şimşek" adlı iki işletme gazetesi çıkartıldı. Doğu Berlin'de başlayan bu çalışmalar daha sonra DDR'in hemen hemen bütün büyük şehirlerine yayıldı. Komünistler, artık bütün Doğu Almanya çapında halk düşmanı ve Moskova uşağı Honecker-Rejimine karşı mücadele ediyorlardı.

Doğu Almanya'da zor koşullar altında mücadele veren yoldaşlar KPD'nun Batı Almanya kolu tarafından desteklenmektedirler. Bu destek, gerekli bir destektir, çünkü DDR'de kâğıt ve baskı makinalarını temin etmek oldukça zordur. Bu vizyonistler kesinlikle müsade etmek istememektedirler.

Polonya işçi sınıfıyla dayanışma Geçen yıl Polonya'daki gelişmelerle beraber DDR'de de durum değişti. Polonya işçi sınıfı, yeni burjuvazinin, Gierek ve yandaşlarının soygun ve sömürü düzenlerine, dolandırıcılığa ve rüşvetçiliğe karşı mücadeleyi yükselttiği sırada, KPD'nin Doğu Almanya kolu Polonya işçi sınıfının haklı mücadelesini pratik olarak destekledi. Honecker-Kliği, Polonya işçi sınıfına ve onun sendikalarına küfür ettiği, Polonya halkına karşı şövenist kışkırtmaları desteklediği sırada DDR'deki KPD'li yoldaşlar dayanışma faaliyetlerini güçlendirdiler. DDR için yayınlanan "Kızıl Şafak"ta yer alan bir roportajda, (ki bu roportaj illearada DDR'deki yoldaşlarla ilişki kuran, sağlayan iki batılı yoldaş Doğu Almanya'nın istihbarat teşkilatı tarafından tutuklandılar. Biri 1977'de, diğeri 1979'da tutuklanan yoldaşların ikisine de, KPD'nin DDR kolu hakkında bilgi vermeleri için büyük bir baskı yapıldı. Ama, partimizin büyük protestosu sonucu iki yoldaş da kısa bir süre sonra serbest bırakıldılar. Görüldüğü gibi, Marksist-Leninist bir muhalefete modern re-



*Manfred Wilhelm, komünist olduğundan ötürü Doğu Almanya'da tutuklandı.*

**(Devamı ikinci sayfada)**

### 6. Filo iki Libya uçağını düşürdü

# ABD emperyalistleri saldırganlaşıyor

**Dünya halklarına karşı savaş kışkırtıcı bir politika izleyen ABD emperyalizmi, son dönemlerde Libya'ya karşı saldırılarını giderek yoğunlaştırdı. Ve bu saldırılar 6. Filo'nun, Libya karasularına giren Sidra Körfezi yakınlarında manevra yaptığı sırada iki Libya uçağını düşürmesiyle en yüksek noktasına ulaştı.**

Sidra, Libya karasularına ait bir bölgedir ve ABD emperyalistlerinin 6. Filo'ya bu bölgede tatbikat yaptırmaları — ki, uzun süreden beri bu tatbikat yapılmamaktaydı — Libya halkına karşı girişilmiş açık bir provakasyondur. ABD savaş uçaklarının Sidra körfezinde iki Libya uçağını düşürmeleri de kendiliğinden gelişen bir olay değildir. Bilindiği gibi Reagan Hükümeti, uzun zamandan beri Libya'ya karşı saldırgan bir politika izlemektedir. İki Libya uçağının düşürülmesi de, bu saldırgan politikanın bir parçasıdır. Bu saldırı çok önceden hazırlanmış ve Libya'ya karşı girişilmiş açık bir provakasyondur.

ABD emperyalistleri, Libya kıyılarında yaptıkları bu manevrayla, Libya'ya ve halkına gözdağı vermek istemektedirler.



*6. Filo'ya bağlı "Nimtz" uçak gemisi.*

Libya, iki savaş uçağının düşürülmesinden sonra yaptığı bir açıklamada şöyle diyordu: "Libya halkı, ister Amerika olsun isten başka saldırgan ülke olsun, kara, hava ve deniz sahasının her bir karışını korumak amacıyla savaşmaya kararlıdır."

Bu arada, Reagan Hükümeti'nin bir karşılaşma esnasında Libya uçaklarını düşürmek için daha önceden ateş emri verdiği, ABD'nin olayla ilgili açıklamalarında rahatlıkla anlaşılmaktadır. ABD emperyalistlerinin Libya'ya karşı saldırılarını artırmaya kararlı oldukları bu olayla da gün yüzüne çıkmıştır. Ve CİA'nın Kaddafi'ye karşı bir darbe girişiminde bulunmak istediği de bilinen bir gerçektir.

### Türkiye:

# İki anti-faşist daha idam edildi

**ADANA/İSTANBUL. — 20 Ağustos 1981 şafağında Türkiye halkının iki yiğit evladı askeri faşist diktatörlük tarafından idam edildiler. Faşist cellatlar Mustafa Özeç'i İstanbul'da ve İsmet Şahin'i Adana'da hunharca katlettiler. Cunta, 12 Eylül'den bu yana sekiz devrimciyi idam etti. Ama, Türkiye halkı evlatlarını idam sehpalarında sallandıran faşist canilerden bir gün mutlaka hesap soracaktır.**

Emekçi halk için bir hapishane haline cevrilen Türkiye'de, artık idamlar dahi halkın güncel yaşamının bir parçası olmuştur. Askeri faşist mahkemeler bugüne kadar 1000'den fazla idam cezası isteminde bulunmuştur. Ve cunta ortamını bulduğu anda verilen idam cezalarını infaz etmektedir.

Ama, askeri faşist mahkemeler idam cezaları verirken ve cellatlar devrimcileri idam ederken dahi, onların kararlılığı ve devrime bağlılığı karşısında tir tir titremektedirler. Faşist generaller, onların sadık uşağı mahkemeler, işkenceciler; halkının kurtuluşu ve ülkelerinin bağımsızlığı için mücadele veren ve bu uğurda hayatını feda eden devrimcileri ve anti-faşistleri görünce, onların işkencehanelerde ve cezaevlerindeki direnişiyle karşılaşınca şaşkına dönmektedirler, korkmaktadırlar.

Emperyalistler ve onların uşağı faşist cunta, halk çocuklarını idam ederek, iktidarlarını ayakta tutamayacaklardır. Açlığın ve sefaletin hüküm sürdüğü, insanların azgınca sömürüldüğü bir ülkede bu mümkün değildir.

**12 Eylül'ün yıldönümünün yaklaştığı bu günlerde, cuntanın idamlarına işkencelerine ve faşist terörine karşı mücadeleyi yükseltelim . 12 Eylül'de Duisburg'ta yapılacak cuntayı protesto yürüyüşüne katılalım.**

**YER. August-Bebel Platz, Duisburg-Hamborn.**
**ZAMAN: 12. 9. 1981.**
**SAAT : 12.00**

(Birinci sayfanın devamı)

gal KPD'nin bir üyesiyle yapılmıştı) şöyle denilmektedir:

"... Biz, bir dizi bildiri dağıttık, afiş ve el ilânları yapıştırdık, duvarlara Polonya işçilerinin mücadelesini destekleyen sloganlar yazdık. İşçilerle yaptığımız tartışmalarda SED'nin yürüttüğü şövenist propagandaya korkusuzca karşı çıktık... Yoldaşlar arasında bağış topladık ve bir mesajla beraber Polonyalı kardeşlerimize yolladık.... Sonradan gönderdiğimiz paranın ve mesajın ulaştığını ve işçilerin büyük bir sevgiyle karşıladığını öğrendik. Polonyalı sınıf kardeşlerimiz de, bunun üzerine bize mücadele selamlarını göndermişlerdi ve bu, bizi çok sevindirdi.... Polonya işçi sınıfı mücadelesinin başını çeken gerçek bir işçi partisine sahip değildir. Bu durum onun bazı acı yenilgiler daha yaşamasına meydan verecektir. Ama, partimiz, Polonya'daki devrimci güçlerin toparlanacağını ve örgütleneceğini ummaktadır.

## *"Stasi" saldırganlaşıyor*

Gercek olan şu ki, KPD Doğu Almanya kolunun faaliyetlerini giderek genişletmesi; dolandırıcılığa, rüşvetçiliğe, baskıya ve sömürüye karşı; Polonya'da sosyalizmin yeniden kurulması için mücadele veren Polonya işçi sınıfını desteklemesi Honecker ve yandaşlarının işine gelmemektedir. Çünkü Polonya'daki eksiklik burada yoktu ve işçi sınıfının gerçek devrimci partisi inşa edilmişti. Bu durumda Stasi'nin (DDR'in gizli istihbarat teşkilatı) parti sempatizanlarını ve üyelerini tutuklamak için bütün gücüyle çaba göstermesi, hayret edilecek bir şey değildir. Şimdiye kadarki çabalarından pek başarılı olamayan "Stasi" geçen yılki bir afişleme sırasında ilk olarak bir yoldaşı yakalayabildi. Daha sonradan yoldaşın karısıda tutuklandı ve kocasına karşı ifade vermeye zorlanmak istendi. Halen tutuklu bulunan bu yoldaşımız, slogan yazmakla, bildiri basıp ve dağıtmakla, DDR için yayınlanan "Kızıl Şafak"a yazı yazmakla suçlanmaktadır.

## *Savaşa karşı mücadele ve cezaevi*

DDR'deki komünistlerin tutuklanmasının ve takip edilmesinin nedeni sadece Polonya işçileriyle dayanışmaya gitmeleri değil, aynı zamanda barışın korunması için de kararlı bir mücadele vermeleridir. Federal Almanya'da KPD'nin bütün yabancı birliklerin Batı Alman topraklarından çekilmesini, BRD'nin NATO'dan çıkmasını vs. talep ettiği gibi, DDR'deki KPD de diğerlerinin yanı sıra şu talepleri ileri sürmektedir:

★ **Bütün yabancı birliklerin DDR topraklarından geri çekilmelidir!**

★ **DDR Varşova Paktı'ndan çıkmalıdır!**

★ **Kitlesel katiamlarda kullanılan atom, kimyasal, biyolojik ve diğer silahlar Doğu Almanya topraklarından uzaklaştırılmalıdır!**

★ **Silahlanma giderleri düşürülmeli, saldırı silahlarının yapımına son verilmelidir!**

★ **DDR askeri birliklerinin militarist eylemlere katılmasına ve diğer ülkelere gönderilmelerine son verilmelidir!**

★ **Her çeşit silahın ihraç edilmesine, askeri uzmanların diğer ülkelere gönderilmesine derhal son verilmelidir!**

Bir "Barış Devleti" olarak gösterilmek istenen DDR'in iç yüzünü gösteren bu talepleri ileri süren insanlar, açıkça ihanetle suçlanmakta ve devletin güvenliğini tehlikeye düşürdükleri söylenmektedir. Ve bu talepleri ileri sürmek, tutuklamaya ve yıllar boyu hapse neden olmaktadır.

19. 3. 1981 günü Manfred Wilhelm ve Andreas Bortfeld'in de içinde bulunduğu KPD üyesi ve sempatizanı ona yakın yoldaş tutuklandılar. Henüz mahkemeye çıkarılmayan bu yoldaşları 5 ile 25 yıl arasında hapis cezası beklemektedir. Onların "suçu": Kendini "sosyalist" olarak gösteren bir devlette **sosyalizm için** mücadele etmek, kendini barışın bir yuvası olarak gösteren bir devlette **barış için** mücadele etmek, kendini "işçilerin ve köylülerin" devleti olarak tanımlayan bir devlette **işçi sınıfının köylülük ile ittifağı temelinde işçi sınıfının iktidarı için mücadele etmek.**


DER ROTE STACHEL

ROTER MORGEN

In der DDR werden Menschenrechte verletzt

Keine Atomraketen in Europa

Ende der Planwirtschaft

*DDR'de yayınlanan "Kızıl Şafak" ve Doğu Berlin'de çıkarılan bir bildiri.*

Bugün politik çalışmalarından ve komünizme olan inançlarından ötürü Doğu Almanya'daki demir parmaklıklar arkasına sürülen ve henüz mahkemeye çıkarılmayan bu insanlar kimdir? Bu insanlar sömürüye ve baskıya uğrayan, Doğu Almanya'daki sistemin sömürücü bir sistem olduğunu ve kapitalizmin tam da kendisi olduğunu bilen, kurtuluşlarının Batı'ya kaçmakla değil, mücadeleyle gerçekleşebileceğine inanan emekçilerdir. Onlar, bugün DDR'deki sözde sosyalizmi reddetmekte, proletarya diktatörlüğü için; insanın insan tarafından sömürülmediği toplumsal bir sistem için mücadele etmektedirler.

## *Tutuklularla dayanışmaya gidelim*

Bugün Doğu Almanya'da Devlet İstihbarat Teşkilatı tarafından gerçekleştirilen ailece tutuklamalar gündemdedir. Örneğin Manfred Wilhelm'in bir emekli olan annesinin elinden pasaportu alınıyor ve sürekli olarak ifadeye çağrılıyor. Ve ifade verme işlemi bazen 15 saat kadar devam ediyor. DDR'de tutuklanan bir kişi, çaresiz olarak devlet istihbarat teşkilatının keyfiyetine teslim edilmiş oluyor ve ailesi, yakınları tutuklanıyor, baskı altına alınıyor. Bu, bütün "politik" tutuklular ve özellikle de komünistler için geçerli olan bir şeydir. Son dönemde tutuklanan yoldaşların ailelerine baskı yapılması, sürekli gözetim altında bulundurulmaları ve sürekli ifadeye çağrılmaları bunun açık bir kanıtıdır. Honecker-Kliği'nin çaldığı telden çalmayan emekçiler, bu sözde "işçi köylü devletinde" hiç bir hakka sahip değildirler. Cezaevlerindeki koşullar da bunu açıkça göstermektedir:

★ **Hakkında soruşturma yapılan bir tutuklu, mahkeme önüne çıkıncaya kadar dış dünya ile bütün ilişkileri kesilmektedir. Bazı durumlarda bu süre 15 aya kadar çıkarılmaktadır.**

★ **Tutuklunun avukatı ancak mahkemeye bir kaç gün kala tutukluyla görüşebilmektedir ve burada sanığın istediği şekilde bir savunma hemen hemen söz konusu değildir.**

★ **Sanık, kendisine yapılan suçlamayı dahi öğrenememektedir. Çünkü, sanık hakkındaki suçlama gizli tutulmaktadır. Sanık bunu ancak mahkemeye çıkacağından bir kaç gün önce alabilmekte, ama sadece yarım saatlik bir süre için.**

★ **Duruşma kamuoyuna kapalı olarak yapılmakta ve olsa olsa duruşmaya seyirci olarak istihbarat teşkilatının üyeleri veya SED'nin seçilmiş üyeleri katılabilmektedirler.**

Manfred Wilhelm, Andreas Borfeld ve diğer tutuklu yoldaşların mahkeme önüne çıkarıldıklarında yüksek hapis cezaları alacakları şimdiden bellidir. Bu durumda Bonn'dan bir yardım beklemek söz konusu mu? Elbette değil. Bir ajanlarının Doğu'da tutuklanması Batı Alman politikacılarının günlerce süren çığırtganlıklarına yol açmaktadır. Ama, komünistlere karşı düşmanlığa ve kine gelince, sömürü düzenlerini "sosyalizm" olarak gösteren Doğu'nun egemen sınıfı ile sömürü düzenlerini "hür-demokratik" olarak satan Batılı egemen sınıflar birleşmektedirler.

Bundan ötürü siz işçileri, köylüleri, memurları, ev kadınlarını gençleri ve diğer emekçileri;

Manfred Wilhelm, Andreas Bortfeld ve onlarla beraber tutuklanan sempatizanların derhal serbest bırakılması için verdiğimiz mücadeleyi desteklemeye çağırıyoruz.

**Barıştan yana olan herkes, sadece Batı Almanya'da barış için mücadelede takibata uğrayan ve tutuklanan insanlara yapılan haksızlıklara karşı çıkmamalı, o aynı zamanda Doğu Almanya'da barış için mücadele veren insanların tutuklanmasına ve takibata uğramasına da karşı çıkmalıdır.**

Aşağıdaki adrese yazılı veya sözlü olarak protestoda bulunalım:

Ständige Vertretung der DDR
Kölnerstr. 18
5300 Bonn-Bad-Godesberg
Tel: 02221/379051

Diğer adres:
Ministerrat der DDR,
Berlin DDR

Dayanışma için toplayacağımız bağışları şu adrese gönderin:

Stadtsparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99)
Konto Nr: 321 004 547,
Stichwort: DDR-Slidarität

(„Kommunistische Oppositionelle in der DDR verhaftet" RM/Nr. 34)

# MHP Davası ve Faşist Cunta

**Geçen hafta Türkiye'de başlayan MHP davası üzerine daha şimdiden yaygaralar koparılmaya başlandı. Faşist ve gerici basın, Türkeş ve MHP'nin yargılanmasını cuntayı aklamak, halk kitleleri üzerindeki terörü ve azgın sömürüyü gizlemek için alabildiğine kullanıyor. 586 sanıklı MHP davasında Türkeş'le beraber 220 kişi hakkında idam cezası isteniyor. Ve böylece faşist cunta, "aşırı sola ve aşırı sağa karşı" olduğu şeklindeki demagojisini haklı göstermeye çalışıyor. Dün MHP ve yan örgütleriyle birlikte emekçi halka ve devrimci harekete azgınca saldıran faşist diktatörlük, bugün O'nu gerçekten yargılayabilir mi? Böyle bir şey kesinlikle mümkün değildir.**

Cunta MHP'yi yargılamakla halk düşmanı yüzünü gizlemeye çalışmaktadır. Bu yargılama sadece görünürde bir yargılamadır. Cunta bu şekilde faşist, emperyalizmin uşağı niteliğini gizlemeyi düşünüyor. 12 Eylül'den sonra onbinlerce devrimcinin ve anti-faşistin tutuklanmasına karşın, sadece bir avuç sivil faşistin tutuklanması, onlarca devrimcinin işkencehanelerde ve yüzlercesinin sokak ortalarında ve baskınlarda katledilmesi bu gerçeği açık olarak göstermektedir. Elbette faşist generaller ile MHP arasında bazı çelişkiler vardır. Ama onların siyasi ve ideolojik olarak gıdası aynıdır. Bugün MHP'nin yargılanmasında belirleyici olan da kesinlikle bu çelişkiler değildir. Faşist cuntanın binlerce devrimciyi ve yurtseveri katlederken, onbinlerce faşistten sadece bir avucunu yargılaması, MHP'nin ve yan örgütlerinin halk kitlelerinin gözünde birer cinayet örgütleri olarak bilinmesi ve teşhir olmalarından ileri gelmektedir. Cunta bugün Türkeşi ve MHP'yi görünürde yargılamakla, onun (MHP'nin) 12 Eylül'den önceki görevini üstlendiğini gizlemeye çalışmaktadır. Ama, bütün bu çabalar boşuna. Bugün cuntanın estirdiği terör ve uyguladığı azgın sömürü altında ezilen Türkiye halkı, geçmişte ordudan ve polisten destek alarak, katliamlar düzenleyen MHP'yi unutmadı. Bu partinin MHP'nin kim olduğunu Türkiye'nin emekçi halkı çok iyi bilmektedir.

## *12 Eylül öncesi MHP*

Elâzığ, Sivas ve Malatya olaylarına, Kahramanmaraş katliamını ve Çorum'da boşa çıkartılan faşist saldırıları hatırlayanlar, o dönemlerde devletin üst yöneticilerinin söylediklerini anımsıyanlar, sivil faşist çetelerin ve resmi faşist güçlerin ne denli ortak çalıştıklarını iyi bilirler. Kahramanmaraş katliamının planları devlet güçleri tarafından çok önceden bilindiği halde, MHP'li faşistlerin gerçekleştirdiği katliamı engellemek için en ufak bir şey yapılmamıştı. Faşist caniler katliama başladıkları sırada ordu onların koruyuculuğunu yapıyordu ve dışardan gelen devrimcilerin Kahraman Maraş'a girmelerini engellemek için şehiri çember içine almıştı. Aynı katliamı resmi faşist güçlerin desteğiyle MHP'li faşistler Çorum'da gerçekleştirmek istemiş, bir çok devrimciyi ve emekçiyi adi bir şekilde öldürmekle beraber, bu çabasında başarılı olamamıştı. Çorum olayları sırasında basına açıklamada bulunan o zamanın İçişleri Bakanı Mustafa Gülcügül şunları söylüyordu: "Çorum olaylarında devleti yıkmak eyleminde bulunan solun karşısında, devlete destek fikrinden hareket eden bir sağ grup çıktı." Aynı şekilde açıklamalar gerek Çorum olaylarında, gerekse de diğer faşist saldırıar sırasında diğer bakanlar ve üst yöneticiler tarafından değişik şekilde yapılmıştı. Demirel'in şu sözleri henüz unutulmuş değil: "Ülkücüler, devlet güçlerine yardımcı olmaktadırlar." 12 Eylül'den önce MHP'nin ve yan kuruluşlarının, devletin sivil saldırı güçleri olduğu; MHP, MİT ve Kontro-Gerilla'nın iç içi çalıştıkları bir gerçektir ve bugün faşist cunta bu gerçeği inkâr edemez. MHP'nin pek çok üst yöneticisinin MİT'in ajanı olduğu ve faşist saldırıların ve katliamların MİT, Kontro-Gerilla ve MHP tarafından ortaklaşa planlandığı çok iyi bilinmektedir. Öldürülen bir çok MHP'linin MİT ajanı çıkması, Ordu Valisi Reşat Akkaya'nın İçişleri Bakanlığı'na gönderdiği bazı raporların MHP'nin merkezinde bulunması, MHP'nin ordunun üst kademelerinde kişilerle ilişkisi olduğunu açıkça göstermektedir.


*Dün MHP, bugün Cunta: Kanlı terör devam ediyor.*

Faşist diktatörlük, işçi sınıfının ve ezilen halkın mücadelesini kana boğabilmek için MHP'yi uzun bir zaman kullandı. Ama, bundan başarılı olamadı ve MHP işlediği cinayetlerle ve yaptığı katliamlarla halk kitlelerinin gözünde teşhir oldu. Ve MHP'nin teşhir olması, onu besleyen güçlerin de teşhir olmasına yol açıyordu. Emekçi halkın mücadelesini engellemek için son çare cunta idi. 12 Eylül'de iktidara bütünüyle el koyan faşist generaller, MHP'ye yükledikleri görevi devir alarak, emekçi halka ve onun örgütlerine azgınca saldırıya geçtiler.

## *MHP'nin istediğiyle cuntanın yaptığı arasında fark varmı?*

Biçimsel bazı farklılıklar olmakla beraber, MHP'nin istediğiyle cuntanın yaptığı arasında özünde bir fark yoktur. MHP, devrimci, demokrat örgütlere azgınca saldırıyordu, cunta bugün bunun daha azılısını yapmakta ve bu örgütlerin yöneticilerini idamla yargılamakta, işkencehanelerde katletmektedir. Faşist MHP, grevlerin yasaklanmasını ve sendikaların kapatılmasını istiyordu, işçilerin önderlerini planlı bir biçimde katlediyordu, cunta ise bugün bu görevi yerine getirmiş, işçi sınıfının ve emekçi halkın en temel hak ve özgürlüklerini — bunlar çok kısıtlı da olsa bile — ortadan kaldırılmıştır, grevleri ve sendikaları yasaklamıştır. MHP, Kürt halkının ve diğer azınlık milliyetlerin can düşmanıydı, cunta bugün Kürt halkına ve azınlık milliyetlere azgınca saldırmakta, Kürdistan'da emekçileri topluca işkenceye tabii tutmakta ve kurşuna dizmektedir. Çok kısıtlı olan bu karşılaştırmalarda da açıkça gördüğümüz gibi, faşist cunta MHP'nin asıl görevini üstlenmiştir. O, teşhir olmamak için bugün bir avuç MHP'liyi görünürde yargılamaktadır. Gelecekte kendiside teşhir olduğunda, emperyalistler yeni uşaklar bulacak ve görünürde yargılamalar yine gündeme gelecek. Ama faşistleri en iyi şekilde yargılayacak ve onlara hakettikleri cezayı verecek olan, Erdal Eren'in dediği gibi halkımız olacaktır.

İktidara gelmeden önce Hitler'in en vurucu gücü olan SA'lar, 1933'lerde iktidara gelmesiyle pratik olarak dağıtılmış ve 5000'e yakın üyesi kurşuna dizilmişti. Bu tarihi gerçek de, Türkeş'in ve diğer bazı faşistlerin yargılanmasının iç yüzünü çok iyi bir şekilde göstermektedir. Bugün MHP'lilerin yargılanması ve hatta ölüm cezalarına çarptırılmaları, faşist cuntanın halkı düşmanı yüzünü gizleyemez. Egemen sınıflar iktidarlarını ayakta tutabilmek için, kendi uşaklarını dahi yok edebilirler. Tarih bunun örnekleriyle doludur.

**Türkiye halkı, Devrimci Komünist Partisi'nin önderliğinde ayaklanacak, bütün sivil ve resmi faşist kurumları yerle bir edecek, faşistlere hakettikleri cezayı verecektir.**

(„Türkes—Prozess" RM/Nr. 34)

## Hoffmann çetesinin iç yüzünün ortaya çıkartılması, anti-faşist mücadeleyi güçlendirecektir

# FAŞİST TERÖR ÖRGÜTLERİ DAĞITILMALIDIR!

**“Hoffmann Savunma Spor Grubu”nun (Wehrsportgruppe Hoffmann-WSG) Lübnan'da olduğu sırada, Münih katliamına ilişkin yaptığı açıklamada şöyle diyordu: “Evet patlayıcı maddeyi biz koyduk”. Federal Cumhuriyet Savcısı Rebmann, Temmuz 1981'de şu açıklamayı yapmıştı: “26 Eylül 1980'de Münih'teki Ekim Şenliği'ne konulan patlayıcı maddenin Hoffmann Savunma Spor Grubu' tarafından konulduğuna dair şimdiye kadar hiç bir delil yoktur.” Haziran 1981'de “Bayernkurnier” gazetesi şöyle yazıyordu: “Sağcı radikalizmin tehlikeli olduğunun hayalinin abartılması (...) çabasını Bavyera Anayasa Koruma Teşkilatı'nın 1980 yılı raporu tamamen çürütüyor.”**

Ekim Şenliği'ne yapılan saldırının sağ kalan kurbanları hâlâ yaralarının acısını çekiyor, emin olmayan bir geleceği bekliyorlar. İçlerinden en az 26 kişi yüzde 100 çalışamaz durumdadır. Savaş sonrası döneminin en kanlı olayı olan Münih katliamının sorumlusunun Hoffmann Çetisi'nin olduğunun kanıtlanması hergün daha büyük bir önem kazanmaktadır. Savcılar ve politikacılar, inatcı ve sözde gerekcelerle, Hoffmann'ın katliamdan sorumlu olmadığını kanıtlamaya çalışmaktadırlar.



*Hoffmann Çetesi askeri eğitim yaparken.*

Hoffmann'ın yakın zamanda tutuklanmış olması hiç bir şekilde esaslı bir tahkikatın ürünü değildir. Bu, Hoffmann'ın çetisinden ayrılan öğrenci Odfried Hepp'in, Hoffmann'ın Lübnan'da yeni bir silahlı çete kurma çabası üzerine yaptığı geniş açıklamanın sonucu gerçekleşmiştir.

Hepp, yandaşı Hamberger ve Fraas, Hoffmann'ın Ermreuth Sarayı'ndaki patlayıcı madde deposunun açığa çıkması doğrultusunda da kapsamlı bilgiler verdiler. Hepp'in adı, Hoffmann Çetesi'nde eğitilen ve Münih katliamının suikasçısı Köhleri'n not defterinde yazılıydı. Ve Hepp Frankfurt'ta VSBD faşist örgütünden olan çifte katil Schubert ile oturuyordu.

### Çeşitli faşist örgütlerle sıkı ilişki

Faşist Hoffmann'ın tutuklanmasının faşist katillerin daha sıkı bir takibata uğradıklarının bir belirtisi olmadığı gibi, aynı şekilde onun tutuklanması ile şimdi çetesinin tamamen çökertildiğide doğru değildir. Bu çetenin yukarıda yazdıklarımızın dışında, diğer örgütlerle de ilişkili olduğunu söyleyebiliriz: Örneğin bunlardan biri, yakın zamanda kendilerinden ayrılan birisini canice katleden ve gazelerde ismi manşetler halinde yayınlanan “Nasyonal Sosyalist Kuzey Almanya Eylem Cephesi (ANS)” adlı örgüttür. Bu katliamda uygulanan yöntem, Hoffmann'ın Lübnan'da davasından dönen kendi çetesinin bir üyesini öldürttüğü yöntemin aynısıdır. Evet şimdi soralım, Hoffmann ve yandaşlarının takibatı nasıl yapılıyor?

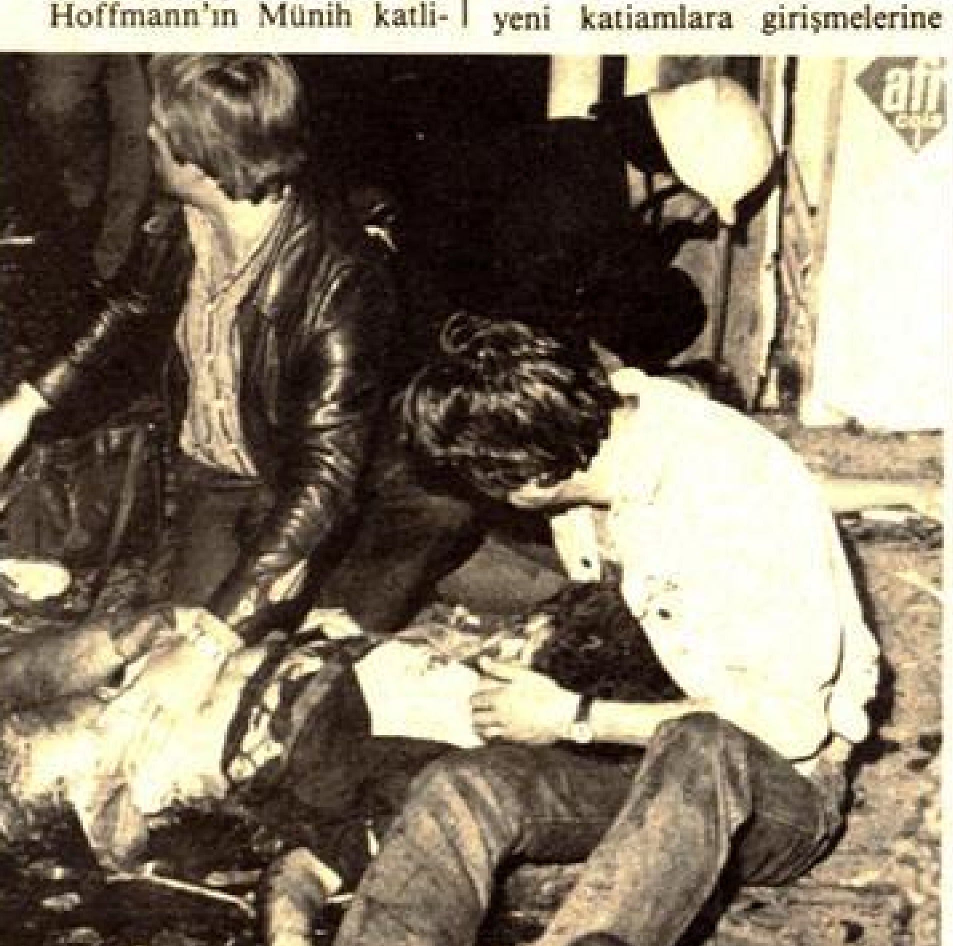
### Faşist katiller affediliyor

İlk olarak Hoffmann'a karşı “bir cinayet örgütü kurduğundan” dolayı tahkibat sürdürüldü. Artık bunun zamanı geçti. Bu çeteye karşı tedbir alınması talebini anti-faşistler senelerce ileri sürdüler. Bu talep sürekli reddedildi. Çeteye Ekim Şenliği katliamını hazırlaması ve gerçekleştirmesi, diğer faşist çeteler ile olan ilişkisini sağlamlaştırması ve yeni çeteler kurması için zaman tanındı. Bu yılın başlangıcında faşist Hoffmann Çetesi'nin, dernek kanununa aykırı olduğundan dolayı yasaklanması gülünç bir şeydir. Çünkü Hoffmann eylemlerini sürdürüyor ve hatta bilinen bir hesap numarasına para bile yatırılıyordu. Savcının tahkikatın ardından hangi sonucun ortaya çıkacağı ve Hoffmann'ın nasıl cezalandırılacağı henüz bilinmeyen bir şeydir.

Hoffmann'ın Münih katliamının **sorumlularından biri olduğunu gösteren bir dizi delil olmasına rağmen, hâlâ onun Münih katliamında yer alıp almadığı sorusu soruluyor.**

Ve diğer “Savunma Sporu Çeteleri”ne ve yukarıda bir kısmının ismini açıkladığımız silahlı çetelere karşıda hâlâ bir “cinayet şebekesi” kurduklarından dolayı bile dava açılmıyor? En fazla yapılan şey; Nazi katillerine tek tek, çeşitli suçlardan ötürü gülünç cezalar veriliyor. Buna ilişkin bir örnek: Ocak 1980 yılında VSBD üyeleri tanınmış faşist Frank Schubert ile Frankfurtlu anti-faşistlere saldırarak 10'a yakın kişiyi çeşitli yerlerinden yaraladıklarından dolayı bu yılın Mart ayında mahkeme huzuruna çıkarılmışlardı. Verilen cezalar üç haftalık kısa hapis ve iki yılı ise tecil temelinde hafif hapis arasında idi. Yani bu iki yıllık süre zarfında yeni bir suç işlemezse, cezası affediliyor! Buna ilişkin hakimin yorumu ise şöyle: **Cezanın tecil edilmesinin nedeni, “yeni bir isim (damga vurmaktan, Yazı Kurulu) vermekten kaçınmak” içindir: “aşırı sağcılarda, siyasi eksiklik temelinde beliren davranışlar, cezalandırmakla giderilemez!”**

Senelerce faşist Hoffmann ve yandaşlarına birer terörist damgası vurmaktan kaçınıldığı halde, bu gün onların yeni eylemlere giriştiği bir dönemde, bu zorbacılara hafif cezalar vererek “siyasi eksikliklerinin giderilmesinden” ve onlarla demokratik bir eğitimin mümkün olabileceğinden bahsetmek gülünç bir şeydir! Bunun en yakın ispatını faşist VSBD üyesi Schubert'in meselesine baktığımızda, militan Nazi çetelerinin hangi terör okulundan geldiğini açıkça görebiliriz. Nazi teröristlerine basit işlemlerin yapılması, onlara yumuşak davranılması; onlara sürekli yeni katliamlar düzenlemelerine imkân verdiğini her geçen gün ispatlamaktadır. Burada Nazi teröristlerine karşı ılımlı tavır takınan ve onların yeni katiamlara girişmelerine imkân veren devlet organlarının büyük sorumluluk payı vardır.



*Hoffmann Cinayet Şebekesi tarafından gerçekleştirilen Münih katliamı.*

### Faşistlerin cezasız bırakılmasındaki amaç

Devlet organlarının Nazi teröristlerine karşı tutumlarının arkasında belli bir siyasi amaç yatmaktadır. Bu da, devrimci mücadelenin bastırılmasında, faşistlerin kullanılmasından başka bir şey değildir. Aynı şekilde faşistlerin işçi sınıfı hareketine ve komünistlere karşı “harekete hazır olma tekliflerinide” devlet organlarının sevinçle karşılamış olmaları lâzım. Ve faşist ideolojinin kökünü kurutmak için devlet tarafından hiç bir adım atılmadığını, Batı Almanya'nın kuruluş tarihi ve karakteri açıkça göstermektedir. Çünkü, kuruluşunda emektar Hitler faşistleri babalık rolünü oynadılar.

Şurası açık ki, Alman devleti kendiliğinden Ekim Şenliği katliamının arkasında yatan terörist komplonun planlayıcılarını ve örgütleri açığa çıkarmak istemiyor.

Eğer Batı Alman devleti bu kanlı katliamı Neofaşistlerin, bundan daha da öte uzun zamandan beri terörist olarak bilinen Neofaşistler tarafından düzenlendiğini itiraf edecek olursa, sadece ulusal değil, internasyonal alanda da sert eleştirilere maruz kalmayacaktır. O aynı zamanda kendi siyasi entrikalarında kullandığı ve faşistlerin devletin bu tür eylemlerde kendilerinin yanında yer alacağını hesapladıkları halde, onların eylemlerine karşı zaman zaman tavır almak zorunda kalacak. Böylece gerici politikacılar en sevdikleri demagojilerine başvurmuş olacaklar, “aşırı sağcı ve solcuları” aynı kefeye koymakla, kendilerini bunlara karşı mücadelede — gerçekte ise sadece sola karşı — “demokratik düzen savunucuları” olarak göstermekle itibarlarını, bugün bunların bilinen yalanlarını tam olarak göremeyen bir çok kişide dahil olmak üzere, daha da sarsmış olacaklardır. Bunun için mümkün olduğunca faşistleri suçsuz çıkarmaya çalışıyorlar. Burada Franz Josef Strauss yönetimindeki Bavyera Eyalet Hükümeti tek başına kalmıyor, Bonn'daki SPD Hükümeti ve Karsruhe'deki Federal Cumhuriyet Savcılığı da onlarla birlikte aynı adımı atıyorlar.

Şurası bilinen bir şey ki, Münih'teki faşist katliamın sorumlusu olarak “solcu zorbacılar”ı göstermeye çalışarak, bunu anti-faşist güçlere karşı saldırı için kullanmayı planlayan gene Strauss'tu. Ve tesadüfen bu katliamda bombayı koyan faşist katil Köhler kendisi de ölmemiş olsaydı, o zaman Almanya, şimdiye kadar olanları gölgede bırakarak, solcu olarak şüphelenen herkese karşı yoğun saldırılara sahne olmuş olacaktı.

### Faşistlerin planlarını boşa çıkarmalıyız!

Bundan dolayı Almanya'daki anti-faşistler şimdi faşist Hoffmann'a karşı çürütülemeyecek deliller öne sürmeli, propagandasını yapmalı, bu katillere karşı daha da kararlı ve uzlaşmaz tedbirlerin alınmasını, bunlarla ilgili tüm bilgilerin açıklanmasını talep etmelidirler. Faşist Hoffmann'ın Münih Ekim Şenliği katliamındaki açığa çıkmış suç ortaklığı kullanılarak her tarafta Nazi kuruluşların yasaklanmasını, üyelerinin ağır cezalara çarptırılmasını talep etmeli ve gerçekleştirilmesi için mücadele etmeliyiz. Şu an tutuklu bulunan Hoffmann ve yandaşlarının serbest bırakılmasına müsaade verilmemelidir.

**Bizim için önemli olan diğer bir nokta ise, Hoffmann ve yandaşlarının legal faşist partilerle, NPD (Almanya Milliyetçi Partisi ile olan ilişkilerini açığa çıkarmaktır. Çünkü şurası bilinen bir gerçek ki, bunların birbirleri ile yakın ilişkileri var ve bugün bu ilişkilerini anlaşılabilecek nedenlerden dolayı gizli tuttukları açıktır.**

**Bu nedenle Partimiz KPD, Neofaşizmin Batı Almanya da ve Batı Berlin'deki önemli mevzilerini dağıtabilmemiz için, şimdiye kadarkinden dahada kararlı ve azimli bir şekilde NPD'nin yasaklanmasını talep etmemiz gerektiği düşüncesindedir.**

**Bu ve bununla ilgili olan mücadelenin çeşitli sorunlarına, “Kızıl Şafak”ın gelecek sayılarında, taraftarlarımızın ve yoldaşlarımızın Neofaşizme karşı ve NPD'nin yasaklanmasına ilişkin mücadeleyi örgütleyebilmelerine yardımcı olabilmek ve okuyucularımıza KPD'nin görüşünü açıklayabilmek için, iki bölümlük bir yazı dizisi yayınlayacağız.**

(„Die terroristischen Nazi-Vereinigungen müssen zerschlagen werden“ RM/Nr. 34)

# STRAUSS TÜRKİYE'DE FAŞİSTLERLE GÖRÜŞTÜ

**MÜNİH. — Eski bir Nazi subayı ve Türkeş'in yakın dostu olan Strauss, Temmuz ayı sonlarında Türkiye'ye giderek, askeri ve sivil pek çok faşistle görüşmüştü. Strauss, Türkiye'ye yaptığı gezinin “bütünüyle özel bir karektere” sahip olduğunu söylemişti. Oysa Türk gazetelerinde yer alan haberler bunu tamamen yalanlıyordu. Gazete stunlarındaki haberlere göre, Strauss'un gezisi, siyasi nitelikte bir gezi olduğu ortaya çıkıyordu.**

Gazete haberlerine göre Strauss, İstanbul sıkıyönetim komutanı Orgeneral Necdet Uruğ, Sadettin Bilgiç, MHP dâvasını yürüten savcı ve daha bir çok üst yetkiliyle görüşmüş. Strauss'un Türkiye'de faşist MHP yetkilileriyle görüştüğünü iddia edemeyiz ama, onun Türkiye'deyken Türkeş ve MHP ile yakından ilgilendiğini, MHP dâvâsını yürüten savcıyla görüşmesi açıkça göstermektedir.

Strauss, Mayıs 1978'de Münih'te Türkeş'le görüşmüş ve bu görüşmenin ağırlık noktasını “komünizme karşı ortak” mücadeleye ayrılmıştı. Türkeş ile Strauss arasındaki bağlar ilk olarak 1978'de kurulmamıştı. Bu dostluğun temelleri eskiye dayanmaktadır. Daha da önemlisi, Strauss ile Türkeş arasındaki ilişkinin bir ideolojik temele dayalı olmasıdır.

Bavyera Eyaleti Başbakanı ve tanınmış bir gerici olan Strauss, bir yandan Batı Almanya'da yaygınlaştırılmak istenen yabancı düşmanlığını kışkırtırken, diğer yandan buradaki MHP yanlısı faşist örgütlere siyasi ve maddi destekte bulunmaktadır. Sadece faşist Türk örgütleri değil, aynı zamanda aşırı faşist Alman örgütleri de Strauss'un ve partisi CSU'nun desteğini ve himayesini görmektedirler.

Ama, sadece bunlar değil. Strauss, dünyadaki bütün azılı faşistlerin dostudur. O, özellikle Latin Amerika'daki faşist diktatörlükleri desteklemektedir. Şili'deki faşist cuntanın başı Pinoşet ile Strauss arasındaki yakın ilişki, Strauss'un Şili'ye giderek faşist generallerle görüşmelerde bulunması bu gerçeği açıkça göstermektedir.

Strauss Türkiye'de bulunduğu sırada bir camiye giderek oradaki “dilek taşına” arzusunu bildiriyor ve “Federal Başbakan olmak istiyorum” diyor. Sadece başbakanlığı değil, o daha çok şey istiyor. Ama, işçi sınıfı ve emekçi halk buna izin vermeyecektir.

Alman işçi sınıfının ve emekçi halkın azılı bir düşmanı ve gericiliğin en güvenilir adamı olan Strauss, ezilen halkların ve ülkemizde çalışan yabancı emekçilerin de can düşmanıdır. CSU/CDU'nun başını çeken, gericiliğe yön gösteren, anti-faşist ve devrimci harekete vahşice saldıran bu kişi, ülkemizde çalışan Türkiyeli emekçiler ve anti-faşistler tarafından iyi tanınmalıdır.

Strauss, Türkiye'deki generaller de dahil olmak üzere, ülke içinde ve dışında bütün faşist ve gerici güçlerin güvenilir bir adamıdır ve sürekli olarak onlara destek sağlamaktadır. Bugün Batı Alman devletinin faşistleştirilmesinde Strauss ve partisi büyük bir rol oynamaktadırlar.

(„Strauss führte Geheimgespräche mit türkischen Faschisten“ RM/Nr. 34)